

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pränumerando 1 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechspaltige Spaltenzeile oder deren Raum 20 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stichtag) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungs- und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Preßkorruption.

Nach zwölfstägiger Verhandlung ist Herr Bruhn freigesprochen worden. Dem Manne, der nicht nur die deutsche Presse, sondern auch den deutschen Reichstag ziert, konnte nach Ansicht der Richter die Absicht der Erpressung nicht nachgewiesen werden. Sein Blättchen, hieß es im Urteil, sei wohl ein Sensationsorgan, aber kein Revolverblatt.

Der Staatsanwalt hatte in seinem Plädoyer allerdings die Ansicht vertreten, daß der bühnige Belastungsbeleg gegen Bruhn um deshalb vorbeigelungen sei, weil die Zeugen aus begreiflicher Abneigung gegen die Wiederheraufbeschwörung bereits halbherziger Staudale an Erinnerungsvermögen eingebüßt hätten! Aber wie dem immer sei: der Ausgang dieses Prozesses ist für die breitere Öffentlichkeit auch herzlich gleichgültig. Nicht nur Herr Bruhn, sondern das antisemitische Demagogentum überhaupt ist für die politische Welt erledigt. Seine Geschichte ist nur eine Geschichte halb lächerlicher, halb abstoßender Staudale und Blamagen, die sich das einander widerlich befehdende und beschimpfende Demagogentum zum guten Teil selbst bereitet hat.

An diesen antisemitischen Staudalos trägt nicht allein das Menschenmaterial die Schuld, aus dem sich das Führertum dieses „Sozialismus der dummen Kerle“ rekrutierte, sondern auch die ganze armselige Enge des spießbürgerlichen Partei- und Preßbetriebes. Nicht nur der Mangel an politischen Ideen und Idealen, sondern auch der Mangel an Geld erklärt die maßlos erbitterten Kavalgerien der antisemitischen Gruppen und Grüppchen untereinander, erklärt so mancherlei politische und moralische Verwilderung, erklärt im besonderen Falle Bruhn das Verabstreifen in journalistische Gepflogenheiten, die denen der ordinärsten Revolverpresse verworren ähnlich sahen.

Nicht der Einblick in das listische Getriebe der großstädtischen Winkelpresse vom Schläge der „Wahrheit“ war das Interessante an dem Prozeß, sondern die naiv-ehrliche Bekundung des Annoncenschefs der „Voss. Ztg.“ und das heuchlerische Entrüstungsgeschrei der großen „anständigen“ kapitalistischen Presse! Daß diese Presse es wieder einmal a bz u leugnen wagte, daß der redaktionelle Inhalt auch bei ihr abhängig ist vom Annoncengeschäft, von den großen Interenten, das ist's, was einzig noch einige Randbemerkungen zum Prozeß Bruhn zu rechtfertigen vermag.

Die „Voss. Ztg.“ und sämtliche kapitalistische Preßunternehmen haben bestritten, daß für die Bourgeoisie die Zeitungen nichts darstellen, als „ganz gemeine, ordinäre Geldgeschäfte“, um uns der Worte Lassalles zu bedienen. Als ob nicht dies Wort Lassalles, das nur das 15 Jahre früher im kommunistischen Manifest gefällte Urteil von Karl Marx wiederholt, inzwischen aus berufenstem Munde seine volle Bestätigung erfahren hätte! War es doch kein anderer, als der Generalkonsul Kuffell, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, der seinerzeit nach dem Bericht der Börsen-Enquete-Kommission erklärt hatte: „Das Preßgewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse“. Und da möchten Verfassungen, möchten die Mosse, Scherl, Ullstein usw. der Deffentlichkeit weismachen, daß die großen Inseratenaufträge, die im modernen Zeitungsbetriebe das Geschäft erst rentabel machen, keinen Einfluß auf den redaktionellen Inhalt auszuüben vermöchten?!

Freilich, die bürgerliche Presse hat es leicht, das ehrliche Zugeständnis des Annoncenschefs der Vossin zu bestreiten. Sie kommt ja, dank ihrer geschäftlichen Vorsicht, gar nicht in die Lage, einmal gegen die großen Interenten schreiben zu müssen. Als Vertreterin der Unternehmerinteressen schlechthin lehnt sie ja von vornherein die Vertretung proletarisch-gewerkschaftlicher Interessen ab. Im besten Falle „informiert“ sie „objektiv“. Wenn die bürgerliche Presse aber schon einmal Stellung nimmt, so handelt sie sich sicher um eine Interessenten- und Interentengruppe, die für das Blatt ohnehin — sei es aus politischen, örtlichen oder sonstigen Gründen — kaum in Frage kommt. In der Manier eines — na, sagen wir einmal: Dohsel aber durch Standalartikel Inseratenaufträge zu erpressen, hat die große Presse gar nicht nötig; die fördert man durch die große Auflage und etwa noch durch redaktionelle oder pseudoredaktionelle Reklame!

Auf einem Gebiete freilich bestehen auch für die „große“, „anständige“ Bourgeoispreß Korruptionsgefahren, auf dem des Börsenwesens. Und daß sie da in der Tat oft genug der Korruption verfallen ist, das bewies nicht etwa nur die Vestedungsbücherei der fünf Dresdener Redakteure aus dem Jahre 1901, um nur einen derartigen Fall zu erwähnen. Nein: man braucht sich nur der Aussagen zu erinnern, die seinerzeit in der bereits erwähnten Börsen-Enquete-Kommission von den Chefs der großen Bankhäuser und anderen Kambdigen gemacht worden sind, um zu wissen, wie es hier aussieht. Sicher nicht ohne Zug erklärte damals unter anderem der Börsenredakteur der „Kreuz-Zeitung“, daß „weit-aus die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesten Zeitungen“ von einem System feinerer oder plumperer Bestechungen umponnen sei.

Natürlich! So etwas wird ja nicht immer gerichts-motorisch! So wenig wie im Prozeße Bruhn! Aber was beweist das? Nun, wiederum so wenig, wie, nach allgemeiner Ansicht der gerade in Börsendingen in Frage

kommenden Blätter, der Freispruch im Prozeß Bruhn! Ja, wir können der „anständigen“ Presse sogar mit einem niedlichen Parallelfalle dienen, der unseren Vergleich geradezu evident macht.

In einem Verleumdungsprozeß, den ein hochangesehenes liberales Blatt gegen einen sie der Korruption bezichtigenden Schriftsteller angestrengt hatte, war zwar erwiesen worden, daß in beteiligten Börsentreisen die Ansicht herrschte, daß jenes Blatt durch „Preßbetätigung“ „für Unternehmungen zu gewinnen“ sei, es war ferner erwiesen worden, daß diese „Preßbetätigung“ in zahlreichen Fällen erfolgt war! Trotzdem wurde der verklagte Schriftsteller in erster Instanz verurteilt! Und zwar mit folgender Motivierung:

„Keiner der vernommenen Zeugen konnte ausagen, daß er die Beteiligung gegeben, um den Beklagten oder dessen Zeitung hierdurch zu beeinflussen, oder daß Beklagter eine Beteiligung aus diesem Grunde von ihm verlangt habe. — Auch der verurteilte Nachweis, daß indirekt durch diese Beteiligungen eine Beeinflussung auf den handelspolitischen Teil der Zeitung stattgefunden, muß für vollständig mangelhaft erachtet werden, denn abgesehen davon, daß sämtliche Zeugen sich anerkennend über die selbständige und korrekte Stellung, welche die Zeitung in dieser Zeit des Grundertums eingenommen, ausgesprochen haben, so wurden sogar einzelne Fälle konstatiert, in welchen die Zeitung sich ungünstig über Unternehmungen ausgesprochen hat, obgleich der Beklagte an denselben beteiligt war.“

Man vergleiche mit dieser Urteilsbegründung die im Prozeß Bruhn ergangene:

„Wichtig ist, daß der Angeklagte Inserate von Firmen aufgenommen hat, die er bis dahin bekämpft hatte. Dies geschah im geschäftlichen Interesse, wie der Angeklagte selbst gesagt hat. Denn er war durch die von ihm gegen ihn erstirrtene einstweilige Verfügung lahmgelegt worden. Die in dem allgemeinen Teil der Anklage enthaltenen Verdachtsmomente haben sich nicht bestätigt und es ist nicht erwiesen, daß Bruhn bei Aufnahme der Artikel in der „Wahrheit“ die Absicht verfolgte, Inserate dadurch zu erwerben. Denn trotz der Inserate sind in einzelnen Fällen doch noch Angriffe gelungen.“

Ist das nicht eine ganz wunderbare Ueber-einstimmung der juristischen Deduktion?

Statt daß unsere „anständige“ Presse sich über den armseligen antisemitischen Winkeljournalisten sittlich entrüstet und das Urteil mit vielstündigen Augenzwinkern glossiert, sollte sie also lieber an die eigene Brust schlagen!

So lange der Preßbetrieb ein kapitalistisches Geschäftsunternehmen, so lange wird davon auch die Preßkorruption untrennbar sein!

## Ein neuer Moabit-Prozeß.

Die Geduld der Prozeßbeteiligten wurde am Donnerstag auf eine harte Probe gestellt. Mit der Eröffnung der Verhandlung um 1/10 Uhr war es nichts. Der Gerichtshof blieb unsichtbar; den Erschienenen wurde vom Gerichtsdienner mitgeteilt, daß die Sitzung erst um 12 Uhr beginnen werde; dann wurde die Frist wieder von Stunde zu Stunde verlängert; erst gegen 2 Uhr wurden die Angeklagten in den Saal geführt.

Während man noch auf den Gerichtshof wartet, ereignet sich ein neuer Fall Reinhardt. Als die offenbar schwer Leidende, die wieder auf einen Stuhl in der Nähe der Anklagebank gesetzt wird, ein Glas Wasser zum Munde führen will, stürzt sie plötzlich unter heftigen Ausschütteln zu Boden. Klirrend zerfällt das Glas am Boden. Ein Arzt ist nicht anwesend. Ob der Gerichtshof nach der Erfahrung von gestern nicht ärztlichen Beistand für die Kranke hätte anordnen können? Wieder steigt die Erinnerung an den des Meineids angeklagten Fürsten Eulenburg, an die Frau v. Schönebeck-Weber u. a. auf. Frau Reinhardt muß mit der Hilfe der Gerichtsdienner vorlieb nehmen. Während diese sich noch um die Leidende bemühen, erweist sich der Anfall — die Anglistische bricht in krampfhaften Schläuchen aus, das Schauerlich durch den Saal tönt. Ein Arzt ist immer noch nicht da. Das Schlußwort ist in leises Weinen übergegangen. . . Immer wieder stellt man sich die Frage, weshalb diese Kranke in Untersuchungshaft gehalten werden muß!

Nur nach 8 Uhr wird im Saale an die Angeklagten ein Gerichtsbescheid verteilt, worin die Abweisung des Ablehnungsantrages der Verteidigung bekannt gegeben wird. Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, daß sie keineswegs im Interesse der Anklage bestrebt gewesen ist, den Prozeß gerade vor die Kammer des Herrn Landgerichtsdirektors Lieber zu bringen und damit sind nach Ansicht der erlernenden Richter die Gründe der Verteidiger widerlegt. Denn wenn die Staatsanwaltschaft keine solche Absicht gehabt hat, so läßt sich natürlich nicht Befangenheit der Richter folgern, weil sie auf die Anträge der Staatsanwaltschaft eingingen. Es ist also nur ein Zufall, daß die Voruntersuchung im Anklagefalle Hagen zuerst abgeschlossen und dadurch der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gegeben wurde, auf einem Wege, der von hervorragenden Juristen als wider das Gesetz verstoßend angesehen wird, den Prozeß vor die zuverlässigen Richter der Kammer Lieber zu bringen. Nur ein Zufall!

Auch der Ablehnungsantrag des Rechtsanwalts Dr. Cohn wird in dem Bescheid mit erledigt. Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft in verschiedenen Fällen, die in dem Antrag angeführt werden, beweist ebenfalls keine Befangenheit. Der Verteidiger stößt auf dem Standpunkt, daß die Verhängung und Durchführung der Haft in diesen Fällen eine ungewöhnliche Härte erkennen läßt, die Richter sind anderer Ansicht.

Endlich erscheint der Gerichtshof. Herr Lieber verweist auf den verteilten Bescheid und teilt dann mit, daß der Richter Wustol erkrankt und für ihn als Hilfsrichter Assessor Duff eingetreten ist. Wegen der voraussichtlich langen Dauer des Prozesses sind ferner zwei Erziehrichter bestellt worden. Da alle Richter den ganzen Verhandlungen beigewohnt haben müssen, so muß der Prozeß jetzt aufgehoben werden. Am Sonnabend soll er von neuem begimnen. Alles bisher Verhandelte ist für die Akte.

Rechtsanwalt Dr. Cohn will einen Antrag stellen, aber Herr Landgerichtsdirektor Lieber will nichts mehr hören. Er meint die Sitzung schon geschlossen zu haben. Rechtsanwalt Wahn macht ebenfalls den vergeblichen Versuch, zu Wort zu kommen. Als er sagt, daß ihm schon gestern das Wort abgeschnitten sei, verbittet sich der Vorsitzende in erregtem Tone diesen Ausdruck. Der Verteidiger erklärt, das Wort aufrecht erhalten zu müssen. Jetzt kann Herr Lieber wieder verhandeln. „Wir werden uns zurückziehen“, erklärt er. Der Gerichtshof tritt ab, die Verteidiger verlassen bis auf die Herren Ulrich und Cohnmann den Saal.

Herr Ulrich, der bekannte antisemitische Politiker, der jüngst in einer konservativen Versammlung eine Schamacherrede über den „sozialdemokratischen Aufbruch“ in Rußland hielt, hat es auch für nötig gehalten, in einem Blatte ausdrücklich zu erklären, daß er den Ablehnungsantrag der Verteidigung nicht mit unterzeichnet hat. Als ob ihm das irgend jemand zugetraut hätte!

Der Gerichtshof erscheint wieder und verurteilt angeklagt der fast leeren Verleumdungsbank, daß Rechtsanwalt Wahn wegen Ungebühr vor Gericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt ist. Hundert Mark, das Höchstmaß, das im Gesetz für Ungebühr vor Gericht vorgesehen ist, wegen des Wortes „abgeschnitten“. Die Höhe dieser Strafe und die Bestrafung überhaupt läßt auf eine sehr gereizte Stimmung der Richter schließen. Und wir stehen erst am Anfang des Prozesses!

## Die Rettung des Branntweinwuchers.

Der Schnapsbohloft hat seine Schuldigkeit getan — aber der Bundesrat auch. Der Schnapsbohloft will das Volk vor der Verelendung durch die Branntweinvergiftung retten und den Schnapsjunkern jene 45 Millionen Mark nehmen, die sie durch eine brutale Bestimmung des Branntweinsteuergesetzes gerade den Armen der Armen Jahr für Jahr rauben.

Der Beschluß des Leipziger Parteitags hat den Genossen den Weg gezeigt, auf dem sie den schnapsbrennenden Junkern einen empfindlichen Schaden bereiten können. Der Bundesrat aber hat sich des Vertrauens wert gezeigt, das die Junker in ihn setzen und hat mit einem Federstrich die Bemühungen des arbeitenden Volkes zu nichts zu machen gesucht. Daß es ihm trotzdem auf die Dauer nicht gelingen wird, diese miserabelste aller Aliquienpolitik zu schlingen, dafür wird die sozialdemokratische Arbeiterkraft sorgen.

Wie amtlich gemeldet wird, hat der Bundesrat auf Grund der §§ 25 und 26 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1900 das Gesamtkontingent der Brennereien für das Betriebsjahr 1910/11 auf 1757783 Hektoliter Alkohol herabgesetzt.

Bisher betrug das Kontingent 2,25 Millionen Hektoliter. Diese Menge Trinkspiritus ist mit 105 M. pro Hektoliter versteuert; nur derjenige Spiritus, der über diese begrenzte Menge hinaus verbraucht wird, unterliegt der höheren Besteuerung von 125 M. pro Hektoliter, also um 20 M. mehr.

So lange der Verbrauch größer ist als diese kontingentierten 2,25 Millionen, wirkt der Preis des um 20 M. höher versteuerten Branntweins auf den Gesamtpreis des Reinbranntweins, so daß an jedem Hektoliter kontingentierten Spiritus die Brennereibesitzer 20 M. extra verdienen, da sie ja um 20 M. weniger Steuer bezahlen, als sie beim Verkauf in Anrechnung bringen können.

Diese schöne Gesetzesbestimmung bringt also den Schnapsbrennern so viel mal 20 M., als das Kontingent beträgt — sie könnten also bei dem bisher festgesetzten Kontingent von 2,25 Millionen Hektoliter auf 45 Millionen Mark „Liebesgaben“ rechnen.

Da kam der Leipziger Schnapsbohloftbeschlus — und ihre Rechnung bekam ein Loch. In dem Augenblick, in dem der Schnapsverbrauch geringer wurde als das Kontingent, konnte selbstverständlich die höhere Steuer des über das Kontingent hinaus verbrauchten Spiritus nicht in Wirklichkeit treten — eben weil nicht mehr als das Kontingent, ja sogar noch weniger verbraucht wurde. Damit aber war die ganze Liebesgabe in Gefahr — ein Verlust für die Schnapsjunkern von etwa 45 Millionen Mark! Denn wenn eben nicht der mit 125 M. belastete Trinkspiritus verbraucht wurde, mußte der kontingentierte auch nur mit demselben Steuerzuschlag verkauft werden, mit dem er belastet ist, nämlich mit 105 M.

Durch die tatkräftige Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiter war jetzt der Moment gekommen, in dem ein seit 22 Jahren auf der ärmsten Bevölkerung lastender Tribut abgeschüttelt werden konnte, eine Milderung, die in diesem Zeitraum nicht weniger als 1000 Millionen Mark — eine Milliarde — betragen und bei der berichtigten Finanzreform von 1909 die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien des Reichstages gefunden hat, denn auch die freisinnigen verlangen nicht sofortige und gänzliche Abschaffung der Liebesgabe, sondern — um den geliebten Vlod nicht zu gefährden — hatten sie nur eine allmähliche Herabsetzung gefordert, in zehn Jahren bis auf fünf Mark, und diese Liebesgabe sollte dauernd bleiben.

Der Bundesrat ist nun den Schnapsjunkern zu Hilfe gekommen und hat den Branntweinwucher wieder gerettet, indem er das Kontingent herabsetzt. Dadurch kann der bis-

Der durch den Leipziger Beschluß erzielte Rinderberaubung von Brauntwein nicht mehr die Beilegung der Liebesgabe zur Folge haben, denn in dem Augenblick, in dem das Kontingent wieder geringer ist als der Verbrauch von Spiritus — und die Herabsetzung des Kontingents hat diese Grenzlinie innegehalten — in diesem Augenblick wirkt wieder die auf dem nicht kontingentierte Spiritus liegende höhere Steuer preiswertend für den gesamten Weinverbrauch.

Der Bundesrat hat also vorläufig den Brauntweinsucher, der durch die Liebesgabe bedrückt wird, gerettet. Aber nur vorläufig — noch ein paar solche Siege, und die Schnapsjunker sind verloren. Denn die Herabsetzung des Kontingents ist ja gleichzeitig die amtliche Festsetzung, daß unser Schnapsboylott gewirkt hat. Von 2,25 auf 1,76 Millionen Hektoliter ist das Kontingent herabgesetzt, demnach die Liebesgabe von 45 auf 35 Millionen Mark verringert worden, also um 10 Millionen Mark. Um so viel schaden die Schnapsjunker im nächsten Jahre weniger als vorher. Der Schnapsverbrauch ist demnach um etwa ein Viertel zurückgegangen, d. h. es sind mindestens 500 000 Hektoliter Spiritus, das sind anderthalb Millionen Liter Schnaps weniger verbraucht worden als vor dem Boykott — ein Erfolg, auf den die sozialdemokratischen Arbeiter stolz sein können. Wahrscheinlich ist der Erfolg sogar noch weit größer, das wird eben bis jetzt durch das Eingreifen der Zentrale für Spiritusindustrie noch verschleiert. Wenn erst die zentrale Jahresabrechnung über die letzte Kampagne vorliegt, wird der Scheiter fallen.

Die den Schnapsjunkern entgehenden 10 Millionen Mark Liebesgabe werden natürlich deren Hut gegen die Sozialdemokratie erhöhen und den Ruf nach Vernichtung solcher Motten verstärken, die vor nichts Heiligem, nicht einmal vor der Liebesgabe Respekt hat. Aber unseren Genossen wird ihr amtlich bestätigter Sieg im Schnapsboylott auch weiter den Weg zeigen, auf dem sie die Junker empfindlich treffen können — wie andererseits das die Interessen des Volkes hinter die der Junker stehende Vorgehen des Bundesrats die ohnehin ja schon genügend empfangene Erbitterung im Volke noch steigern wird. Es wäre übrigens interessant zu erfahren, wie die „volksfreundlichen“ süddeutschen Regierungen ihre Vertreter im Bundesrat stimmen lassen — ob für oder gegen die Rettung des Brauntweinsuchers. Daß der nächste Reichstag die Macht bekommt, die ganze Schnaps-Liebesgabenpolitik zu besetzen, dazu wird auf jeden Fall die neue Bundesratsverordnung ein vortreffliches Agitationsmittel sein; sie zeigt wieder einmal deutlich, daß Junkerrecht vor Volkerecht und Volkswohl geht und die preussischen Schnapsjunker, die ja den Hauptnutzen aus der Liebesgabe ziehen, das ganze Reich beherrschen.

## Martinitag 1810.

Am 11. November, dem Martinitage, jährt sich zum hundertsten Male die formelle Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern in Preußen. Es hatte nämlich am 9. Oktober 1807 König Friedrich Wilhelm III. ein Edikt erlassen, dessen Schlußsatz lautet:

„Mit dem Martinitage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur noch freie Leute, sowie solche auf den Domänen in allen unseren Provinzen schon der Fall ist, bei denen aber, wie sich von selbst versteht, alle Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten vermöge des Besitzes eines Grundstücks oder vermöge eines besonderen Vertrages obliegen, in Kraft bleiben.“

In patriotischen Blättern erscheinen daher schwungvolle Zeitartikel zu Lob und Preis der herrlichen Tat. Im Lichte der historischen Wahrheit erscheint die Sache dagegen etwas anders. Ein wahrer Patriot, Wilhelm Wolff, schrieb Anno 1849 folgendes in seiner „Schlesischen Willehde“:

„Daß 1810 die „Erbuntertänigkeit“ unentgeltlich aufgehoben wurde, verschle die Herren Ritter in äußerster Eut. Mehrere schworen in der ersten Hornedekung dem preussischen König Arsches ob solchen Eingriffs in ihre „wohlverordneten Rechte“. Und doch war der preussische König sehr unschuldig daran. Nicht ihm, sondern den Franzosen, dem Kaiser Napoleon, verdankt die Bauernschaft in den östlichen Provinzen die Erlösung von der Schmach der Erbuntertänigkeit.

Napoleon mußte erst das preussische hochnassige Staatsjunker-tum bei Jeno zusammenbauen, damit die preussische Regierung zu dem Erlösungsgehe gezwungen werden konnte.

Das ist die ungewöhnliche Wohlthat, die Millionen von preussischen Bauern dem Napoleon zu verdanken haben. Dagegen beging er aber eine ebenso arge Mißthat. Sie bestand darin, daß er nicht, wie in anderen Fällen, sofort dekretierte: „Das Haus Hohenzollern hat aufgehört zu regieren.“

Es war eine arge Mißthat, daß er im Frieden von Tilsit überhaupt noch ein Preußen bestehen ließ, statt sämtliche Provinzen, nach vorgängiger unentgeltlicher Abschaffung aller Feudalitäten und Einführung des französischen Gesetzbuchs, in französische Departements oder unabhängige Staaten zu verwandeln. Die Rheinprovinz, die 20 Jahre unter französischer revolutionärer Herrschaft stand, kennt seitdem keine Feudalitäten mehr und jeder rheinische Bauer ist freier Grundbesitzer. Genug, Napoleon tat es nicht. Die Rheinprovinz hat ihn dafür errettet, und die preussischen Bauern, namentlich die schlesischen, haben für diese seine Unterlassungssünde bis auf den heutigen Tag unglücklich dulden und bluten müssen.“

Doch betrachten wir uns jenes Dekret etwas näher.

„Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur noch freie Leute.“ Das klingt sehr kategorisch; aber in Wirklichkeit war es mit der Freiheit recht windig bestellt, denn schließlich blieb alles so ziemlich beim alten. Erstens war dem „erbuntertänigen“ Bauern wenig geholfen, wenn die persönliche Unfreiheit aufgehoben wurde, aber alle Lasten und Pflichten bestehen blieben.

Das Verhältnis zwischen Junker und Bauer war dies: Im Laufe der Zeit hat die Junkerschaft wider jedes Recht mit purer Gewalt den freien Bauer unterjocht, ihn zum Leibeigenen gemacht und sein Land an sich gerissen. Der „erbuntertänige“ Bauer sah auf seinem Hof, den er seinem Sohn vererben konnte, aber er mußte dafür, daß der Herr ihm diesen Hof ließ, auf dem gutherrlichen Acker fronen. Anfangs war der Bauer wenigstens sicher, daß er auf seinem Hofe bleiben kann, aber in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege begann das „Bauernlegen“ im großen Stile: die Grundherren zogen massenhaft die bäuerlichen Höfe ein, vertrieben die Bauern und schlugen den Acker zum herrschaftlichen Wirtschaftsgut. Die übriggebliebenen Bauern wurden dann doppelt und dreifach drangaliert, denn wo früher 20 Bauern die Arbeit auf dem Wirtschaftsgute zu verrichten hatten, mußten jetzt oft 10 Bauern ziemlich dasselbe leisten, und dabei war das Areal dieses Gutes durch Hinzufügung der Hufen jener 10 „gelegten“ Bauern verdoppelt worden. Wenn daher früher der Bauer einen oder zwei Tage fronen mußte, mußte er jetzt drei, vier, ja oft sechs Tage in der Woche fronen. Seinen eigenen Acker besorgten dann kümmerlich die Weiber und Kinder, oder es zog der Bauer, nachdem er tagsüber Fronarbeit verrichtet, bei nächstgelegenen Wondschlein hinaus, sein eigenes Feld zu pflügen. Die vertriebenen Bauern wurden zum Teil Landstreicher, zum Teil machte der Junker sie zu Kossäten oder Instakuten, d. h. sie besaßen keinen Hof mehr, sondern nur eine Hütte (Kossäte), zum

Bauern und bekamen vom Gutsherrn noldürftige Nahrung für schweren Arbeitsverdienst.

Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann der Staat das Bauernlegen zu verbieten. Nicht etwa aus Fürsorge für die Bauern, sondern aus Furcht davor, daß es bald nicht mehr genug Bauern geben würde für das Heer. Auch aus Finanzgründen; denn Steuern zahlte nur der Bauer, der Junker gar nicht oder wenig; wenn also die Bauernhöfe verschwanden, verfielen die Steuern.

Inzwischen waren die Junker mächtiger als die Könige; trotz aller königlichen Dekrete und Verordnungen dauerte das Bauernlegen fort.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war also die Lage die, daß die Zahl der Bauern gewaltig zusammengesunken war und auf den Gütern der Junker zahlreiche persönlich anfreie Arbeiter — eben jene Kossäten, Instakute, Drehschäfer usw. — frondeten. Die Unfreiheit äherte sich vor allem darin, daß der Bauer und der Instakute an die Scholle gebunden waren. Weder er noch seine Kinder durften ohne herrschaftliche Genehmigung forziehen, die Genehmigung wurde aber nur erteilt, wenn es dem Junker paßte — und meist nur gegen Zahlung schwerer Geldes (Loskaufgeld). Auch durfte er nicht heiraten, ohne Erlaubnis des Herrn. Wenn es also in jenem Edikt vom 9. Oktober 1807 heißt, die „Untertänigkeit“ hört auf, so war damit nur gemeint, daß diese Unfreiheit aufhört; der Bauer durfte jetzt fort, wenn er wollte und konnte. Aber die „Verbindlichkeiten“ blieben bestehen, d. h. die Fronarbeit blieb! Denn was sollte der Bauer tun? Wegziehen von Hof und Hof mit seiner Gabe? Den Acker, der ihn nährte, verlassen? Das ging nicht so leicht: er blieb und verrichtete nach wie vor die „Molod“ auf dem Herrschaftsgut, nur sollte jetzt der Herr mit ihm einen Vertrag schließen. Das war dann freilich der Vertrag zwischen Wolf und Lamm. Der Herr diktierte die Bedingungen, der Bauer mußte sie annehmen. Nur für die Kossäten und Instakute bot sich die Möglichkeit, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen, denn sie waren jeglicher „Gabe“ langst „befreit“.

So wenigstens stellte sich das Verhältnis rechtlich dar. Aber in Wirklichkeit war es auch mit dieser Freiheit nicht. Die Junker gehörten einfach nicht. Wie Wolff sagt, gerieten sie in Wut ob dieses Eingriffes in ihre „Rechte“ und ließen einfach die Leute nicht ziehen. Deshalb blieb alles beim alten. Die Bauern freilich sahen das Edikt — soweit sie Kenntnis davon erhielten — dahin auf, daß sie nun frei seien und auch keine Fron mehr zu leisten hätten. In manchen Gegenden, namentlich in Schlesien, kam es zu Aufständen, die einfach im Blute erstickt wurden.

Ja mehr noch: Die Junker nahmen das Edikt zum Anlaß neuen Bauernlegens. Nach dem Gesetz stand die Sache so: der Bauer war frei. Wenn er nicht mit dem Herrn einen Vertrag schloß, durfte er ziehen. Aber der Herr durfte den Bauernhof nicht „legen“, den Acker nicht eingziehen, denn das war durch frühere Edikte verboten und in diesem neuen Edikt bekräftigt; es sollte vielmehr, wenn der eine Bauer fortzog, ein anderer an jene Stelle gesetzt werden. Die Junker sahen nun das Edikt so auf: dem Bauer die Freiheit, aber uns das Land! In der Tat gelang es ihnen, in der Zeit von 1808 bis 1810 vier neue Edikte zu erzielen, die das Bauernlegen teilweise wieder gestatteten.

Erst als der Krieg Napoleons gegen Rußland begann, erinnerte man sich daran, daß man die Bauern brauche. Am 11. September wurde ein neues Edikt erlassen, wonach die Gutsherrn mit den Bauern sich über die Ablösung der Lasten „gütlich abeinandersehen sollten“. Geschaß es nicht, dann sollte eine königliche Kommission die Auseinandersetzung regeln, wobei als Grundfah gelten sollte, daß der Bauer durch Abtretung von einem Drittel seines Acker den Rest als freies Eigentum behalten soll.

Dann kam der Freiheitskrieg. Auf den Schlachtfeldern floh Bauernblut in Strömen. Der preussische Staat war gerettet. Als die Bauern zurückkehrten aus dem Kriege, erfuhren sie, daß es mit der Ablösung anders kommen sollte: nicht mehr alle, sondern nur ein Teil der Bauern, die wohlhabenderen, durften nach dem Edikt von 1810 die Ablösung verlangen, und durch ein Edikt von 1821 wurden die Bedingungen für die Bauern noch verschlechtert. Es war den Junkern gelungen, die Fronnechtschaft der großen Mehrheit der Bauern beizubehalten — wie sie glaubten — für ewig! Erst die Revolution von 1848 brachte den Bauern endlich die Freiheit.

So sieht es um die Erinnerung an den Martinitag 1810. Das hundertjährige Jubiläum jenes Tages ruft das Gedächtnis nach an infame Verbrechen, die Preußens Junker am Volke verübt haben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. November 1910.

### Etatverschleierung.

Der in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ geführte Nachweis, daß nach den Etatsansätzen die Regierung eine vorläufige Heeresvermehrung um 12 000 Mann plant, scheint der Regierung sehr unbedeuten zu sein, denn von ihr nahestehernder Seite wird die Nachricht in die Presse lanciert, daß bei Errichtung der neu geforderten 107 Maschinengewehrkompanien nur 107 Hauptmannstellen neu geschaffen werden. Der Bedarf an Leutnants soll aus dem vorhandenen Offiziersbestande gedeckt werden.

Wen glaubt man denn mit solchen Nachrichten irreführen zu können? Die Heeresverwaltung fragt jedes Jahr in der Budgetkommission ihr Leid, daß eine Menge Leutnantsstellen wegen Mangel an Ertrag vakant bleiben müssen, und nun plötzlich will man einen solchen Ueberfluß an Leutnants haben, daß dreihundert neue Stellen aus dem jetzigen Bestand besetzt werden können.

### Aus dem Wahlkreis Labiau-Wehlau.

Der Wahlkampf gestaltet sich im Kreise Labiau-Wehlau ganz nach altem stielbischen Schema. Ausgerechnet der Landrat von Labiau, der sich bisher nicht im geringsten um das Urteil des Oberverwaltungsgerichts kümmert und nach wie vor Versammlungen unter freiem Himmel verhindert, ist zum Wahlkommissar ernannt worden. Seine Tätigkeit begann dieser Herr mit nachstehender amtlicher Verfügung in den Kreisblättern:

„Ich werte darauf hin, daß während der Auslegung der Wahllisten die Einsicht und Abschreibung den Berechtigten, d. h. den Wählern zu gestatten ist. Die Gemeindebehörden (nicht die Wahlvorsteher) haben darüber zu befinden, inwiefern die Einsicht und Abschreibung dem einzelnen Berechtigten zu gestatten ist, ohne daß dadurch der gesetzliche Zweck der Auslegung — allen Wahlberechtigten gleichmäßig die Einsicht und Prüfung der Listen auf ihre Richtigkeit zu ermöglichen — in Frage gestellt wird. Etwaige Beschwerden sind an mich abzugeben. Sind die Listen festgestellt und den Wahlberechtigten überwiesen, so stehen sie den Wahlberechtigten überhaupt nicht mehr zur Verfügung.“

Also nicht jedem, wie es die Verfassung vorschreibt, steht das Recht der Einsichtnahme der Wahllisten nach der Anweisung des Landrats zu; es bedarf besonderer Erlaubnis. Und die konser-

vativen Gemeindebehörden handeln gar gerne nach diesem Rezept. Vielfach gestatten sie die Einsichtnahme resp. das Abschreiben der Wahllisten nur Wählern des Wahlkreises und sogar nur den Wählern des betreffenden Wahlbezirks. Dagegen haben, wie die „Hart. Ztg.“ behauptet, die Gemeindebehörden ein Zirkular erhalten, in dem sie ersucht werden, alsbald eine Abschrift der Wahllisten an das konservative Wahlbureau in Labiau zu schicken. Dasselbe behauptet auch, aus sicherer Quelle zu wissen, daß die konservativen Agitationsführer das Kreisautomobil tagelang zu Agitationsfahrten benutzt haben, bis es zerbrach. Und nun zerbrochen die Herr endlich darüber den Kopf, wer die Reparatur bezahlt.

Daß der sozialdemokratischen Wahlagitation die denkbar größten Schwierigkeiten schon jetzt in den Weg gelegt werden, ist selbstverständlich. Der sozialdemokratische Kandidat hat z. B. auf seine am 25. Oktober und 2. November an den Minister des Innern gerichteten dringenden Beschwerden wegen ungeschicklicher behördlicher Handlungen noch immer keinen Bescheid erhalten. Auch die Bemühungen zur Abhaltung von Versammlungen in geschlossenen Räumen waren bisher ergebnislos. An 28 verschiedene Sozietäten und Gastwirte, die den Konservativen und Liberalen ihre Säle zur Verfügung gestellt hatten, richtete das sozialdemokratische Wahlkomitee das Ersuchen um Herabgabe der Lokale zur Abhaltung von Wählerversammlungen, natürlich gegen Bezahlung. Doch alle, ohne Ausnahme, lehnten kurz das Ersuchen ab. Mehrere andere Gastwirte, mit denen persönlich verhandelt wurde, gaben an, Maßregelungen der Behörden und der großen Wähler zu fürchten. Auch die Führerbesitzer weigern sich, unseren Agitatoren Führerwerke zu vermieten. Dagegen lassen die Gutbesitzer ihre Arbeiter nach den konservativen Versammlungen hinfahren und traktieren sie dort mit Schnaps und Bier.

### Die bayerische Regierung und die Fleischsteuerung.

Die bayerische Regierung befindet sich in einer unangenehmen Lage. Die außerordentliche Viehzählung hat, wie es scheint, ergeben, daß die Viehhaltung in Bayern zurückgegangen ist. Aus Furcht vor dem Zentrum wagt aber die Regierung die festgestellten Differenzen nicht bekannt zu geben, und zieht deshalb die Veröffentlichung von Woche zu Woche hin. Dem „Verl. Lokalanzeiger“ wird darüber aus München gemeldet:

Die Verzögerung der bayerischen Regierung mit der Veröffentlichung des ihr seit 14 Tagen vom Statistischen Landesamt vorliegenden, mit größter Beschleunigung bearbeiteten Materials über die außerordentliche Viehzählung erweckt hier die Befürchtung, daß die einheimischen Viehzüchter den Landesbedarf trotz der hohen Viehpreise nicht zu decken vermögen. Die Regierung scheint in Verlegenheit zu sein über die Form, in der sie das Zählungsergebnis veröffentlichen soll, ohne die so leicht reizbare Landtagsmehrheit zu verletzen.

### Altenburger Landtagsouverüre.

Der Altenburger Landtag ist am Mittwoch eröffnet worden. Dem offiziellen Eröffnungsalte blieb die sozialdemokratische Fraktion fern. Die Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt belaufen sich auf 5 182 910 Mark. An Steuern und Abgaben werden 886 480 M. mehr gefordert. Die Ueberweisungen aus der Reichskasse sind um 76 201 M. geringer wie bisher. Für das Volksschulwesen werden 147 140 M., für kirchliche Zwecke 81 100 M., für das Armenwesen 20 500, für die allgemeine Regierung 11 124 M. mehr gefordert. Die Mehrausgaben für Volksschulwesen und kirchliche Zwecke werden in der Hauptsache durch erhöhte Einnahmen bedingt. Zur Deckung des erhöhten Bedarfs ist eine Steuererhöhung beantragt, außerdem eine Ausgestaltung der Stempelsteuer.

Gleich in der ersten öffentlichen Sitzung des Landtages kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen der sozialdemokratischen Minderheit und der bürgerlichen agrarisch-konservativen Mehrheit wegen der Verteilung der Kommissionshige. Die agrarischen Vertreter hatten mit den bürgerlichen Vertretern der Städte abgemacht, daß die 14 agrarischen Vertreter 20 Sitze, die 10 bürgerlichen Stadtvertreter 17 und die 7 Sozialdemokraten 8 Sitze in den zu belegenden sieben Kommissionen haben sollten. Aus der Finanzkommission hatte man jedoch die sozialdemokratische Fraktion ausgeschlossen mit der famosen „Vergründung“, die sozialdemokratischen Abgeordneten würden ja doch gegen den Etat stimmen.

Es kam aus diesem Anlaß zu heftigen Debatten; doch gelang es nicht, einem sozialistischen Abgeordneten einen Sitz in der Finanzkommission zu verschaffen.

### „Das liberalste Land Deutschlands“.

Eine politische Tragikomödie, wie sie selbst Heinrich Heine nicht schöner erfinden könnte, spielt sich zurzeit in Württemberg ab. Wir haben kurz berichtet von der politischen Mahregulung des liberalen Professors Rindermann von der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim in Württemberg. Auf dem Kasseler Parteitag der Nationalliberalen hat Herr Rindermann eine für liberale Verhältnisse ziemlich radikale Rede gegen den schwarz-blauen Bloch gehalten, sogar die engerste Möglichkeit eines tattischen Zusammengehens der Liberalen mit den Sozialdemokraten bei der nächsten Reichstagswahl angedeutet. Damit nicht genug, hat er auch noch in der „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der mit den Reden der bauernbändlerischen Geistesriesen in Württemberg nicht ganz übereinstimmt. Das ist dem wackeren Professor aber schlecht bekommen. Der Herr Direktor der landwirtschaftlichen Hochschule, v. Strebel ist sein Name, hat sich aus auf die Hosen gesetzt und seinem Herrn Professor ein Brieflein geschrieben, in dem dem Unglücklichen die Leutten folgendermaßen gelesen werden:

„Der Artikel, welchen Sie in der „Frankfurter Zeitung“ zu schreiben für gut fanden, hat nicht nur mich, sondern weite Kreise in hohem Grade bekümmert, noch mehr die Äußerungen auf dem nationalliberalen Parteitage.“

Es liegt mir fern, die politische Ansicht eines Mannes beeinflussen zu wollen, aber es ist meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß ein Staatsbeamter sich eine gewisse Zurückhaltung beim öffentlichen Auftreten aufzuerlegen und Rücksichten zu nehmen hat, über die der Privatmann sich vielleicht hinwegsetzt. Sie haben das außer acht gelassen, die Folgen werden nicht ausbleiben. Ich bin jetzt schon sicher, daß bei den nächsten Kammerverhandlungen die Regierung und ich durch Ihre Vorgehen in eine Lage gebracht werden, die für Hohenheim nur schädlich sein kann. Ich lehne die Verantwortung für die Folgen, wie sie für unsere Hochschule zu befrachten sind, ab und ersuche Sie dringend, sich künftig innerhalb der Grenzen zu halten, welche Pflicht und Stellung gebieten.“

Auf dieses direktoriale Schreiben hat Herr Rindermann tapfer geantwortet:

„Ihr werdes Schreiben vom 6. I. M. will meine Befreiheit und Bürgerfreiheit durch eine Miße über meine politische Tätigkeit beeinträchtigen und stellt diese im letzten Grunde als pflichtwidrig hin. Als ich im Ministerium die Verurteilung 1906 entgegennahm, wurden beide mir im besten Maße zugesichert; man sagte mir: „Sie kommen in das liberalste Land Deutschlands“, und freudig habe ich dies in meinen Vorträgen vor dem deutschen Volke oft anerkannt. — Als deutscher Hochschulprofessor lehne ich auf das Entschiedenste jede derartige Beeinträchtigung ab. Ich erlaube nur meine Forschung und mein Gewissen als maßgebend an. Ich bin kein Staatsbeamter im

engeren Sinne, der Verhaltungsmaßregeln von oben her entgegenzunehmen hat; und wäre ich dies, so stände mir die Freiheit des Ministers v. Bodman zur Seite. Schmerzlich bedauere ich, daß ein deutscher Hochschulprofessor sich zum Vorkämpfer der Unterdrückung der höchsten Güter der deutschen Hochschulen machen läßt.

Ein tapferer Brief. Nur auf falschen Voraussetzungen aufgebaut. Erstens hat der liberale Minister des liberalsten Landes Deutschlands an dem Vorgehen des Direktors gegen seinen Professor nichts auszusagen. Er habe zwar keine Kenntnis von dem Vorgehen des Direktors gehabt, läßt der Minister im „Staatsanzeiger“ erklären, aber es sei dagegen nichts einzuwenden. Zweitens läßt auch das nationalliberale Organ, der „Schw. Merkur“ in Stuttgart, seinen Parteigenossen schmählich im Stich. Es bringt spaltenlange Artikel über den „Lakt“, den Staatsbeamte in ihrem politischen Wirken bedunken müßten. Und das Zentrumorgan, das „Deutsche Volksblatt“ des Herrn Wedder dekretiert:

„In einem monarchischen Staate kann nicht geduldet werden, daß ein königlicher Beamter mit der Sozialdemokratie liebäugelt. So scharf wir den Grundhieb verurteilen, daß die Regierung die politische Vertätigung des Beamten außerhalb seines Amtes nicht hindern darf, so hat dies doch selbstverständlich daran seine Grenze, daß jede Förderung einer Partei, die, wie die Sozialdemokratie die Grundlagen des heutigen Staates negiert, unzulässig ist.“

Das schreibt das Organ der Partei, die in Bayern das praktische gegen den Liberalismus läßt, was der liberale Professor als Mittel zum Sturz der Verfall-konservativen Herrschaft im Reich lediglich andeutete!

Weißt die „Fortschrittliche Volkspartei“ Württembergs, die sich früher mal als „Demokratie“ bezeichnete. Sie rühre denn auch zunächst mächtig die Pauke für die „staatsbürgerliche Freiheit der Beamten“. Darauf kam aber ein anderer liberaler Beamter und wies öffentlich in der Presse nach, daß er gemahregelt wurde auf Betreiben der Führer der „Fortschrittlichen Volkspartei“. Weil er sich nämlich erklärt hatte, an der Verwaltungstätigkeit des Oberbürgermeisters der Residenz Stuttgart, v. Gauß, des Schwagers des Reichstagsabgeordneten Gaußmann, Kritik zu üben.

Ein allgemeines Geräuße der bürgerlichen Parteien untereinander ist jetzt die Folge. Eine beweist der anderen auf das gründlichste, daß sie andersgläubige Politiker aus Amt und Brot zu drängen suche. Und mitten drin in dem allgemeinen Kirchweihgeräusche steht der liberale Herr Professor wie ein vom Himmel gefallenes Kind. Die Regierung aber sieht festensicher zu, denn sie weiß sehr genau, von diesen Kämpfen für die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten hat sie nichts zu befürchten. Die einzige Partei, die entschlossen für die politische Freiheit der Beamten eintritt, ist die Sozialdemokratie. Genau so wie in Preußen. Das Kuriosum an der Geschichte ist nur, daß man in Preußen zwar den Sozialdemokraten Kronen maßregelte, in Württemberg aber, dem „liberalsten Lande Deutschlands“, sogar liberale Politiker, Mitglieder der Regierungspartei. Und das allerhöchste an der tragikomischen Geschichte: es wird energisch bestritten, daß der maßregelnde Direktor v. Strebel dem Bauernbund angehöre. Auch er soll sich — zur liberalen Partei zählen!

#### Privatbeamtenversicherung.

Die Vorlage über das Privatbeamtenversicherungsgesetz ist dem Bundesrat zugegangen und in kurzer Zeit wird auch der Reichstag erfahren, wie sich die Regierung die Lösung der Frage gedacht hat. Der „neue politische Tagesdienst“ bringt einige, wie es scheint, offizielle Andeutungen. Danach soll die kommende Vorlage auf dem Grundhieb der Versicherungspflicht für alle männlichen und weiblichen Privatangestellten beruhen: „Diese Versicherungspflicht wird sich daher erstrecken auf alle Handlungsgehilfen und Lehrlinge einschließlich der in den Apotheken beschäftigten, auf Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker einschließlich der Betriebsleiter und der in leitender Stellung stehenden Angestellten, ferner auf alle Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Erzieherinnen, soweit sie nicht an öffentlichen Schulen beschäftigt sind, ferner auf die Beamten der Landwirtschaft, und auf alle sonstigen Angestellten, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, und schließlich auf die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen der Seifensiederei deutscher Seifensieder und von Fahrzeugen der Binnenwasserfahrt. Die Versicherungspflicht wird nicht an einen Mindestbetrag des Einkommens gebunden werden. Dem wollte man den Eintritt in die Versicherung von einem bestimmten Mindesteinkommen abhängig machen, so würde die Versicherungsdauer und damit auch der Rentenanspruch eine Verzerrung erfahren. Auch aus versicherungstechnischen Gründen muß von einer Befreiung der gering besoldeten Angestellten abgesehen werden, weil die in jüngeren Jahren entrichteten Beiträge von ungleich höherem Wert sind, als die in höheren Jahren entrichteten; sie tragen zur Herabsetzung des Durchschnittsbeitrages wesentlich bei, auch an eine obere Gehaltsgrenze wird die Versicherungspflicht nicht gebunden werden. Aber mit Rücksicht auf die finanzielle Sicherheit wird es nötig sein, daß der Gehaltsjah, nach dem die Beiträge und Leistungen bemessen werden, einen bestimmten Höchstbetrag nicht überschreitet. Eine Härte für die Versicherten kann hierin nicht gefunden werden, denn die Privatangestellten mit hohen Gehältern sind in der Lage, sich die eigene Versorgung und die ihrer Angehörigen über den gesetzlichen Rahmen hinaus aus eigenen Mitteln zu sichern. Es wird aber nötig sein, den Kreis der zum Eintritt in die Privatangestelltenversicherung verpflichteten Personen in Bezug auf die höheren Altersgrenzen einzuschränken. Es ist dabei zu prüfen, ob die in der Pflichtversicherung eintretenden älteren Personen mit Rücksicht auf die notwendige Karenzzeit tatsächlich noch einen Anspruch erwerben können, der mit ihrer Beitragsleistung auch im Einklang steht. Wird neben den Hinterbliebenenbezügen die Pension vom Eintritt der Erwerbsunfähigkeit an nach zehnjähriger Wartezeit gewährt, ohne daß es nach vollendetem 65. Lebensjahre noch des Nachweises der Invalidität bedarf, so reicht die Prämie für die im Alter von 60 Jahren in die Versicherung eintretenden Angestellten aus. Es wird sich daher empfehlen, diejenigen Privatangestellten, die beim Inkrafttreten des kommenden Gesetzes das 60. Lebensjahr bereits vollendet haben, von der Versicherungspflicht zu befreien.“

#### Einseitigkeit der Wähler.

Die schamlose Blünderung des Volkes durch die Reichsfinanzreform, für welche in erster Linie das Zentrum verantwortlich ist, hat auch in den Kreisen der katholischen Arbeiterschaft helle Empörung ausgelöst. Da die Demagogiepartei aber noch auf weitere Tentative sinn, sich an der wüsten Hebe der Scharmacher gegen die Arbeiterbewegung beteiligt, und vielleicht auch einen Koalitions- und Wahlrechtsraub mitzumachen bereit ist, muß die Aufmerksamkeit der Wähler abgelenkt werden. Wie gewöhnlich bildet die Religion den Alibi. Sie muß alle Schandthaten der Volkverräter bedecken. Damit das Volk sich ausplündern und inebeln läßt, wird es strupellos im Namen Gottes religiös verbeilt. Die Kirche in Gefahr! In diesem Thema werden die Wähler haranguiert. Die pfälzliche „Tremolo“ in Dortmund lud kürzlich zu politischen Versammlungen in folgender Weise ein:

„Weide Versammlungen sollen gleichzeitig Protestversammlungen sein gegen die Schmachungen, welche in letzter Zeit besonders von dem römischen Bürgermeister Nathan gegen Papst und Kirche geschleudert worden sind. Die Vertrauensmänner des Volkvereins an beiden Orten haben

darum beschlossen, durch Gesamtsammlungen in allen Orten des Kreises Olpe zu beiden Versammlungen einzuladen. Es steht schon jetzt fest, daß kein katholisch denkender Mann es veräumen wird, wenn eben möglich, an einer dieser Versammlungen teilzunehmen. Auf zum Kampfe für die Kirche!

Es sei dahingestellt, ob kein „katholisch denkender Mann“ es veräumen, an einer dieser Versammlungen teilzunehmen“. Es steht dagegen fest, daß Hunderte und Tausende viel lieber gehört hätten, wenn gegen den unerträglichen Steuerdruck und gegen die wucherische Verteuerung der Lebensmittel protestiert und getwittert wäre, statt gegen den rümlischen Bürgermeister.

#### Die sogen. „ausländische“ Presse.

Die „Kreuzzeitung“ läßt sich aus München berichten, daß ein sozialdemokratischer Redakteur vor Gericht gegen seinen Gegner, ebenfalls Redakteur, Zwangsmassnahmen beantragte, um die Preisgabe des Redaktionsgeheimnisses zu erzwingen. Wohl hat tatsächlich kürzlich ein Redakteur in Daxau bei München einen solchen Antrag gestellt; nur ist weder er noch sein Blatt sozialdemokratisch. In Daxau und dessen Umgebung erscheint überhaupt kein sozialdemokratisches Blatt. Das sozialdemokratische Blatt, das in Daxau verbreitet ist, ist die „Münchener Post“.

Der ehrenwerte Münchener Korrespondent der „Kreuzzeitung“ macht nach bekanntem Rezept der Hanuwerkstlinge einfach den betreffenden Redakteur, obgleich dieser mit der Partei nichts zu tun hat, zum Sozialdemokraten.

#### Frankreich.

##### Triands Mehrheit.

Paris, 10. November. Für die Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, haben gestimmt 11 unabhängige Sozialisten, 72 Sozialistisch-Modifizierte, 91 Radikale, 67 der demokratischen Linken, 47 Progressisten, 3 der Aktion liberale und 5 Unabhängige. Dagegen haben gestimmt 75 geeinigte Sozialisten, 18 unabhängige Sozialisten, 66 Sozialistisch-Modifizierte, 9 Radikale, 2 der demokratischen Linken, 6 Unabhängige, 6 Progressisten, 2 der Aktion liberale und 15 der Rechten. 66 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, darunter Millerand, Riqui, Biviani, Cheron, Renault und Sarraut, die dem vorigen Kabinett angehört; abwesend waren 31 Deputierte. Die Majorität umfaßt 241 Stimmen der Linken, die Minorität 100 einschließlich der geeinigten Sozialisten.

#### Das Programm Combes.

Paris, 9. November. Emil Combes übernahm heute den Vorsitz im Komitee der radikalen und der sozialistisch-radikalen Partei mit einer Rede, in der er erklärte, durch ihre Autonomie, d. h. rein durch ihre unabhängige Existenz, werde die radikale und die sozialistisch-radikale Partei die Reformpartei der demokratischen und sozialen Republik bleiben. Wir mögen uns nicht an, sagte er, daß wir die einzigen sind, die der Republik dienen, und wir legen keinen feindseligen Gedanken gegen die, die ihr an unserer Seite aufrichtig dienen. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Combes, daß er für die Bildung zweier Parteien sei, und zwar einer die Progressisten und die Liberalen umfassenden republikanisch-konservativen Partei und einer republikanischen Reformpartei, die die Radikalen und die Sozialistisch-Modifizierten in sich schließt, und der sich die Republikaner der Linken und die Sozialisten anzuschließen hätten. Leider zogen gewisse Gruppen zu viel Vorteil aus ihrer unklaren Stellung, um darauf zu verzichten. Im Interesse der radikalen Partei liege es, aus der Zweideutigkeit ohne Verzug herauszutreten und ihre Kraft wieder zu gewinnen, indem sie sich wie ehemals als eine geeinigte und disziplinierte Partei aufs neue zusammenschließen.

#### Die Presse über Triand.

Paris, 10. November. Die radikalen Blätter äußern sich über den Ausgang der Interpellationsdebatte durchaus befriedigend und erklären, man könne dem Kabinett nicht mehr vorwerfen, daß es sich mit Hilfe der Rechten am Ruder erhalte. Die Rechte habe sich nunmehr zu den Gegnern der Regierung geschlagen, und Triand könne das von ihm gestern gelungene Programm ungehindert verwirklichen. — „Gaulois“ meint, Triand habe gestern nur ein Wandenvotum erhalten. Seine Politik habe seiner Partei Achtung erungen. „Humanité“ schreibt, die gestrige Abstimmung bedeute für Triand den wahren Zusammenbruch. — „Appel“ sagt, das Ministerium sei nur mit knapper Not dem Sturze entgangen. — Der Ausschuh der sozialistisch-radikalen und der radikalen Partei hat beschlossen, die Rede Belletans, in der die Politik Triands auf das schärfste bekämpft wird, in Form einer Flugchrift in ganz Frankreich zu verbreiten.

#### Italien.

##### Der republikanische Parteivorstand zur Resolution Turati.

Rom, 7. November. Der republikanische Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 6. dieses Monats zur Resolution Turati Stellung genommen. Nach langer und außerordentlich eifriger Diskussion hat man sich dahin geeinigt, daß die Republikaner weder Wahlbündnisse mit den Sozialisten schließen können, noch in den öffentlichen Aemtern verbleiben, die sie durch ein Bündnis mit den Sozialisten erlangt haben, wenn nicht die sozialistische Parteifraktion des Ortes sich ausdrücklich gegen die Tagesordnung Turati ausspricht. Es liegt ja nun auf der Hand, daß in den Parteifraktionen, in denen die Revolutionäre die Mehrheit haben, die Tagesordnung Turati, die sich mit Erbitterung gegen die Republikaner wendet und keine Tagesordnung der Intransigenz, sondern eine solche des Hasses ist, keine Sympathie haben kann. Man muß nun aber neugierig sein, wie sich die reformistischen Fraktionen zu ihr stellen, die doch den Preis ihres Mailänder Sieges bilden. In vielen Städten, vor allem aber in Rom und Genua, befinden sich Republikaner in der Stadtverwaltung, die sozialistischen Stimmen ihre Wahl verdanken. Von Deputierten befinden sich die beiden republikanischen Abgeordneten von Genua, der Republikaner Barzilai in Rom und mehrere andere in dieser Lage. Was die Sozialisten betrifft, so sind auf Grund eines Bundes der Volksparteien gewählt worden: die Genossen Bisolati, Rossi, Bocconi, Canessa, Ghisa und andere mehr. Die lokalen republikanischen Parteifraktionen haben natürlich nicht verfehlt, diese Abgeordneten direkt oder indirekt zur Mandatsniederlegung aufzufordern.

#### Spanien.

##### Eine sozialdemokratische Rede.

Madrid, 9. November. In der Deputiertenkammer sprach der Sozialist Iglesias über den Ausstand in Sabadell und Barcelona und sagte dem Minister des Innern, wenn man Gesetze gegen die Arbeiter machte, so würden sich diese darüber hinwegsetzen, und Stöße würden blutige Gegensätze und zwar in einer Ausdehnung, von der man sich unmöglich eine Vorstellung machen könne, hervorzurufen.

#### England.

##### Eine Rede des Ministerpräsidenten.

London, 9. November. Auf dem Lord Mayors-Bankett in der Guildhall erklärte Asquith, es habe einige Erregungen und Bewegungen an einigen Stellen des internationalen Horizonts gegeben, aber keine, die den Frieden unter den Großmächten zu stören drohe. Es ist eine gewisse Beunruhigung durch den sensationellen Bericht verursacht worden, daß wir im Begriffe seien, eine Politik affibler Einmischung in die inneren Angelegenheiten Perziens zu beginnen. In unserer Vorklagen liegt aber nichts, was die Unabhängigkeit und die Integrität Perziens bedroht.

Dann kam Asquith auf die Abrüstungsfrage zu sprechen und erklärte, er sei vollständig überzeugt, daß die Mehr-

heit der Völker in den zivilisierten Ländern der Welt den Frieden wünsche und den Krieg entschieden abgelehne sei. Was für ein Paradoxon sei es dann, daß in fast jedem Lande die Ausgabe für Rüstungen der häufigste Gegenstand parlamentarischer Debatte sei, zuerst in England selber, dann in Deutschland, dann in den österreichischen Delegationen. „Es wird uns oft gesagt“, fuhr der Premierminister fort, „daß gerade der Umfang dieser Rüstungen eine Sicherung des Friedens ist. Aber schon die Ansammlung und Anhäufung einer solchen Masse von explosivem Material ist an sich eine Gefahr, denn erzeugt die Würde der dafür nötigen Verstärkung überall eine Beunruhigung, die ihren Ausdruck in inneren Unruhestörungen finden kann, die aber auch unter irgendeinem neuen Impuls in einem äußeren Angriff Erleichterung suchen kann. Kein einzelnes Land kann seine Ausgaben herabsetzen und der Rüstung höherer, wachsenderer Nachbarn vertrauen, am wenigsten von allen wir mit unseren Besitzungen über die ganze Länge und Breite der Welt. Wir scheinen uns in einem falschen Zirkel zu befinden. Das Behalten von ausgebehrter Rüstungen schafft Furcht und Mißtrauen zwischen den Regierungen. Die Furcht und das Mißtrauen zwischen den Regierungen stacheln zur Ausgabe für Rüstungen an. Aber wenn die Stimmung der Völker friedlich ist, so sollte es sicher nicht unmöglich sein, daß sich eine freundlichere Atmosphäre nicht nur zwischen zwei oder drei, sondern zwischen allen großen Ländern Europas verbreitet. Ich bemerke, daß unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung in jedem Weltteil eine gute politische Stimmung, ob sie die Form tatsächlicher Verständigungen oder nicht annimmt, in nicht zu langer Zeit so allgemein und umfassend unter den Großmächten werden wird, daß sie diesem verschwendet-rischen unheilvollen Wettbewerbs zu kriegerischen Zwecken eine Grenze setzen wird.“

Nachdem Asquith sodann noch das Anwohnen und Prosperieren des Handels sowie des Steigen der Lohnsätze berührt hatte, wandte er sich zu den Arbeiterunruhen in Wales. Der Ausbruch der Gewalttätigkeiten in Wales könne nicht zu scharf beurteilt werden. Der Staat würde nicht zögern, den lokalen Behörden jede Truppenmacht zur Verfügung zu stellen, die notwendig sei, um die Gesetzlosigkeit und Gewalttätigkeit zu unterdrücken.

#### Rußland.

##### Ein Spionageprozeß.

Petersburg, 10. November. Vor dem durch Vertreter der Stände verstärkten Appellhof als erster Instanz begann heute vormittag unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gegen den Journalisten Baron Ruzer-Sternberg. Die Anklage erfolgt wegen Auslieferung eines Staatsgeheimnisses an den Vertreter einer fremden Macht. Unter den 23 Zeugen befinden sich der Vertreter des Generalstabs, Beamte der Reichsduma und zahlreiche Journalisten.

#### Amerika.

##### Nach den Wahlen.

New York, 10. Dezember. Die Demokraten werden gemeinsam mit den fortschrittlichen Republikanern in beiden Häusern des Kongresses eine Mehrheit für eine Herabsetzung des Zolltarifes haben, die dann sofort nach dem Zusammentritt des neuen Kongresses, das ist im Dezember nächsten Jahres, Tatsache wird. Der hervorragendste demokratische Kandidat für das Sprecheramt, Herr Clarke, erklärt, die Tarifrevision müsse die erste Arbeit sein.

#### Mexiko.

##### Demonstrationen gegen die Vereinigten Staaten.

Mexiko, 10. November. Wie aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, veranstalteten Studierende aus Anlaß eines Lynchgerichtes gegen den Mexikaner Antonio Rodriguez in Rockspringes (Texas) Kundgebungen gegen die Vereinigten Staaten, die am Mittwoch zu Angriffen auf Amerikaner und amerikanische Handelshäuser führten, deren Fenster zerschmettert wurden. Die Menge zerriß eine amerikanische Fahne und trat sie mit Füßen, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre. Mehrere Zeitungen veröffentlichten heftige Artikel, die die Demonstranten noch mehr erregten. Die Menge griff die Geschäftsräume des El Imparcial an, zerstörte sie und steckte sie in Brand. Die berittene Polizei machte nun von der Schutzwaaffe Gebrauch. Drei Demonstranten wurden getötet und viele verletzt. Etwa 200 Personen wurden verhaftet.

Nach einer weiteren Meldung war auch der Sohn des amerikanischen Vöschafers Angriffen ausgehört. Ein Straßenbahnwagen, in dem amerikanische Kinder zur Schule fahren, wurde mit Steinen beworfen. Ein Kind trug Verletzungen davon. Der amerikanische Vöschafers erhob beim Minister des Aeußeren energischen Einspruch. Der Gouverneur richtete vor dem Rathaus eine Ansprache an die Demonstranten, in der er die Protestkundgebung der Studierenden billigte, die Studenten aber aufforderte, keine Gewalttätigkeiten zu begehen. Die berittene Polizei durchzog gestern Abend das ganze Geschäftsviertel, auf das die Unruhen beschränkt geblieben sind. Der mexikanische Vöschafers in Washington hat kein Staatsdepartement wegen des gegen Rodriguez veranstalteten Lynchgerichtes Einspruch erhoben.

#### Aus der Partei.

##### Gemeinbewahrsfolge.

Bei den am Mittwoch beendeten Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Burg bei Magdeburg erhielt die Sozialdemokratie 1020 Stimmen, für den bürgerlichen Mischnach wurden 888 Stimmen abgegeben. Sämtliche Mandate der dritten Abteilung sind damit der Sozialdemokratie zugefallen.

Trotz des starken Wahlerrors der Gegenpartei ist in Paderborn die sozialdemokratische Kandidat mit 202 Stimmen gegen den Kandidaten des Mischnachs, Dr. Delen, der 280 Stimmen erhielt, gewählt worden. Alle Mandate der dritten Abteilung befinden sich jetzt im Besitz der Sozialdemokratie.

#### Jugendbewegung.

##### Der Zentrumsbenjamin gegen die freie Jugend.

Der jüngste, aber geschwähligste der Zentrumsparlamentarier, Herr Mathias Erzberger, hat in Köln einen Vortrag über die Frage gehalten: Ist das Zentrum unbefugbar? Diese Frage stellen, heißt für den „bescheidenen“ Erzberger sie bejahen. Als den Hauptgegner des Zentrums bezeichnet Erzberger mit Recht die Sozialdemokratie, und bei der Bekämpfung unserer Partei stellte er die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung in die erste Linie. Er forderte „ein vom christlichen Geiste durchwehtes Erziehungsgeheiß für die heranwachsende Jugend“. Die sei die „Forderung des Tages“. Staat und Kirche sollen hier nach Erzbergers Wunsch „zusammengehen“. Die konfessionellen Jugendvereine fanden leider nicht genügend Unterstützung bei Eltern, Staat und Gemeinde. Erzberger will die Fortbildungsschule mit Zwangsbesuch bis mindestens zum achtzehnten Jahre unter geistlichen Einfluß stellen. Die Herrschaft der Kirche über die Volksschule genügt ihm nicht. Am liebsten möchte er die „Jugend“ bis nach beendigter Militärdienst unter geistlicher Aufsicht haben — wie er behauptet, aus sittlich-erzieherischer, tatsächlich aber aus Gründen der politischen Herrschaft des Zentrums.

# Gewerkschaftliches.

## Judasgeld.

Ein neues System haben die süddeutschen Textil-Industriellen eingeführt, um sich die staatsverhaltenden Elemente, die Arbeitswilligen zu sichern. Sie zahlen ihnen einfach eine — Belohnung für ihre Streikbrecherdienste. In Gosi. B. streifen seit zehn Wochen die Textilarbeiter der Firma G. G. Münch u. Co. um Anerkennung der Organisation. Kürzlich hat sich nun der „Verband süddeutscher Textil-Arbeitgeber“ mit diesem Streik befaßt und selbstverständlich beschlossen, daß dieser Streik zu Unrecht geführt wird. Gleichzeitig ist in der Sitzung dieser Scharfmacher auch über Gegenmaßnahmen beraten worden, und man ist auf den Räder „Belohnung“ verfallen. Jeder der 200 noch arbeitenden Arbeiter hat eine Belohnung von 10 M. erhalten, wofür diese Arbeiter nun eine „Danksagung“ im „Hof-Anzeiger“ vom Stapel ließen, in der sie außer dem „herzlichen Dank“ auch noch die „Versicherung“ abgeben, daß die Belohnung für die Streikbrecher „ein Ansporn ist, auch weiterhin, trotz aller Anfeindungen von Seiten der Streikenden, ihre Pflicht zu tun“.

Man weiß ja, wie solche Danksagungen zustande kommen. Aber immerhin zeigt die Annahme des Judasgeldes den geistigen Tiefstand dieser Arbeiter, die ihre Menschenrechte und Menschenwürde derart mit Füßen treten. Im übrigen können sich die Textilbarone solche Extrabelohnungen für Arbeitswillige leisten. Die Arbeiter verdienen sie ihnen ja, denn Dividenden von 20—25 Prozent sind hier an der Tagesordnung.

## Berlin und Umgegend.

**Stakkature!** Obgleich die Innung besteht, sind doch alle in Berlin wohnenden oder bei in Berlin wohnenden Unternehmern beschäftigten Kollegen zur Berliner Gewerbegerichts Wahl wahlberechtigt. Zentralverband der Stakkature.

## Bewegung der Schuhmacher.

Eine öffentliche Versammlung der Schuhmachergehilfen des Bezirks Norden besaßte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den kleinen Werkstätten und Besohlanstalten und vor allem mit der Durchführung des Minimal-Lohns. Der Referent Krause berichtete über die Verhandlungen, die mit der Schuhmachervereinigung über die Durchführung des Minimal-Lohns stattfanden, und die auch ein befriedigendes Resultat zeitigten. Sie waren gewissermaßen erledigt, nur sollte noch innerhalb acht Tagen ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet werden. Diese Unterzeichnung ist nicht erfolgt. Vielmehr wurden zwei neue Entwürfe gestellt. Der eine verlangt die zehnstündige Arbeitszeit (gegen bisher 9 1/2 Stunden), der andere den Ausfall der Kündigungfrist. Beide Punkte fanden in der Verhandlung gar keine Erwähnung. Die Innung hat durch dieses Vorgehen die ganzen Verhandlungen zu einer Komödie gestempelt.

Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß nun der Kampf in den einzelnen Werkstätten auszufochten sei. Die Schuhmacher werden von der Verbandsleitung ersucht, den Arbeitgebern den Lohnsatz zu unterbreiten. Wo die Unterschrift verweigert wird, ist dieses der Organisation zu melden.

Der Streik bei der Firma Morgenstern ist noch nicht beendet. Die Firma verbreitet das Gerücht, daß der Streik schon beendet und alles mit der Organisation geregelt sei. Die Polizei bemerkt die Firma nach wie vor. In der menschenleeren Straße langweilen sich den ganzen Tag sechs bis acht Schaulente, obgleich weder Streikposten noch sonst etwas zu sehen ist, was die Notwendigkeit der Polizei erforderte. Zugang ist nach wie vor fern zu halten. Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Berlin.

Die Arbeitsniederlegung der Kürschner bei der Firma Herpich Söhne, Leipziger Straße 11, von der wir bereits berichteten, erfolgte, weil sämtliche 82 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen sich weigern, noch länger unter dem Werkführer Wolfemann zu arbeiten. W. ist ein ausgesprochenen Feind der Gewerkschaftsorganisation, und unter seiner Herrschaft hatte sich ein System schlimmster Günstlingswirtschaft herausgebildet. Niemand mußte besser als er, daß unter organisierten Arbeitern sich diese Verhältnisse nicht aufrechterhalten konnten. Unter Verdrückung dieser Umstände ist es zu verstehen, daß die Organisation bei der Firma Herpich Söhne lange keinen Eingang finden konnte. Hingzu kommt noch, daß die Fluktuation eine große war. Da sich die Organisation in Berlin immer mehr entwickelte, so hielten auch immer mehr Verbandsmitglieder bei der Firma Herpich Söhne ihren Einzug. Im April d. J. demüthigte W. den Vertrauensmann der Organisation bei der Firma wegen einer Aeusserung über das 7jährige Geschäftsjubiläum, die in der Werkstatt gefallen sein sollte. Der Vertrauensmann wurde darauf entlassen. Sofort legten die Mitglieder die Arbeit nieder und der Vorstand bewirkte durch Verhandlungen die Wiedereinstellung desselben. Zum ersten Male wurde jetzt die Organisation durch Vertretung eines Ausschusses anerkannt. Ob Herr Wolfemann jetzt seine Herrschaft unter dem Vordringen der Organisation schwinden sah, wissen wir nicht. Tatsache ist aber, daß er jetzt gegen die Verbandsmitglieder eine Postill der Nabelstiche führte, wie sie kaum ärger gedacht werden konnte. Trotz der öfteren Vorstellungen des Ausschusses bei den Geschäftsführern der Firma, und daß diese Herrn Wolfemanns Maßnahmen nicht gutließen, wurde es keineswegs besser.

Am Sonnabend erhielt eine Kollegin zur Abfütterung eines Pelzkragens Atlas, worunter sich auch einzelne Stücke zu Hülsen befanden. Als sie den Krager fertig machen wollte, wurde sie gewahrt, daß das Stück Atlas statt der Länge nach quer geschnitten war. Sie verlangte von der Direktrice anderen Atlas. Die Direktrice antwortete, daß sie den Atlas richtig gegeben hätte, und die Arbeiterin hätte das Futter verschneiden und müsse es bezahlen. Um nun neues Futter zu erhalten, wandte sich die Kollegin an den Werkführer W. und sagte ihm, wenn sie das Futter bezahlen muß, dann höre sie lieber auf. Das Objekt beträgt 1,40 M. Herr W. antwortete: Machen Sie, daß Sie hinauskommen. Darauf zog sich die Arbeiterin zum Gehen an. Der Ausschuss erhielt davon Kenntnis und wandte sich an den Werkführer, damit die Kollegin wieder bleiben soll, und von der Bezahlung, weil überhaupt nicht e r e c h t i g t, Abstand genommen wird. Damit war derselbe nicht einverstanden. Nunmehr wandte sich der Ausschuss an den Geschäftsführer. Dieser wunderte sich, daß es überhaupt möglich sein sollte, Bezahlung für verordnete Ware zu nehmen. Die betreffende Arbeiterin blieb im Geschäft. Das spielte sich am Vormittag ab. Am Nachmittag geht der Werkführer Wolfemann zum Vertrauensmann dieser Werkstätte und sagt ihm, er möchte doch der betreffenden Kollegin sagen, es wäre für sie besser, wenn sie aufhöre, denn es würde zwischen ihr und ihm doch kein gutes Arbeitsverhältnis mehr abgeben. Als sich die Kollegin mit Recht weigerte, aufzuhören, gab er zur Antwort: Na, wir wollen mal sehen, was den Kürzeren ziehen wird. — Dieses Auftreten des Werkführers hat unter den Arbeitern und Arbeiterinnen eine derartige Erbitterung hervorgerufen, daß sie förmlich erklärten, unter ihm auf keinen Fall mehr zu arbeiten. Inwiefern die Firma das Vorgehen W.s stülte, ist uns nicht bekannt. Charakteristisch ist es aber doch, daß die Werkführer in diesem Sommer Unorganisierten gegenüber äußerten, daß sie 20 M. für jeden unorganisierten Gehilfen erhielten. Zugang ist daher fern zu halten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck vorstehender Zeilen gebeten.

Deutscher Kürschner-Verband. Filiale Berlin. Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil vorantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

## Deutsches Reich.

### Der Punkt am Pulverfaß.

Die Grubenherren können sich an die Tätigkeit der Sicherheitsmänner nicht gewöhnen. Dadurch, daß nun immer Leute da sind, die ihnen auf die Finger sehen, fühlen sie sich beengt, und nun wird versucht, Sicherheitsmänner, die un bequem werden, durch große und kleine Mittel zu schikanieren und einzuschüchtern. Ja, es ist vorgekommen, daß mit Entlassung gedroht wurde, wenn die Sicherheitsmänner gewissenhaft handelten und beispielsweise die Lampen oder die Seilförderung kontrollieren wollten. Und auf Jeche „Dorffeld“ bei Dortmund ist es nicht bloß bei Drohungen geblieben, sondern zwei Sicherheitsmänner sind in der Tat sofort entlassen worden. Die Herren wollen eben beweisen, daß ihnen das Institut der Sicherheitsmänner nur „weiße Salbe“ ist. Die Maßregelungen haben aber bei den Bergleuten eine ziemlich reizte Stimmung erzeugt. Eine Belegschaftsversammlung der Jeche „Dorffeld“, in welcher Wille vom Bergarbeiterverband als Referent erschienen war, war von etwa 1000 Personen besucht. In der Diskussion wurde ausgesprochen, daß die Belegschaft unter allen Umständen auf Wiedereinstellung der Gemahregelungen bestehe und dieselbe eventuell durch die äußersten Mittel erzwingen werde. Das kam auch zum Ausdruck in der Resolution, die einstimmig angenommen wurde; sie lautet wie folgt:

„Die heutige Belegschaftsversammlung der Jeche „Dorffeld“ 1 und 2/3 erhebt entschiedenes Protest gegen die unrechtmäßige Entlassung der von der Belegschaft gewählten Sicherheitsmänner, Kameraden Widert und Aendl. Der Arbeiterausschuss, unter Zuziehung der Sicherheitsmänner von Schacht 1, soweit selbige noch auf Schacht 1 in Dienst stehen, wird beauftragt, bei Herrn Direktor Trippel vorstellig zu werden, um die Wiedereinstellung der beiden gemahregelten Kameraden im Namen der Belegschaft zu beantragen. Sollte wider Erwarten die Einstellung der beiden Kameraden, sei es direkt durch die Verwaltung, sei es indirekt durch die Vermittlung der Königl. Aufsichtsbehörde, nicht in den nächsten Tagen erfolgen, so wird die Belegschaft von dem äußersten ihr gesetzlich zustehenden Mittel Gebrauch machen. In diesem Falle ist eine neue Versammlung einzuberufen, die endgültig Stellung nimmt. Die Versammlung erklärt, daß die gemahregelten Kameraden nach wie vor das volle Vertrauen der Belegschaft besitzen und gegebenenfalls auch ihr Vertrauen ernstlich durch volle Solidarität mit den von ihr Gewählten zu wahren wissen wird. Hoffentlich wird die Verwaltung den Herrenstandpunkt verlassen und ihre ungesetzlichen Vorgehen einsehen und nicht länger mit dem Feuer spielen. Die Flammen könnten ihr sonst leicht über den Kopf zusammenschlagen.“

Wenn im März wieder einmal ein Konflikt ausbricht, dann ist das immer eine große Gefahr, weil die Herren schon dafür sorgen, daß der Rindstich in Riesenmengen lagert. Deshalb sollte die Bergbehörde darauf sehen, daß die Sicherheitsmänner nicht der Willkür der Unternehmer preisgegeben sind.

Die Zigarrenfirma Wilhelm Mertens in Cleve sendet uns folgende Aufschrift zu unserer feinerzeitigen Notiz: „Ein Unternehmer beim Lügen ertappt“.

Der Beschluß des Bezirksunternehmerverbandes ist unvollständig und falsch angegeben. Derselbe lautet nicht, wie Sie angeben: „daß die Firma Mertens in einem Verzicht an den Arbeitgeberverband bei 8 Zigarrensorten die bisher gezahlten Löhne um 10 bis 50 Pf. höher angegeben, als sie in Wirklichkeit ausahnte“, sondern:

„Bei Einsichtnahme des Protokolls über die Verhandlungen der Firma Mertens mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen, hat sich herausgestellt, daß die für 8 Sorten bisher bezahlten Löhne nach Angabe der Arbeiterorganisationen um 10 bis 50 Pf. pro Mille niedriger je in sollen, als nach Angabe des Herrn Mertens. Die unter dem W. d. Mts. erfolgte Kündigung wird deshalb vorläufig zurückgezogen, um zunächst den Widerspruch zwischen den Angaben über die bezahlten Löhne aufzuklären.“

Was den Widerspruch zwischen den Angaben bei 8 Sorten anlangt, so bemerke ich dazu: Bei 4 Hauptsorten habe ich durch Vorlage meiner Lohnlisten bewiesen, daß nicht meine Firma, sondern die Arbeiterorganisation in der Lohnangabe sich geirrt hat. Bei der 5. Sorte differiert das nach meiner Angabe gemachte Protokoll und meine gleichzeitig gemachte Originalmitschrift um 20 Pf. Bei den drei letzten Sorten (von im ganzen 26) habe ich mich in folgender Weise geirrt: Kurz vorhergegangen war eine dreistündige Lohnverhandlung mit den Arbeitern und ich hatte in meinem Notizbuch hinter jeder Sorte 5—6 Lohnzahlen stehen, nämlich je nachdem:

- a) den früheren Lohn,
- b) den im letzten Monat schon bezahlten höheren Lohn,
- c) Forderung der Arbeiter,
- d) mein neues Zugeländnis,
- e) ermäßigte Forderung der Arbeiter, resp. mein äußerstes Angebot.

Diese Zahlen waren in der Eile der Verhandlung hingeschrieben und nicht rubriziert. Ich bin nun in der Aufregung und Eile bei den drei Zahlen in eine falsche Kolonne geraten und habe statt der bisher gezahlten Löhne die den Arbeitern bereits gemachten Zugeländnisse genannt.

Es kommt also nicht etwa ein Lohn in Betracht, der gar nicht bezahlt war, sondern ein bereits erfolgtes Zugeländnis.

Gleichzeitig stellte sich aber noch eine andere Unrichtigkeit heraus. Ich hatte nämlich auch durch die Unübersichtlichkeit, bei einer Sorte den Lohn um 20 Pf. zu niedrig, also zu meinen Ungunsten angegeben und an dieser Hauptsorte sitzen 12 Arbeiter, während an den übrigen drei Sorten im ganzen nur zeitweise 5 Arbeiter sitzen.

Ein Fabrikant mit vielen Filialen und zirka 150 fabrizierten Sorten kann unmöglich jeden Einzellohn im Kopfe haben. Der Arbeiter kann keinen Lohn viel eher kennen.

In der Schlafverhandlung über die Löhne in Ruhbach hatten die Herren Sekretäre auch verschiedenlich unrichtige Lohnnotizen und vor mir liegt eine Lohnangabe der Arbeiter an den Niederrheinischen Zigarrenfabrikantenverband, der vielfältig, in der gleich der erste Lohnsatz schon um 25 Pf. unrichtig angegeben ist.

Schachstend

Fr. Mertens.

Wir müssen es unserm Korrespondenten überlassen, sich zu der Angelegenheit zu äußern.

### Die Lohnbewegung in den Dresdener Schuhfabriken.

Die Generalversammlung des Verbandes der Schuh- und Schäftefabrikanten, in welcher über die angeordnete Aussperrung Beschlüsse gefaßt werden sollte, ist um einige Tage hinausgeschoben worden, da erneute Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen stattgefunden haben. Am 5. November fand in Bamberg unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Ranz eine Sitzung statt, in der die Vertreter der Dresdener Schuhfabrikanten einige weitere Zugeländnisse in der Lohnfrage machten. Auch die Differenz in der Frage der Arbeiterausfälle wurde beseitigt. Die entscheidende Versammlung des Verbandes der Schuh- und Schäftefabrikanten ist auf Sonntag, den 13. November, angesetzt worden.

Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben am Dienstag und Mittwoch, den 8. und 9. November, zu dem Ergebnis der Bamberger Verhandlung Stellung genommen. Nachdem der Gauleiter

und der Zentralvorsitzende der Schuhmacher die Annahme der gemachten Zugeländnisse empfahlen, wurden sie nach heftiger Debatte mit Zweidrittel-Mehrheit als ungenügend verworfen. Es finden jedoch weitere Verhandlungen zwischen den Arbeiterausschüssen und den Fabrikanten statt. Wird eine Einigung nicht erzielt, soll Sonntag, den 13. November, die definitive Entscheidung fallen, ob eine Aussperrung über Deutschland durchgeführt wird oder nicht. Die Aussichten auf Frieden sind recht geringe. Das wird nur möglich ein, wenn die Fabrikanten weiteres Zugeländnisse zeigen.

## Ausland.

Im Paragonwerk zu Wien ist das ganze Personal in eine Bewegung zur Anerkennung des Tarifs getreten. Zugang ist fernzuhalten.

### Der Streik der Bergarbeiter in Südwales.

London, 8. November 1910. (Fig. Ber.)

Der Streik der 30 000 südwalisischen Bergarbeiter hat schon zu recht aufregenden Szenen im Streikgebiete Anlaß gegeben. Man muß jedoch die Berichte der kapitalistischen Presse mit einem Körnchen Salz nehmen. Während der Engländer und Schotte nur schwer aus der Fassung zu bringen sind, lacht das heiße Blut der Kelten bei jeder Gelegenheit leicht über. Die Methoden, die die streikenden waleser Bergarbeiter anwenden, um Streikbrecher von der Arbeit abzuhalten, sind durchaus nicht so neu, wie die kapitalistische Presse glauben machen will. Von jeher haben die Frauen in Südwales einen regen Anteil an Streiks genommen. Auch hat sich der Brauch, Männer in weißen Hemden und geschwärtzten Gesichtern als warnendes Exempel für Streikbrecher durch die Straßen der Dörfer zu tragen, schon seit Jahrzehnten eingebürgert. Einige Blätter verbreiten die Nachricht, die Streikenden hätten die Einfahrt der Ingenieure, Maschinisten, Stallknechte usw. verhindert und hätten damit die Grubenpferde dem Hungertode preisgegeben. In Wirklichkeit haben die Streikenden alles getan, um die Pferde, die noch in den Gruben sind, unverfehrt zu halten. Die Kapitalisten schreien nach Militär und die arbeiterfreundliche liberale Regierung scheint gewillt zu sein, diesem Wunsch Folge zu leisten. Nach den letzten Telegrammen sind schon 200 Husaren auf dem Wege nach dem Streikgebiet.

Die Not unter den Streikenden ist schon sehr groß. Nur ein Teil von ihnen, der am ersten Oktober gefündigt hatte, bezieht Unterstützung vom Verband. Die anderen Bergarbeiter, die die größere Hälfte der Streikenden bilden und aus Sympathie mitstreifen, bekommen keinerlei Unterstützung. Es haben sich jedoch schon Komitees gebildet, die Gelder sammeln, die dazu dienen sollen, die Familien der Bergarbeiter zu ernähren. In dem Dorfe Aberman hat die Gemeindeverwaltung auch schon das Gesetz in Anwendung gebracht, das den Gemeinden erlaubt, hungerige Schulkinder mit Nahrung zu versorgen. Am ersten Tage speiste sie nicht weniger als 400 Knaben und Mädchen. Man ging dabei von dem Grundsatz aus, daß alle Kinder, deren Eltern kein Brot im Hause haben, von der Gemeinde ernährt werden müssen.

Gestern kam der Exekutiv-Ausschuss des südwalisischen Bergarbeiterverbandes in Cardiff zu einer Sitzung zusammen. Eine Deputation der Arbeiter von den Jecken der Rowell Duffryn-Gesellschaft, die aus Sympathie mitstreifen, war unter der Führung des Genossen Stanton, des Distriktsbeamten des Bergarbeiterverbandes, erschienen. Die Deputation schlug dem Vorstand vor, einen allgemeinen Streik der Bergarbeiter in Südwales zu erklären. Dieser Vorschlag wurde aber nicht angenommen. Als dann verlangte sie die Einberufung einer Konferenz der Vertreter des ganzen südwalisischen Verbandes; aber auch dies wurde abgelehnt. Nicht besser fuhr sie mit der Forderung, daß den Verbandsmitgliedern, die ohne Kündigung in den Ausstand getreten sind, Streikunterstützung bezahlt werde. Der vierte Vorschlag, die Streitfragen dem Einigungsamt, das nächsten Montag zu einer Sitzung zusammentritt, zur Entscheidung zu unterbreiten, wurde angenommen. Die streikenden Arbeiter scheinen aber von diesem Entschluß nicht sonderlich erbauet zu sein. Sie wünschen, daß das Einigungsamt in Anbetracht der großen Erregung, die sich der Arbeiterschaft bemächtigt hat, schon früher zusammentritt.

### Polizei gegen Arbeiter-Turner.

Von der Drangsalierung der Arbeiter-Turnvereine weiß auch die Freie Turnerschaft für Nixdorf-Pris ein Lied zu singen. Am Donnerstag empfing sie wieder mal den Besuch der Polizei, die gegen die 2. Schülerinnen-Abteilung mobil gemacht worden war. Die Abteilung wollte abends von 7/7 bis 7/9 Uhr im Lokal von Felsch, wo sie ihren Turnsaal hat, turnen. Als um 7/7 der Turnwart eintraf, bemerkte er vor der Tür zwei Schaulente in Uniform. Raum hatte er den Turnsaal betreten, so folgten ihm sechs Kriminalbeamte. Sie fragten, wer der Leiter der Abteilung sei. Ein Turner, der ihnen als Leiter galt, wurde notiert. Außerdem wurden alle übrigen Turner, die anwesend waren, sowie eine Anzahl Kinder als Zeugen aufgeschrieben. Sodann erging an die Turner die Aufforderung, die Abteilung nach Hause zu verlassen. Als das nicht schnell genug geschah, rückten noch die beiden uniformierten Schaulente in den Saal ein. Die Polizei erhielt indes keine Gelegenheit, sich noch weiter zu betätigen. Die Turner wichen der Gewalt und schickten die Kinder nach Hause. Und der Staat war wieder mal gerettet.

### Letzte Nachrichten.

#### Stadtverordnetenwahltag in Herford.

Wiesfeld, 10. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den Stadtverordnetenwahlen in Herford (Westfalen) eroberten unsere Genossen förmliche fünf zur Renzwahl stehenden Stadtverordnetenmandate der dritten Abteilung. Bis 9 Uhr abends wurden gezählt 1150 sozialdemokratische und 1130 gegnerische Stimmen.

#### Schwerer Unfall.

Rattow, 10. November. (B. G.) Auf dem Richtersacht wurden mehrere Bergleute durch abstürzende Kohlenmassen verschüttet. Der Häuer Thomas wurde als Leiche geborgen; die übrigen konnten gerettet werden.

#### Unwetter in Mittelitalien.

Rom, 10. November. In ganz Mittelitalien hat heute ein orkanartiger Sturm großen Schaden angerichtet. In Rom und Genua wurden zahlreiche Dächer abgedeckt, Schornsteine umgeworfen und Bäume beschädigt. Telefon- und Telegraphenleitungen sind vielfach zerstört. Der Materialschaden ist gewaltig; Menschenleben scheinen nicht zu beklagen zu sein.

#### Die Cholera.

Konstantinopel, 10. November. (B. T. V.) Heute sind zwölf Choleraerkrankungen und sieben Todesfälle zu verzeichnen.

# Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Zweiter Tag.

Um 9 1/2 Uhr sollte gestern die Verhandlung beginnen. Alle Prozeßbeteiligten waren anwesend und warteten ebenso wie die Vertreter der Presse und die Zuhörer auf die Eröffnung der Sitzung. Der Gerichtshof aber erschien nicht. Ein Gerichtsdienner gab bekannt, daß die Sitzung um 12 Uhr eröffnet werde.

Es wurde 12. Verteidiger, Pressevertreter, Zeugen standen auf dem Korridor. Ein Gerichtsdienner teilte mit, die Sitzung werde um 1 Uhr beginnen. Dann wurde der Beginn wieder bis 1 1/2 und schließlich bis 2 Uhr hinausgeschoben.

## Ursache des späten Beginns

Tag darin, daß die Kammer 1 über das Ablehnungsgesuch zu beschließen hatte und daß ein Zeitsager erkrankt war. Bekanntlich hatte am vorhergehenden Tage das Gericht der Verteidigung das Wort abgeschnitten, als Rechtsanwalt Dr. Dölar Cohn noch andere Gründe für die Ablehnung der Richter geltend machen wollte. Der Landgerichtsdirektor Lieber hatte gemeint, nachdem der eine Ablehnungsantrag gestellt war, könne er weitere Anträge nicht entgegennehmen. Sein Vorgehen verstieß gegen die Vorschriften der Strafprozeßordnung. Ein abgelehnter Richter hat nach § 29 Str.-P.-O. vor Erledigung des Ablehnungsgesuches nur solche Handlungen vorzunehmen, welche keinen Aufschub gestatten. Aber er hat zunächst das Ablehnungsgesuch oder die Ablehnungsgesuche entgegenzunehmen. Sonst würde ja, wenn verschiedene Angeklagte aus verschiedenen Gründen Ablehnungsgesuche zu stellen haben, das Verfahren über die verschiedenen Ablehnungsgesuche, insbesondere bei der Verbindung von 35 verschiedene Angeklagte betreffenden Fällen, Wochen in Anspruch nehmen. Außerdem hat jeder der 35 Angeklagten selbst und ihre Verteidiger ein Recht darauf, über die Ablehnungsanträge sich zu äußern. Durch die strafprozeßwidrige Verhandlung seitens des Vorsitzenden war eine Verzögerung des Beginns der Verhandlung über die Angelegenheit selbst herbeigeführt. Um diese auf das niedrigste Maß herabzubringen, reichte der Verteidiger Dr. Dölar Cohn die Gründe, deren Vortrag in der Sitzung ihm unmöglich gemacht war, noch im Laufe des Mittwochnachmittags schriftlich ein. Diese neuen Ablehnungsgründe

beziehen sich auf die Verletzung der Angeklagten Antscher Weiß, Arbeiter Pfister und Staatsmann Romanowski in Haft. In dem Ablehnungsantrag sind als besondere Gründe für die Befreiung der Richter, die aus dem Verfahren gegen diese drei Angeklagte entnommen sind, folgende angeführt: Diese Angeklagten sind nur geringfügig zugezogen, gehen ungeschädigt, zum Teil geständig und dennoch hat, entgegen der herrschenden Praxis in diesen Fällen, die dritte Strafkammer die Angeklagten nicht mit der Haft verurteilt. Weiß ist nur eines Vergehens beschuldigt, für das das Strafgesetz als Höchststrafe 3 Monate androht, befindet sich aber seit dem 30. September in Haft. Pfister ist nur der einfachen Beleidigung beschuldigt und sitzt seit dem 1. Oktober in Haft. Hier kommt noch hinzu, daß Fluchtverdacht auch deshalb ausgeschlossen ist, daß er zum Heeresdienst ausgehoben ist. Romanowski ist gleichfalls nur der einfachen Beleidigung beschuldigt, trotzdem wird er seit dem 5. Oktober in Haft gehalten. Und das, wiewohl dieser Angeklagte erst 16 Jahre alt ist und, ebenso wie Weiß vergeblich die Bestellung eines Verteidigers beantragt hatte. Der Antrag ist abgelehnt, weil kein Fall notwendiger Verteidigung vorliegt, wiewohl das Gericht in allen Fällen Jugendlichen einen Verteidiger zu bestellen beauftragt ist. Die auffallende Befreiung dieser Angeklagten in Haft widerspricht übrigens auch aufs schärfste den vor der Regierung zur Strafprozeßordnungsnovelle gegebenen Darstellung über die heutige Praxis bei Verhängung und Aufrechterhaltung der Haft. Auch über dies Ablehnungsgesuch hatte die erste Strafkammer zu beschließen.

## Ohnmachtsanfall der Frau Reinhardt.

Am 2 Uhr wurden die in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten in den Sitzungssaal geführt und die übrigen eingelassen. Die fränke Angeklagte Frau Reinhardt hat nach ihrem gestrigen Unfall einen Platz auf einem Stuhl neben dem Anklageraum erhalten. Da sah sie auch jetzt. Ehe die Sitzung eröffnet wurde, fiel Frau Reinhardt vom Stuhl und bekam wieder einen heftigen nervösen Anfall. Mittel aus einer Hausapotheke wurden ihr gereicht, doch ohne rechten Erfolg.

## Kleines Feuilleton.

Die Schutzimpfung gegen Pocken eine türkische Erfindung? Aus ärztlichen Kreisen schreibt man uns zu der Notiz in Nr. 100: Daß eine Art von Schutzimpfung gegen Pocken schon lange vor Jenner geübt wurde, ist allgemein bekannt. Nur muß man nicht diese alte Methode, die Variolation (variola = Pocken) mit der von Jenner angegebenen Vaccination (vacca die Kuh) auf eine Stufe stellen. Nicht bloß die Türken benutzten die Variolation, sondern wahrscheinlich schon in grauer Vorzeit die Chinesen und die Indier. Die Chinesen steckten in roher Weide den Kindern Schorle von Pockenkranken in die Nase, die Indier und zwar die Brahminen machten flache Schnitte in den Vorderarm, in die sie Pocken-Eiter einstrichen. Dasselbe geschah bei verschiedenen anderen asiatischen und afrikanischen Völkern, darunter auch den Türken. Sie alle hatten bemerkt, daß künstlich überimpfte und zwar von leichten Fällen überimpfte Pocken leichter verlaufen als die natürlichen.

In Konstantinopel lernte Sally Montague, die Frau eines englischen Gesandten und wohl die Verfasserin des im „Pellonisme“ veröffentlichten Briefes diese Art der Impfung kennen und ließ im Jahre 1717 ihren Sohn noch in Konstantinopel, 1721 ihre Tochter in London so impfen. Allmählich wurde die Variolation in ganz Europa bekannt und viel angewandt.

Aber durch diese Feststellung wird Jenners Verdienst nicht kleiner. Die Variolation war immerhin noch gefährlich. Von den so Geimpften starben noch 1 auf 300, während allerdings von den so natürlichem Weise angelegten 75 auf 300 zugrunde gingen, aber bei Impfung vieler Menschen waren auf viele Todesfälle zu erwarten; außerdem wurden durch diese Methode die Pocken verbreitet, da Geimpfte weiter anstecken konnten. Der Gewinn für die Menschheit war also nicht so sehr groß. Da lernte Jenner den in der Grafschaft Gloucester wie in vielen anderen Viehzucht treibenden Gegenden verbreiteten Pockenimpfung kennen, daß zufällig beim Melken erwordene, übrigens ganz ungefährliche Kuhpocken gegen Menschenpocken schützten. Durch Kontrollimpfungen der betreffenden Melker mit Menschenpocken wies er die Wichtigkeit dieses Pockenimpfens nach, ebenso die Tatsache, daß überimpfte Kuhpocken niemals durch natürliche Ansteckung sondern nur durch direkte absichtliche oder unabsichtliche Impfung übertragen werden können. Wie das Feuilleton schon erwähnte, hat auf Grund dieser Erfahrungen Jenner am 14. Mai 1796 seine erste als solche gedachte Schutzimpfung und zwar die Vaccination vollzogen.

Aus dieser Darstellung wird man ersehen, daß man doch nicht sagen kann, die Schutzimpfung gegen Pocken sei eine türkische oder indische Erfindung, denn das Wesentliche bei Jenners Erfindung war nicht die Schutzimpfung überhaupt, sondern die Impfung mit einer vollkommen ungefährlichen Erkrankung zum Schutz gegen eine sehr ge-

## Berwertung des Ablehnungsgesuchs.

Vor Eröffnung der Sitzung wurde den Angeklagten ein Schriftstück überreicht, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß der in der vorigen Sitzung von ihren Verteidigern gestellte Ablehnungsantrag als unbegründet abgelehnt worden ist. Dieser Gerichtsbeschluss hat folgenden Wortlaut:

„Die Strafkammer des königlichen Landgerichts I hat in der Sitzung vom 10. November, an welcher teilgenommen haben:

- 1. Landgerichtsdirektor Westmann,
2. Landgerichtsrat Haberstrof,
3. Landgerichtsrat Wagner.

auf die gegen die erlernenden Richter Landgerichtsdirektor Lieber, Landgerichtsräte Reumann, Kesseler, Mustol und Amtsrichter Ehrenberg gerichteten Ablehnungsgesuche der Angeklagten vom 9. November, nachdem die abgelehnten Richter sich dienstlich geduldet haben und nach schriftlicher Erklärung der königlichen Staatsanwaltschaft beschloffen:

Die Ablehnungsgesuche sind unbegründet.

## Gründe:

Die Behauptung, daß die Staatsanwaltschaft im Interesse der Anklage die dritte Strafkammer gestiftlich aufzusuchen habe, ist nach dem von der Staatsanwaltschaft dargelegten Sachverhalte unzutreffend.

Keinesfalls berechtigen die über die Verbindung der Strafsachen ergangenen Beschlüsse zu der Folgerung, daß sich die abgelehnten Richter durch eine solche angebliche Absicht der Staatsanwaltschaft hätten beeinflussen lassen.

Wenn die Verbindung zulässig und zweckmäßig war, mußte sie auf das schnellste herbeigeführt werden. Der im Eröffnungsbeschluss enthaltene Mangel ausdrücklicher Befehle der Einwendungen läßt auf Befangenheit ebensowenig schließen, wie die Aufrechterhaltung der gegen die Angeklagten Weiß, Pfister und Romanowski erlassenen Haftbefehle.

Es liegt kein Grund vor, der geeignet wäre, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der abgelehnten Richter zu rechtfertigen.“

## Beginn und Vertagung der Verhandlung.

Um 2 Uhr 40 Minuten erschien der Gerichtshof. Landgerichtsdirektor Lieber verkündet: Es ist einer der Richter (Mustol) erkrankt, ein Ersatzrichter (Assessor Droff) ist für ihn eingetreten. Mit Rücksicht auf die voransichtlich sehr lange Dauer des Prozesses sind zwei weitere Ersatzrichter hinzugezogen worden. Aus diesem Grunde muß die Verhandlung von neuem begonnen werden. Das geschieht am Sonnabend um 9 1/2 Uhr.

Rechtsanwalt Dr. Dölar Cohn erhebt sich, um einen Antrag zu stellen. — Landgerichtsdirektor Lieber erklärt, jetzt werde nicht mehr verhandelt, sondern am Sonnabend.

## Ordnungsstrafe.

Rechtsanwalt Bahn: Auch ich habe einen Antrag zu stellen. Uns ist gestern schon das Wort abgeschnitten worden —

Landgerichtsdirektor Lieber: Ich muß diese Bemerkung zurückweisen.

Rechtsanwalt Bahn: Uns ist doch das Wort abgeschnitten worden.

Landgerichtsdirektor Lieber: Wir ziehen uns zurück.

Nach etwa viertelstündiger Beratung erscheint das Gericht wieder. Der Vorsitzende verkündet: Das Gericht hat beschlossen, Rechtsanwalt Bahn wird, weil er gesagt hat „uns ist das Wort abgeschnitten“, wegen Ungebühr vor Gericht in eine Ordnungsstrafe von 100 Mark genommen. Die Sitzung ist geschlossen.

## Aus der Justizkommission.

Zum Beginn der Donnerstag-Sitzung nahm die Justizkommission eine vom Abg. Gröber beantragte Resolution einstimmig an, die eine Reform der Vorstrafenkontrolle erstrebt, um den Härten entgegenzuwirken, die daraus entstehen, daß die Vermerke über Verurteilungen in den amtlichen Listen verbleiben, auch wenn seit der Verbüßung oder dem Erlasse der Strafe ein längerer Zeitraum verstrichen ist.

Beim Abschnitt „Privat- und Nebenklage“ wurde im § 377 bestimmt, daß u. a. auch die schwere Körperverletzung im Wege der Privatklage verfolgt werden kann. Wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, hat die Staatsanwaltschaft die Klage zu erheben. Gegen die Ausdehnung der Privatklage auf die Fälle schwerer Körperverletzung lag ein Antrag Gröber vor. Unsere Be-

fürliche; und wenn Jenner auch den Volksglauben vorfand, auf dem seine Erfindung beruht, er hat ihn erst durch seine glänzenden Experimente zu einer wissenschaftlichen Erfahrung gemacht.

## Theater.

Ausstellungstheater: „Oedipus auf Kolonos“ von Sophokles. Im Anschluß an die Theaterausstellung in den Hallen des Zoologischen Gartens hat sich dort in einem geräumigen freundlichen Saale unter Leitung des Herrn Skura ein Ausstellungstheater aufgetan, das durch die Aufführung alter Dramen im Stil und im Kostüm ihrer Entstehungszeit zugleich eine Art theatergeschichtlichen Anschauungsunterrichts geben will. Ein Programm, das in der beabsichtigten Vereinigung künstlerischer und belehrender Gesichtspunkte mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben dürfte. Die Treue der historischen Nachahmung in den äußerlichen der Inszenierung wird das unferne Empfinden Fremde leicht nur noch fremdartiger erscheinen lassen. Der Kontrast zu der heute gewohnten Spielart blüht, einmal erfasst, um weiteren Verlauf der Vorstellung den Reiz der Neuartigkeit ein. Es kommt hinzu, daß die Enge des Rahmens von vornherein der Nachahmung selbst enge Schranken setzt. So fehlte die Orchestra, der halbkreisförmige tieferliegende Vorraum, auf dem die Chöre sich in gemessenem Abstand von den handelnden Personen bewegen. Die Zusammendrängung auf eine wenige Meter lange Fläche hatte etwas Veklemmendes, und das Athenervolk, das in zwei Duzend Exemplaren auf amphitheatralischen Sigen zuschaut, machte das Mißverhältnis in den Dimensionen nur noch fühlbarer.

So blieb die Hülle ohne Geist. Man erhielt Kothurne, Gewänder, Masken vorgelegt, ein antiquarisch verstaubtes Gerät, von dem manches schon zur Blütezeit des attischen Dramas als veraltet empfunden worden sein mag. Die vorgebundenen starren Masken wirkten, aus der Nähe gesehen, geradezu abstoßend; rufen, allen sonstigen Tendenzen des griechischen Schmelzwerks zuwiderlaufend, die Erinnerung an Gebräuche halbbarbarischer Völker wach. Jede Individualität erlischt in einer fragen- und gespensterhaften toten Allgemeinheit. Antigone, des Oedipus edle Tochter, mit dem hochgestimmten Wust blonder Haare über dem papierenen Antlitz, gleich einer großen Kinderpuppe. Die Häupter des Chores bereinigen sich zu einer Häufelreihe schreckhaft hoher Klagen. Nur aus der Richtung, aus der die Stimme kam, und einigen Armabewegungen ließ sich bei dieser Auskultation des Mienenspiels erkennen, wer gerade sprach. Die Schauspieler traten nach griechischer Sitte hintereinander in verschiedenen Rollen auf. So hatte Joseph Klein, der den blinden, auf attischem Boden Friebe und Begräbnis suchenden Oedipus gab, hintennach selbst als Bote den geheimnisvollen Tod des Oedipus dem Chore zu verkünden. Ebenso wurden der Tradition gemäß die Mädchenrollen von Jünglingen gesprochen. Eine primitiv gemalte Leinwand, hinter dorischen Säulen aufgespannt, stellte den Gaim der Eumeniden dar.

noßen schlossen sich dem an; sie beantragten aber ausdrücklich, folgende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen:

„Die dem Gefinde seitens der Herrschaft oder ihrer Angehörigen zugefügte Körperverletzung scheidet im Sinne dieses Paragraphen den ohne Antrag verfolgbaren Körperverletzungen gleich.“

Der Antrag Gröber, die Zulassung der Privatklage gegen schwere Körperverletzung zu streichen, wurde angenommen, dagegen wurde der Antrag unserer Genossen zum Schutze der Diensthoten und Landarbeiter abgelehnt, dafür stimmte außer unseren Genossen nur Abg. Träger.

Im § 377 wurde nach dem Beschlusse der ersten Lesung bestimmt, daß, wenn die Staatsanwaltschaft die Erhebung einer berechtigten Anklage ablehnt, dem Antragsteller die Gründe der Ablehnung mitzuteilen sind. Dem Antragsteller sollte dann der Weg gerichtlicher Beschwerde bis zum Oberlandesgericht offen stehen. — Diese geringen Garantiebegründungen gegen eventuell recht parteiische Entscheidungen der Staatsanwaltschaft wurden von der Kommission wieder gestrichen. Auch lehnte die Kommissionsmehrheit beim § 381 den Antrag unserer Genossen ab, daß auch Arbeitersekretäre oder Angestellte der Arbeiterberufsorganisationen als Verteidiger des Angeklagten zugelassen sind.

Beim § 400a beantragten unsere Genossen, daß auch dem im öffentlichen Anklageverfahren Verfolgten das Recht der Widerklage zuerkannt wird. Die Regierungsvorstellung stellte dem prozessualformale Bedenken entgegen, die Kommissionsmehrheit lehnte auch diesen Antrag ab.

Beim Abschnitt über das „Schnelle Verfahren“ beantragten unsere Genossen die Streichung des ganzen Abschnittes, da, wie unsere Vertreter bereits in erster Lesung auf eingehendste ausführten, das schnelle Verfahren namentlich in politisch bewegten Zeiten größere Gefahren in sich schließe und zu den größten Mißbräuchen führen könnte. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, ebenso wurden alle Änderungsanträge, die von unseren Vertretern zu den einzelnen hauptsächlichsten Bestimmungen gestellt wurden, abgelehnt. Ohne wesentliche Änderungen wurde die Vorlage bis zum § 401 nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen.

## Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 10. November.

Die Kommission begann die 2. Lesung des Entwurfs bei dem dritten Buch, der Unfallversicherung. Dem

### Kreis der Versicherten

wollten mehrere Anträge erweitern. Die Sozialdemokraten und das Zentrum beantragten, daß das Personal der Bühnenbetriebe versichert werden soll. Die Sozialdemokraten beantragten ferner die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die Dienstleistungen zur Rettung von Personen oder Sachen aus Feuergefahr, auf Apotheken und endlich auf Gast- und Schankwirtschaften, sofern sie regelmäßig mehr als zehn Personen beschäftigen. Diese Anträge wurden zum Teil gestiftet, weil zwischen der 1. und 2. Lesung Einlagen der beteiligten Unternehmer für die Ausdehnung des Versicherungszwanges eingegangen sind. Während der Beratung dieser Anträge wurden aber noch so viele weitere Anträge gestellt, daß die Kommission die Ablehnung auf die nächste Sitzung vertagte, weil dann die neuen Anträge gedruckt vorliegen würden.

Darauf fand eine eingehende Aussprache über einen Antrag des Freiherrn v. Gamp-Massauen statt, der

### territoriale Unfallversicherungsgenossenschaften

für die Betriebe fordert, in denen nicht mehr als zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden. Der Antrag, für den außer dem Antragsteller nur der Betriebsabgeordnete Zutritt eintrat, wurde einer Subkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Nochmals das badische Schulgesetz.

Auf der Konferenz des Wahlkreises Mannheim, die am Sonntag in Mannheim tagte, brachte Genosse Ludwig-Rannheim die Artikel des Genossen Kunert über die badische Schulreform im „Vorwärts“ zur Sprache. Darin wurde behauptet, daß Genosse Dr. Frank als Korreferent auf dem Magdeburger Parteitag falsche Angaben gemacht habe. Weder Dr. Frank noch die

Der „Oedipus auf Kolonos“ stammt aus einer späteren Periode des Sophokles und bleibt hinter dem „König Oedipus“, dem großen Meisterwerke, weit zurück. Myth und Erzählung überwuchern die dramatischen Momente der Dichtung, die den Athenerstaat und seinen sagenhaften Helden Theseus verherrlicht.

## Gump und Satire.

Bericht des Buchhändler Lokal-Anzeigers.

(Drahtnachricht aus dem Land der Moabiter.)

... Peiß war der Kampf, er wogte auf und nieder, denn keiner wollte wanken oder weichen, und hier wie drüben häuften sich die Leichen. Die Polizei sah auf dem Bauch man liegen und Salb um Salbe aufwärts lassen fliegen, und aus den Fenstern schüßte der rote Böbel Geschütze, Stühle und dergleichen Möbel. Im Nachttopf war ein Polizist erloschen, er wurde nämlich von dem Ding getroffen just auf dem Kopf, an den es fest sich drückte, so daß der Arme jämmerlich erstickte. Da sah man plötzlich durch den Pulvernebel Paul Singer reiten, mit ihm August Webel, links den Revolver haltend, rechts den Säbel; Patronentaschen deckten ihre Säbel. Dahinter kamen zwanzig Batterien (man hatte aus dem Zeughaus sie „entliehen“), und auf dem Jähloch einer der Kanonen sah Rosa Luxemburg man blutig thronen. Ja, einen noch behelmten Schutzmännchenschild hielt sie empor — das fürchterliche Rädel! Mit der Geduld ist's da vorbei gewesen, die Polizei erbat sich Mitrailseulen. Dann ließ sie mit dem schönsten Kugelregen die Straßen Moabits blutigbar legen. Als sich der Qualm verzog, war nichts zu sehen, kein Haus sogar, kein Bissor blieb stehen. Und die Ruinen inspiziert Herr Jagow, wie Hannibal die Trümmer von Karthago. So war des grauen Umsturzkampfes Endung: Durch Gottes Fügung, ach, welch eine Wendung! Franz.

## Notizen.

— Theaterchronik. Das Deutsche Theater veranstaltet eine dritte Zirkusaufführung des „König Oedipus“ am Montag, den 21. November. Der Vorverkauf beginnt am Sonntag im Deutschen Theater und am Montagvormittag bei H. Wertheim. Für Gewerkschaftsmitglieder sind Plätze zu 0,50, 1 und 3 M. von Montag ab nur bei Dorsch, Engelsufer 15, zu haben.

Redaktion der „Volkstimme“ hätten auf den Artikel reagiert. Aufklärung sei aber notwendig.

Genosse Dr. Frank hat darauf in der Debatte erklärt: Wenn der Genosse Kunitz im Recht wäre, dann würde ich mich seinen Augenblick bestimmen und erklären: „Ja, ich habe mich in diesem Falle geirrt, es ist mir ein Fehler unterlaufen, wie solche schon manchen andern Genossen auch schon unterlaufen sind und wie sie naturgemäß vorzukommen können. Es ist anzunehmen, daß dem Genossen Kunitz die Drucksachen des Landtags zur Verfügung standen. Hat er alle Drucksachen genau studiert, dann ist ihm ein Fehler unterlaufen; das ist verzeihlich. Gegenüber dem Vorwurf aber, daß ich der Magdeburger Parteitag wissenschaftlich getäuscht hätte, gibt es keine Entschuldigung. Gegenüber solchen Dingen gibt es nur eines und das ist: Schweigende Verachtung. Ich habe auf die Angriffe geschwiegen und ich freue mich, daß auch die Redaktion der „Volkstimme“ geschwiegen hat. Der „Vorwärts“ mit den Amerikaner Artikeln ist hier, offenbar zwecks „Aufklärung“ der Genossen, in 100 oder 200 Exemplaren verbreitet worden. Ich würde trotzdem auch jetzt noch keine Erklärung abgegeben haben. Der Antrag des Genossen Ludwig aber bin ich eine Antwort schuldig. Kunitz macht uns den Vorwurf, wir hätten im Landtag keinen Antrag auf Beseitigung des Religionsunterrichts gestellt. Im Landtag hätte ich das Gegenteil behauptet. Dazu erkläre ich: Der Schulkommission des Landtages gehören die Genossen Geiß, Kolb und Veatold an. Diese berichteten in einer Fraktionsversammlung, daß sie in der Kommission den Antrag gestellt hätten, den Religionsunterricht als offiziellen Lehrgegenstand vollständig zu beseitigen. Sie blieben mit ihrem Antrag in der Minderheit. Ob darüber im Kommissionsprotokoll etwas steht, weiß ich im Moment nicht. Wir haben diesen Antrag allerdings nicht im Plenum wiederholt. Aber die Fraktion habe im Plenum den Antrag auf Beseitigung des obligatorischen Religionsunterrichts verfochten. Er selbst habe dazu gesprochen und außer den Sozialdemokraten hätten die Antiklerikalen für den Antrag gestimmt. Das sei die Wahrheit.

Hierzu erhalten wir die nachstehende Erklärung des Genossen Kunitz:

Genosse Frank ist nach der badischen „Volkstimme“ vom 7. November der Ansicht, daß ich ihm vor nunmehr drei Wochen persönlich in Anrede getan habe mit meinem Artikel vom 18. Oktober in Nr. 24 und 25 des „Vorwärts“. Er, Frank, hätte die Wahrheit gesagt, als er behauptete, im badischen Landtag hätten die Sozialdemokraten einen Antrag auf Beseitigung des Religionsunterrichts eingebracht, während die Richtigkeit dieser Behauptung meinerseits bestritten worden wäre.

Danach mußte ich erwarten, daß Genosse Frank den Beweis dafür antreten würde, daß im Plenum der Zweiten Kammer ein derartiger Antrag eingebracht sei und zur Beratung gestanden habe. Nichts davon. Genosse Frank verweist nur auf die Schulkommission des badischen Abgeordnetenhauses.

Von den Kommissionsmitgliedern Veatold, Geiß und Kolb wählte er, daß sie die Eliminierung des Religionsunterrichts in der Kommission beantragt hätten, und daß die Kommissionsmehrheit diesen Antrag abgelehnt hätte; ob etwas darüber in das Protokoll gekommen sei oder nicht, daß könne er, Frank, im Moment nicht angeben. — Sicher steht nichts davon in den badischen Drucksachen des Deutschen Reichstags.

Ganz im Gegenteil. Der Bericht der badischen Schulkommission, den der Genosse Frank doch auch kennen sollte, Drucksache Nr. 33 B vom 9. Mai 1910, handelt im zweiten Abschnitt von Seite 18 bis 21 auch von der Religion als „Gegenstand des Volksschulunterrichts“. Die Anträge und die Stellungnahme der Parteien hierzu werden in diesem Protokollabschnitt gewürdigt. Von einem sozialdemokratischen Antrag auf Religionslosigkeit ist dabei nicht mit einer Silbe die Rede. Vielmehr heißt es in der Mitte der Seite 19 im 5. und 6. Absatz wörtlich wie folgt:

„Unter den Gegenständen, auf die der Volksschulunterricht sich erstreckt, ist angeführt Religion. — Diese Bestimmung ist im bisherigen Gesetze enthalten; gegen deren Aufnahme im neuen Gesetze hat sich von keiner Seite Widerspruch erhoben.“

Ein freier Widerspruch, der doch entschieden der Aufklärung bedarf. Nimmt man aber bis dahin und ohne weiteres an, daß dem Genossen Frank und den sozialdemokratischen Schulkommissionsmitgliedern kein Irrtum unterlaufen sei, so wird die Situation dadurch für die badischen Kammer-Sozialdemokraten keineswegs glänzender.

Allo um die Aufrechterhaltung der Weltlichkeit, eines Hauptträgers des sozialdemokratischen Schulprogramms zu ermöglichen, begibt man sich in die Stille, in die Heimlichkeit unter vier Augen sozialag, wo unter hermetischem Abschluß von der Öffentlichkeit verhandelt wird. Dort in der Kommission geschieht es, davon „niemand nichts weiß.“

Voraufl allein es hierbei ankommt, und was ich unausgesagt in meiner Abhandlung im Auge hatte, das waren das Fraktionsgange, der Fraktionsantrag, die energische, systematische Begründung durch die Plenarsitzungen, das war die Handlung in der Öffentlichkeit; nicht ihre Vorbereitung und ihre öffentliche gemündliche Erörterung. Genosse Frank selbst muß zugeben, daß seine Fraktion das Entscheidende, den Schwerpunkt der parlamentarischen Tätigkeit in bezug auf den Antrag nicht erkannt hat: sie hat den Antrag fallen lassen; er ist im Plenum nicht mehr gestellt worden. Trotzdem behauptet Genosse Frank in demselben Atemzug, daß der Antrag auf Beseitigung des Religionsunterrichts von ihm und der Fraktion im Plenum verfochten worden sei. Nein, Genosse Frank, ein Antrag, von dem man selbst zugibt, daß man ihn nicht wiederholt hat, daß man ihn eben fallen ließ, den kann man nicht im Ernst verfochten, weil man ihn zu den Kadavern geworfen hat.

Tatsächlich nimmt von 13 sozialdemokratischen Plenarreden zur badischen Schulnovelle nur eine mit vier bis sechs Zeilen im stenographischen Bericht Notiz von der Forderung der Weltlichkeit im sozialdemokratischen program matischen Sinne. Der fraktionelle Hauptredner, Genosse Kolb, erwähnt das Prinzip der Weltlichkeit in seiner 18 (achtzehn) spaltigen Einleitungsrede zur Schuldebatte, sowie in seinen drei späteren Reden überhaupt mit keinem Wort, nicht einmal dem Namen nach. Ganz das Gleiche trifft für Genossen Frank zu, der angeblich den Kommissionsantrag auf völlige Beseitigung des religiösen Obligatoriums verfochten hat; es trifft im ganzen Umfang auch auf ihn zu trotz seiner vier Wortmeldungen im Plenum. Genosse Sühling sprach in der Schuldebatte zweimal, aber nicht, wie Frank und Kolb, zu schulreligiösen Fragen. — Nur der überaus kleine, linke Fraktionsflügel gab — allgemein und ohne Bezug auf einen in der Kommission gefassten Antrag — durch den Parteigenossen Adolf Wed eine kurze, aber mannhafte Erklärung für die Schulweltlichkeit ab, allerdings ohne Angabe von Motiven. —

So liegt es, nicht aber wie Frank angab.

Wenn das unsere badische Fraktion oder auch nur die Fraktionsmehrheit oder auch nur der Genosse Frank allein im Plenum für den „nicht wiederholten“, seinem Wortlaut und Datum nach unbekanntem, völlig geheimnisvollen Kommissionsantrag „gefochten“, ausgelegt und ihre Klänge geführt hätten, das ist — sehr gelinde gesagt — ein sehr großer Irrtum. Das wird von jetzt ab niemand, auch der Genosse Frank nicht mehr, zu bestreiten wagen. In Wirklichkeit hat man nicht einmal wegen dieses gefassten Beschlusses und in mystisches Dunkel gehüllten Antrages im Plenum auch nur den Kleinen Finger gerührt.

Und damit bleibt für mich alles, Sah für Sah, aufrechterhalten, was ich über die Weltlichkeit in der badischen Schulnovelle zum Ausdruck brachte.

Zur Klärung der Sache ich auf ein parlamentarisches Gegenstück: Der sogenannte Toleranzantrag desentrums wurde vor neun Jahren eingebracht; die IX. Kommission des Reichstages machte sich an die Arbeit und veröffentlichte ihren Bericht am 10. Mai 1901, Nr. 80 der Drucksachen. Aus ihm ist ersichtlich, daß der sozialdemokratische Antrag zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Freiheit der Religionsübung niedergestimmt wurde. Es war der Antrag:

„Die Religionsunterweisung kommt in allen Schulen des Deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall.“

Wir liegen und durch die Ablehnung nicht einschüchtern; und der Antrag, der vorher auf meinen Namen ging, wurde für das Plenum, von der ganzen Fraktion unterzeichnet, eingebracht. Ja, die Fraktion modifizierte später diesen Antrag, indem sie ihn noch schärfer und ausführlicher formulierte. In der Plenardebatte wurde er von Veibel und mir begründet.

Der Unterschied zwischen dem badischen und dem reichsdeutschen parlamentarischen Verfahren liegt auf der Hand. Genossen Frank brauche ich nicht besonders darauf aufmerksam zu machen.

Genosse Frank ist sehr erzürnt auf mich und strahlt mich mit „schweigender Verachtung“, weil ich ihn der „wissenschaftlichen“ Unwahrheit geziehen hätte. Das ist insofern eine Unterstellung, als ich von einer unwahren und grotesken Publikation mit Bezug auf Frank's Magdeburger Rede gesprochen hatte. Für mich handelt es sich nicht um die Person Frank's, den zu beleidigen ich nicht die Absicht hatte, auch nicht um seine schweigende Verachtung, die mich sehr läßt, sondern um eine mir teure Sache, die er nach meiner sachlichen Kenntnis durch Schänderei und Einseitigkeit gefährdet hat. — Wenn mir in Magdeburg durch den Schluß der Budgetdebatte nicht das Wort abgeschnitten wäre, hätte ich ihm das damals sofort gesagt und bewiesen.

Ich bedauere, daß in einer so wichtigen Angelegenheit das persönliche Moment jetzt hervortritt; doch war es nicht zu vermeiden.

Witterer als die parteigenössliche Kritik ist doch wohl das Lob des Gegners; wenn auch dieser Gegner ein Großredner unserer badischen sozialdemokratischen Parlamentarier ist. Es ist der nationalliberale Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher, der sich nach der „Badischen nationalliberalen Korrespondenz“ („Ortenauer Boten“, Nr. 24) dahin wohlwollend und anerkennend äußerte:

„Die Sozialdemokratie im badischen Landtag hat sich als eine Partei gezeigt, die in einer Weise von ihren Parteiprinzipien abgelenkt ist, wie es noch gar nirgends, in keinem Parlament gesehen ist. . . . Wir Nationalliberalen haben mit Hilfe der Sozialdemokraten ein Schulgesetz zur Annahme bringen können, das weit abhinkt von den Idealen der Sozialdemokratie.“

Sowohl Frank's persönliche Bemerkung gegen mich, wie auch die allgemein, ich möchte sagen objektiv gehaltene Sentenz des Herrn Obkircher ändern nichts an dem Gesamtbild, das ich von der Weltlichkeit, der Unentgeltlichkeit und Einseitigkeit der badischen Schulnovelle skizziert habe. Das Bild steht fest, und keinen Strich habe ich daran zu verändern.

(Wegen Raummangels verspätet erschienen.)

## Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 10. November er., nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Nihele nach 1/2 Uhr eröffnet. Untern 21. Oktober hat der Magistrat

„Leitsätze für die Bewirtschaftung der Güter und Kieselfelder der Stadt Berlin“

der Versammlung zur Kenntnisnahme vorgelegt. Am 14. April war er von ihr um eine Denkschrift über die Entwicklung der wirtschaftlichen Anlagen und Einrichtungen auf den Kieselgütern ersucht worden.

Stadtv. Wörselt (Fr. Fr.) beantragt Ausschussberatung. Das Programm sei zu wenig präzise gefaßt und lasse weitgehenden Zukunftspänen Spielraum. Die Befürchtung, daß die wirtschaftlichen Betriebe der Kanalisationsverwaltung schließlich durch ihre wachsende Ausdehnung der Privatindustrie und dem Privatbetrieb überhaupt scharfe Konkurrenz machen könnten, sei nicht befeitigt, im Gegenteil. Neben der berühmten „Sägemühle“ sei eine Malmühle projektiert. Vor da bis zu eigenen städtischen Fabriken usw. sei es dann nicht mehr weit.

Stadtv. Brunsow (A. L.) schließt sich dem Antrag auf Ausschussberatung an.

Stadtv. Dove (A. L.) tritt den Ausführungen des ersten Redners entgegen. Es sei nicht möglich, den Leitern dieser Verwaltung, wenn sie einmal Ideen haben, wenn sie einen städtischen Verwaltungszweig mehr modernisieren wollen, von vornherein dergestalt den Mut zu benehmen.

Stadtv. Werner (A. L.) bemängelt, daß man statt einer „Denkschrift“ so nebelhafte „Leitsätze“ erhalten habe, und tadelt, daß fast kein Zahlenmaterial beigegeben ist. Wenn Berlin Landwirtschaft treiben will (Wiederholte Rufe: Wu! und Heiterkeit), so sei das sehr schön; es könne sich aber dabei doch immer nur um einen Hilfsbetrieb handeln. Darüber hinaus müsse genau geprüft werden, ob und wie die Interessen der Abgabepflichtigen gewahrt werden.

Stadtrat Marggraf tritt der letzteren Auffassung sehr bestimmt entgegen und rechtfertigt dann eingehend die „Leitsätze“, die in ihrer Allgemeinheit keiner statistischen Zahlen bedürften.

Stadtv. Bergmann (Soz.): Ich stimme mit dem Kollegen Werner soweit überein, daß auch wir uns durch die Vorlage in keiner Weise gebunden ansehen; ich habe aber auch nicht den Eindruck, als ob eine solche Bindung von irgend einer Seite beabsichtigt gewesen ist, vielmehr wird die Versammlung für später nach alle Freiheit vorbehalten. Nach den eingehenden Beratungen im Frühjahr und schon vorher wird wohl tatsächlich aus erneuter Ausschussberatung nicht viel herauskommen, wenn aber ein Teil der Versammlung diesen Wunsch hat, werden wir nicht entgegen sein. Aus der strengen Scheidung, die Herr Werner bei den bevorstehenden Arbeiten auf den Gütern verlangt, scheint mir der herausgearbeitete Verbeserung sehr deutlich herauszukommen; will er aber auf diesem Punkte bestehen, so sollte er ihn auch verallgemeinern und auf die Leistungen des Zahlungspflichtigen auf den Staat usw. zu übertragen suchen. Herr Werner meinte, es sei allgemein bekannt, daß die Kanalisationsverwaltung für die nächsten 5 Jahre 35 Millionen für gewisse Einrichtungen fordert und verbraucht. Wer mag dem Kollegen Werner diesen Hoch ins Ohr geschickt haben? Wir und den anderen Deputationsmitgliedern ist nicht davon bekannt. Auch früher schon hat Herr Werner ohne jeden Grund auf der „Denkschrift“ unjenseits Güterdirektors herangezogen. Die Furcht des Kollegen Wörselt, daß auf den Kieselfeldern Zuckerrüben, Trauerreien und sogar eine Maschinenfabrik erbaut werden können, hat auch nicht den geringsten Boden. Wie soll es möglich sein, auf unserem märkischen Sande Zuckerrüben zu ziehen? Soweit aber die jegliche Verwaltung den Betrieb durch neue Einrichtungen lukrativer gestalten will, handelt es sich gar nicht um Neuerungen, sondern um Bemühungen, die Jahrzehnte zurückliegen. Ich erinnere nur an die Versuche mit dem Fischbau und mit dem Tabakbau, die sogar dahin führten, daß einer unserer Stadträte aus dem gezogenen Produkt Zigarren fabrizierte, die er seinen engeren Freunden dargeboten hat. (Heiterkeit.) Der erste unserer Güterdirektoren hat in dem Punkte der wirtschaftlichen Ausnutzung des Areals genau auf demselben Standpunkte gestanden wie der jegige. Für eine derartige sich auf Jahrzehnte erstreckende Entwicklung geht schon Zahlen zu geben, wäre eine unverantwortliche Leichtfertigkeit. Alle Einzelheiten müssen und ja ohnehin zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Stadtv. Werner verweist sich gegen einen „Kunstreiff“, den der Vorredner gebraucht habe. Nicht die Kanalisationsdeputation habe die 35 Millionen gefordert, sondern in der neuesten Anleihe seien für Kanalisations- und Kieselzwecke für die nächsten 5 Jahre 35 Millionen Ausgaben in Aussicht genommen.

Stadtv. Rosenow (A. L.) lenkt die Aufmerksamkeit der Versammlung auf eine Ausarbeitung des Kollegen Dr. Paul über denselben Gegenstand, die der Mitberatung durch den Ausschuss wohl wert sei.

Stadtv. Dr. Kullmann (Fr. Fr.) hält es für durchaus dankenswert, wenn auch die Stadt Berlin ihre Landwirtschaft möglich rationell betreibt. Den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiete

müsse die Stadt schon deshalb Rechnung tragen, weil man ja gerade gegen die Agrarier den Vorwurf erhebe, daß sie es nicht verstanden, für eine rationelle Fleischversorgung der Städte usw. zu sorgen. Da die Stadt die Kieselgüter haben müsse, müßte alles gesehen, um ihre Produkte möglichst nutzbringend zu verwerten. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Für die Entsendung von Kindern in Heim-, Heil- und Erholungsstätten ist vom Magistrat eine Nachbewilligung von 50 000 M. beantragt. Der im laufenden Etat ausgemessene Fonds von 200 000 M. ist seit Juli erschöpft. Die Armenverwaltung hat weitere 200 000 M. für notwendig erklärt; der Magistrat hält aber dafür, daß der betreffende Fonds „im Sinne einer freien Wohltätigkeit“ zur Verfügung gestellt ist und mit der Gewährung dieser Wohltät eingehalten werden muß, wenn die Mittel erschöpft sind. Er ist jedoch geneigt, auch in diesem Jahre den Betrag zu erhöhen, aber nur um 50 000 M. und nur unter der Bedingung, daß diese Summe nur für die Entsendung von Kindern in die städtischen Heimstätten verwendet wird. Im übrigen soll die ganze Frage in einer besonderen Magistratskommission nach der grundsätzlichen Seite von neuem geprüft werden.

Stadtv. Hinge (Soz.): Auch im vorigen November beschäftigte uns eine ähnliche Vorlage, nur daß damals die Armenverwaltung 175 000 M. forderte und der Magistrat entgegenkommend 100 000 Mark beantragte, die auch bewilligt wurden. Die damals bewilligten 100 000 M. reichten aber nur bis Februar; von da ab mußte mit der Entsendung von kranken Kindern aufgehört werden. Sie unterließ bis April, wo die Entsendung auf Grund der neuen Stadtmittel von 200 000 M. von neuem begann. Es war nur zu natürlich, daß sich in den beiden Monaten eine große Anzahl fürbedürftiger Kinder aufgesammelt hatte; im Sommerquartal kam eine erhebliche Anzahl dazu. Insgesamt wurden im ersten Quartal allein 1788 Gesuche nach der Magistratsanweisung als notwendig bezeichnet. Die 200 000 M. waren bereits am 1. Juli verbraucht, und die Armenverwaltung teilte dies den Armenkommissionen mit. Der Magistrat meint nun, es handle sich hier doch um eine Wohltät für erkrankte Kinder. Auf diesen Standpunkt können wir uns nicht stellen, denn in sehr zahlreichen Fällen hat die Stadt nach unserer Auffassung eben die Verpflichtung, dafür einzutreten. Es handelt sich hier um Tausende von armen Kindern, die an Malaria, Rheumatis, Strophulose, Tuberkulose, Herzfehlern, nervösen Störungen usw. leiden. Wird hier nicht beizuteilen genügend Vorkehrung getroffen, so entzieht eben jene große Zahl von Schwindsuchtlandboten, deren Behandlung später der Stadt weit mehr Kosten verursacht, als die paar hunderttausend Mark, die hier in Frage kommen. Wir gehen mit diesen Bewilligungen keineswegs ins Uferlose; auch von rapidem Anwachsen derselben kann man nicht sprechen, ebensowenig von einer rapiden Zunahme der in die einzelnen Heilstätten entsendeten Kinderzahl. (Redner gibt eine Reihe von Ziffern.) Auch steht Berlin mit dieser Einrichtung nicht allein. Wien hat drei solcher Stätten eingerichtet; Hamburg besitzt auch eine „ergänzende Fürsorge“ gleicher Art. Relativ übertrifft die Leistung Hamburgs diejenige Berlins ganz erheblich; Charlottenburg läuft uns ebenfalls prozentual weit voraus den Rang ab. Wir tun also keineswegs zuviel; die Frage war nur, ob die bewilligten Mittel ihren Zweck erfüllten. In dieser Beziehung sind wir durch die Umfrage des Dr. Stern in durchaus erfreulicher Weise belehrt worden. Die Berichte aus Blankenfelde, Kolberg, Hohenlychen, Vorgsdorf usw. sprechen sich durchaus günstig über die Heilerfolge aus.

Für die Notwendigkeit einer weiteren, erheblich höheren Nachbewilligung beziehen wir uns einfach auf die kategorischen Erklärungen unserer Schulärzte. Ein Rückwärts in dieser Frage kann es für uns nicht mehr geben. Stimmen Sie für unseren Antrag, der dem Antrag der Armenverwaltung gemäß insgesamt 200 000 M. also über den Magistratsantrag hinaus noch 150 000 M. zur Verfügung stellen will. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow: Im vorigen Jahre wurde auf meinen Antrag die Nachbewilligung von 100 000 M. ausgesprochen. Die jetzt im Etat bestehenden 200 000 M. dürfen nach der Meinung des Magistrats nicht überschritten werden, weil es sich hier um eine Wohltätigkeitsaktion handele. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Bei den Einschulungen haben wir es jedesmal mit Tausenden von Kindern zu tun, die wegen mangelnder Ernährung und daraus resultierenden Krankheitszuständen nicht eingeschult werden können. Diese Tatsache bezeugt schon, daß wir es hier mit einer gemeindlichen Verpflichtung zu tun haben. Mit der Erweiterung der Wohltätigkeit um weitere 50 000 M. ist es nicht getan. Man kann doch nicht beliebig an irgendeinem Zeitpunkt des Etatsjahres erklären: „Jetzt hörts mit dieser Wohltätigkeit auf!“ Es sind so wie so sehr nur Kinder entsendet worden, deren Entsendung notwendig, nicht auch solche, deren Entsendung nur wünschenswert war, und zwar im geordneten Instanzenwege, der leichtfertige Entwendungen ausschließt. Auf dem Gebiet der Kinderfürsorge bleibt uns noch viel zu tun übrig. Der Antrag der Armenverwaltung erscheint als gerechtfertigt.

Stadtv. Liebenow (A. L.): Wir sind durchaus damit einverstanden, daß kranken armen Kindern die Gesundheit möglichst wiedergegeben werden soll. Die städtischen Leistungen dafür sind jährlich gestiegen; im laufenden Etat stehen 200 000 M. dafür, nachdem im Jahre vorher 160 000 M. bewilligt waren. Nach meiner Ansicht ist es von einer Verwaltung ein ganz unerhörtes Ansehen, wenn sie die Etatsumme in 3 Monaten ausgibt und dann sagt: geht gefälligst mehr Geld! (Unruhe und Zurufe.) Man schickt die Kinder auf 6 Wochen weg; dann werden von der betreffenden Anstalt weitere 4 Wochen beantragt, und es kommt sogar vor, daß Kinder bis zu 8 Monaten in den Heilstätten zubringen (Widerspruch). Bei einer großen Zahl dieser Kinder bleibt der Heilerfolg aus oder verschwindet sofort wieder, wenn die Kinder in die alten Verhältnisse zurückkommen (erneute Unruhe). Die Sache geht wirklich ins Uferlose. Wir haben in Berlin eine halbe Million Kinder unter 14 Jahren; nimmt man nur 10 Prozent davon als solcher Heilstättenversorgung bedürftig an, so kommen wir auf 50 000 Kinder und auf eine jährliche Ausgabe von 10 Millionen (große Unruhe). Auch diese Perspektive muß der Ausschuss sich näher ansehen.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.): Die Ausführungen des Vorredners beweisen nicht das mindeste gegen die Forderung der Vorredner, und seine zahlenmäßigen Berechnungen halten keiner objektiven Prüfung stand. Im Jahre 1908 hat die Versammlung ohne jeden Widerspruch eine Resolution beschossen, welche den Magistrat aufforderte, Mittel für diesen Zweck in den Etat einzustellen. Schon damals ist auch über die event. rechtliche Verpflichtung der Stadt kein Zweifel geblieben. Heute scheint man einen Rückschritt machen zu wollen. Auch besitzen wir ja gerichtliche Entscheidungen, welche eine solche Entsendung eventuell als eine kommunale Verpflichtung erklären, wie auch mehrere Erkenntnisse des Bundesamts für das Heimatwesen von derselben Auffassung diktiert sind. Spricht also auch die derzeitige Judikatur für diese Verpflichtung, so muß das doch auch auf unsere Entscheidung einwirken, wir dürfen sie nicht einfach als null und nichtig ansehen. Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar; Remedium muß geschaffen werden. Es erscheint schon an sich forren, daß ein zufälliger Termin darüber entscheiden soll, ob ein krankes Kind der Aufnahme in eine Heilstätte teilhaftig werden soll oder nicht; hier tritt noch hinzu, daß der Magistrat die Bewilligung der 50 000 M. von der Entsendung in die städtischen Heimstätten abhängig machen, also eine Entsendung in Kinderheilstätten für den Rest des Etatsjahres überhaupt nicht mehr will. Die Folge wird sein, daß eine Reihe dieser Heilstätten notleidend werden müssen.

Stadtrat Münsterberg: Ich spreche hier heute als Magistratsvertreter. Die Armenverwaltung hat dem Magistrat berichtet, daß sie mit den bewilligten Stadtmitteln im Juli bereits zu Ranke war, nachdem sie die Gesuche in der Reihenfolge ihres Einlaufes und genau nach der vom Magistrat erlassenen Anweisung erledigt hatte, nachdem mehr als die Hälfte der Gesuche als „nicht notwendig“ abgelehnt worden waren. In den neuerlichen schweren Fällen von Tuberkulose, Rheumatis usw. konnte seitens der Armen

direktion nichts mehr gesehen. Der Magistrat hat dem gegenüber sich zwar als Standpunkt gestellt, daß mit den einmal bewilligten Mitteln auskommen werden müsse, aber auch gleichzeitig beschlossen, die ganze Angelegenheit neu zu prüfen, sowohl die Ausführungsanweisung als auch besonders die Rechtsfrage, ob es sich um Wohlthätigkeit oder um notwendige Unterstützung handele. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß in den letzten 25 Jahren im Anschluß an die Sozialreform die Anschauungen in der Bevölkerung sich vollständig geändert haben. Es sind inzwischen auch die Kinderheilstätten entstanden, wie die in Hohenlychen und an der Seefläche, welche eine eigentümliche Mittelstellung zwischen Krankenhäusern und Erholungsheimen einnehmen.

Stadt. Friedberg (Fr. Fr.): Auch meine Fraktion hat starke Bedenken gegen die Vorlage. Der Magistratsvertreter hat sich heute in einer sehr schwierigen Lage befunden; er hat sein eigenes Kind ertränken müssen. So weit wie die Herren Sozialdemokraten können wir nicht gehen; für Ausschlußberatung stimmen auch wir.

Kämmerer Dr. Steiniger: Ich lasse dahingestellt, ob durch die Ausführungen meines Kollegen sein Kind ertränkt oder genährt worden ist. Der Magistrat hält an dem Standpunkt unbedingt fest, daß eine Verpflichtung nicht anerkannt wird. (Hört! hört!) Ferner stehen die 200 000 M., welche nach dem Antrag der Herren Sozialdemokraten herauskommen, nicht mehr zur Verfügung. (Geisterzeit.)

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Zwei Seelen wohnen, ach! in der Brust des Herrn Stadtrats Münsterberg. Er war heute vor eine besonders schwere Situation gestellt. Noch am 11. Oktober hat er in einem Memorandum ausgeführt, daß die Armenverwaltung in eine beinahe unmögliche Lage gerate, wenn sie auf einen bestimmten Betrag festgelegt werde; man solle ihr lieber gleich bestimmt sagen, wenn man mit der Sache nichts mehr zu tun haben wolle. (Bewegung.) Der Kämmerer geht seinerseits vor, unbekümmert um konstitutionelle Rücksichten; er bleibt einfach bei seiner Meinung, und er ist leider nur zu oft der Magistrat. Wir können diesen Standpunkt nicht einnehmen. Welchen Zweck soll die Magistratskommission haben? Wohl nur den, am unrechten Orte zum

#### Schaden der Volksgesundheit zu sparen.

Bei dieser Sachlage ist es um so notwendiger, daß wir zunächst einmal im Ausschusse über die Lage der Dinge klar werden. Warum ist nicht schon längst in der Rechtsfrage im Magistrat eine Entscheidung gefaßt worden? Tüher der Entscheidung des Bundesamtes für das Seimatrofen liegt auch ein Gutachten unseres Oberbürgermeisters selbst vor über die Errichtung von Heimstätten und die Entsendung Kranker in diese. Leider wird nur nach seiner damals fundgegebenen Auffassung seitens des Magistrats nicht gehandelt. Die Vorlage verbreitet auch über unsere städtischen Heimstätten Mitteilungen, die nicht den Tatsachen entsprechen; es handelt sich in der Mädchenabteilung nicht um Mantelstube, sondern um Plankenburg, auch nicht um 30, sondern um 52 Betten. Außerdem sind in der Abteilung für Knaben 72 Betten vorhanden. Die Einrichtungen der städtischen Kinderheilstätten sind vorzügliche; aber für die schweren Fälle von Tuberkulose und dergleichen reichen sie nicht aus. Diese Fälle gehören auch nicht in die Krankenhäuser, sondern in sanatoriensähnliche Anstalten, um zu verhindern, daß die betreffenden Kinder später in unheilbares Siedium verfallen. Will man also in dieser Frage etwas Praktisches leisten, so muß man dafür sorgen, daß die Kinder in einem möglichst frühen Stadium in entsprechende Anstalten geschickt werden.

Vom staatsrechtlichen Standpunkt kann ich den Standpunkt des Stadtrats Münsterberg als Chef der Armenverwaltung nicht verstehen; warum hat er nicht schon im Mai dem Plenum von der drohenden Erschöpfung der Mittel Mitteilung gemacht und versucht, den Weg des Nachtragsetzes zu beschreiten? Wie ein Vlies aus heiterem Himmel traf uns Ende Juni die Nachricht von der völligen Erschöpfung der Mittel. Und warum wird nur bei den Kindern so verfahren, während die Erwachsenen weiter in die Heilstätten geschickt werden? Am Bereiche der Armenverwaltung muß irgend etwas faul sein nach dieser Richtung.

Nach dem Kollegen Liebenow hat überhaupt die Kinderheilstättenpflege keinen Zweck. Logischerweise hätte er dann diese ganze Fürsorge einstellen sollen. Aber er könnte doch nach der anderen Seite seine Barmherzigkeit entfalten — er hat mehr Macht dazu als wir —, wirke er doch für eine gründliche Wohnungsfürsorge! Aber sollen wir etwa warten, bis aus dieser Versammlung mit ihrem odiosen Hausbesitzerprivileg (große Unruhe) oder aus dem Dreiklassenparlament etwas herauskommt? So lange können und wollen wir nicht warten, und da halten wir die Unterbringung der Kinder in Heilstätten für eine annehmbare Abschlagszahlung. Die beste und billigste Fürsorge, das sollte sich auch der Kämmerer sagen, ist die Vorbeugung; von diesem Gesichtspunkte sollte sich ein vernünftiger Finanzmann (stürmische Geisterzeit) leiten lassen. Das rechtzeitige Einschreiten ist immer noch billiger als das zu späte. Auch wenn kein Geld vorhanden ist, heißt es doch immer, die Stadt Berlin hat ein nobles officium zu erfüllen, wenn es z. B. gilt, einen fremden Monarchen zu begrüßen (Unruhe); warum soll das hier nicht auch sozialpolitisch gelten? Wir sollen uns nicht die Augen blenden lassen vom Altkonstab; was wir für unsere Kinder ausgeben, ist ein Kapital, das gute Zinsen trägt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Liebenow weist die Unterstellung zurück, als ob die Armenfreibewerber an der vorzeitigen Erschöpfung der Mittel mitschuldig seien, wie es nach Herrn Münsterbergs Ausführungen scheinen könnte.

Stadt. Nathan kommt nochmals auf die früheren Neußerungen des Stadtrats Münsterberg von 1906 zurück (die er verliest), wonach es sich auch bei der Entsendung von Kindern in Heilstätten um eine Aufgabe der Armenpflege handeln kann. Der Kämmerer habe heute eine entgegengelegte Auffassung bezeugt, entweder stehe er im Widerspruch zu dem Oberbürgermeister und zu dem Stadtrat Münsterberg, oder aber der Magistrat habe seine Meinung geändert.

Oberbürgermeister Kirchner: Was im Rahmen der gesetzlichen Krankenpflege „notwendig“ ist, darüber sind die Meinungen im Magistrat und in der Versammlung geteilt. Das Richtige liegt wohl auch hier in der Mitte. Den Sach aufzustellen, daß ein Armenverband verpflichtet sei, alles zu leisten, was nach ärztlicher Meinung förderlich ist, um einen Kranken gesund zu machen oder um vorzubeugen, daß eine schwache Person nicht krank wird, oder Sicherheit gegen Rückfall zu gewähren, liegt sicherlich nicht im Begriff der gesetzlichen Krankenpflege, denn die Konsequenzen würden unabsehbar sein. Es gibt gewisse Krankheitsprozesse, die man nicht mit aller Aussicht auf Erfolg am Wohnort des Erkrankten behandeln kann. Bei bestimmten Krankheitsformen kommt der Arzt zu dem Resultate, bei längerem Aufenthalt in Ägypten könnte der Patient gerettet werden. Der Familienvater, der nicht die Armenpflege in Anspruch nehmen kann, muß oft die Frage entscheiden, ob er diese ärztliche Forderung erfüllen kann, ohne die übrigen Familienmitglieder zu schädigen, und als guter Familienvater muß er oft mit blutendem Herzen erklären, es gehe das über seine Kräfte hinaus. In dieser Lage befindet sich der Magistrat. Die Mittel der Stadt Berlin würden dazu nicht ausreichen. Man muß sich also verständigerweise mahigen; eine wünschenswerte Krankenpflege, die über das normale Maß hinaus geht, ist keine gesetzliche Pflicht, sondern muß sich auf dem Gebiet der Wohlthätigkeit betätigen, und dem haben wir auch bestimmt Ausdruck gegeben, indem die Position nicht im Armenrat steht, sondern in dem Etat für Wohltätigkeitszwecke. Wir haben also anerkannt, daß die Heilstättenpflege außerhalb der Stadt in besonderen Anstalten über jene gesetzliche Maß hinausgeht. Im übrigen könnte zum Beispiel ein großer Teil der nach Hohenlychen gebrachten Kinder zweckmäßiger in eigenen städtischen Heimstätten untergebracht werden. (Zustimmung.)

Auch diese Frage soll die Magistratskommission prüfen. Die Prüfung der Einzelfälle ist nicht ihre Aufgabe, sondern die der lokalen Instanzen. Die Zentralstelle aber hat die Aufgabe einer recht genauen Kontrolle, damit die leitenden Grundrätze der Verwaltung nicht durch das natürliche Mitleid mit dem kranken Kinde beiseite geschoben werde. Ich halte es auch für ein Unglück, wenn

einem Familienoberhaupt die Fürsorge für ein krankes Kind ohne Unterstützung ganz abgenommen wird (Zustimmung), auch hier ist also eine genaue Kontrolle notwendig.

Die Stadt Berlin würde sehr Unrecht tun, wenn sie sich knauserig oder zurückhaltend hinstellte; aber wir haben auch mit unseren Mitteln Hausstände reich zu verfahren; denn wir haben nicht aus unserer eigenen Tasche, sondern aus den Taschen unserer Mitbürger. (Sehr richtig!) Ein Teil der Ausgaben, die wir zu leisten haben, wird eingezogen aus sehr armen, bedrängten Kreisen, zum Teil mit Hilfe des Erbschafts. Sparsamkeit ist unsere Pflicht; wir müssen dieser Pflicht gehorchen. Sie werden also im Ausschusse einerseits das Herz, aber auch den Verstand sprechen lassen müssen, möge der Ausschuss die richtige Mitte finden. (Beifälliger Beifall.)

Stadt. Dr. Wehl: Den letzten Ausführungen kann ich nur beistimmen. Nur sollte der Oberbürgermeister hinter den Bestrebungen, die städtischen Heimstätten zu vermehren und auch solche für Kinder zu errichten, etwas mehr Dampf machen. Jetzt haben wir für lange nicht Blase genug. Die von uns gestellten Forderungen liegen durchaus im Rahmen der Befugnisse und der finanziellen Leistungsmöglichkeit der Stadt; wir stehen dabei durchaus auf dem Boden des oberbürgermeisterlichen Gutachtens. Wir verlangen nur, daß der Magistrat verfährt nach der Anweisung, die der Oberbürgermeister selbst gezeichnet hat. Wir stellen Forderungen, die sehr wohl erfüllt werden können, wenn der Magistrat nur ein bißchen mehr sozialpolitisches Empfinden hat.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage mit dem Antrag der Sozialdemokraten geht an einen Ausschuss, der vom Vorstand sofort ernannt wird, und dem von der sozialdemokratischen Fraktion Borgmann, Ewald, Hünke und Dr. Wehl angehören.

Von der „Freien Fraktion“ ist am 1. November folgender Antrag Kullmann eingebracht worden:

Die Versammlung wolle beschließen, die Zahl der Bürgerdeputierten bei der städtischen Kammerdeputation von 2 auf 3 zu erhöhen, und den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse beizutreten.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller gelangt der Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme.

Neben der im Zuge der Alten Jakobstraße zu erbauenden Brücke über den Landwehrkanal sollen gemäß dem Verlangen der Landespolizeibehörde zwei Wassertrappen angelegt werden, die etwa 6000 M. kosten.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Am 1. Dezember findet neben der allgemeinen Volkszählung auch eine außerordentliche Viehzählung statt, die in Berlin von Magistrat und Polizei gemeinschaftlich zu bewirken ist. Ersterer will die Steuerheber als Zähler bestellen und ihnen je nach dem Umfang ihrer besonderen Müheverwaltung 5 bis 10 M. gewähren. Insgesamt sollen als Unkosten 4500 M. bewilligt werden.

Die Versammlung stimmt der Entnahme dieses Betrages aus dem Dispositionsquantum für unvorhergesehene Ausgaben zu.

Eine nachträglich zur Kenntnisnahme auf die Tagesordnung gesetzte Denkschrift der Irenhausdeputation, betreffend die gegen die Verwaltung der städtischen Irenanstalten erhobenen öffentlichen Angriffe wird wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt und die öffentliche Sitzung gegen 9 Uhr geschlossen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Geschäftslage der Spielwarenindustrie.

Als die Hauptstöße der deutschen Spielwarenindustrie, deren Erzeugnisse über die ganze Erde verbreitet sind, sind Nürnberg und Sonneberg bekannt und berühmt. Der Außenhandel spielt dabei eine große Rolle. Eine Uebersicht möge die Entwicklung der Aus- und Einfuhr des Deutschen Reiches an Spielwaren während der Jahre 1907, 1908, 1909 und 1910 dartun. Die Angaben verstehen sich in Doppelzentnern für die ersten neun Monate der genannten Jahre:

	1907	1908	1909	1910
Ausfuhr . . . . .	818 324	280 423	278 279	321 548
Einfuhr . . . . .	2 990	2 768	2 591	3 100

Die gegenwärtige Lage der deutschen Spielwarenindustrie hat sich, wie aus den Ausführungen und aus Berichten von Fachkreisen hervorgeht, gegen die beiden Vorjahre gebessert.

Rebenverdienste. Von den neu zur Ausgabe kommenden 30 Millionen Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft sollen ein Drittel, also zehn Millionen, an die alten Aktionäre gegeben werden. Jeder von den alten Aktionären, der zehn Aktien im Werte von je 1000 M. besitzt, kann dafür eine neue Aktie zum Kurs von 200 bekommen. Da der Kurs zurzeit auf rund 268 steht, so verdienen die Herren mit jeder neuen Aktie die nette Summe von 680 Mark! Diese Methode ist durchaus nicht vereinzelt, sie entspricht den Gepflogenheiten der Aktiengesellschaften, ihren Aktionären auf diese Art bei Kapitalerhöhungen einen Extrageinn zukommen zu lassen, der in keiner Bilanz und in keiner Gewinnrechnung erscheint. Bekannt ist das große Interesse, welches die A. E. G. an den Kapitalerhöhungen der Berliner Elektrizitätswerke hat, da ihr stets die Hälfte der Reurmissionen zum Parikurse, also zum Nennwert, zur Verfügung stehen. Bei solchen Geschäften wird immer ein guter Nebbich gemacht.

Bekämpfung der Fahrzeit. Bei der preussischen Eisenbahnverwaltung besteht die Absicht, bei der weiteren Ausgestaltung des Fahrplans auf Einlegung einzelner schnellfahrender Züge Bedacht zu nehmen, die im allgemeinen nur der Verbindung großer Verkehrs-knoten dienen, möglichst weite Strecken ohne Aufenthalt durchfahren und die deshalb eine nicht unbeträchtlich kürzere Reisezeit haben werden, als bisher üblich. Für den großen Verkehr Berlin-Stettin ist schon mit solchen Zugverbindungen ein Anfang gemacht. Zunächst kommen Berlin-Dreslau und Berlin-Hamburg in Frage; weiterhin wird man unter anderem an Berlin-Frankfurt a. M., Hamburg (Bremen)-Frankfurt a. M. und demnächst auch wohl an Berlin-Danzig-Königsberg denken können.

Keine Preisermäßigung für Gummiwaren. Eine Versammlung der Kautschukwarenfabrikanten beschäftigte sich mit der Frage einer Preisermäßigung für ihre Erzeugnisse. Mit Berufung darauf, daß der Preis des Rohmaterials immer noch um 100 Proz. höher sei, als zu Anfang des Jahres 1908, wurde beschlossen, keine allgemeine Preisreduktion einzutreten zu lassen. Die Begründung für den Beschluß kann als ausreichend nicht angesehen werden. Zweifellos hat sich das Verhältnis der Rohmaterialpreise zu den Preisen der Erzeugnisse zugunsten der letzteren verschoben. Aus diesem Grunde wäre eine Preisermäßigung sehr wohl möglich.

### Segen des Einfuhrschecksystems.

Der Weizenport ist in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre recht erheblich gestiegen. Die wesentlichste Erhöhung der Exportziffer weist das Roggenmehl auf. Wie sich die Exportverhältnisse in den Monaten Januar bis August und im September dieses und des vorigen Jahres gestaltet haben, ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen. Es wurden ausgeführt in Doppelzentnern:

Januar bis August	1909	1910
Roggenmehl . . . . .	522 127	885 448
Weizenmehl . . . . .	645 807	1 002 026
Summa	1 407 934	1 887 474
September		
Roggenmehl . . . . .	99 936	230 294
Weizenmehl . . . . .	133 066	170 333
Summa	238 002	400 627

War die Steigerung schon in den ersten acht Monaten des Jahres recht erheblich, so war sie im September noch stärker.

Während die Zunahme des Weizenports während der Monate Januar bis August 1910 gegen das Vorjahr 419 638 Doppelzentner gleich 28,58 Proz. betrug, stellte sie sich im September 1910 gegen das Vorjahr auf 167 600 Doppelzentner gleich 71,92 Proz. Auf Getreide umgerechnet beträgt die Mehrzufuhr in den ersten acht Monaten circa 545 809, im September 1910 217 880 Doppelzentner.

Gewinnsteigerung. Die Rombacher Glittenwerke, die das Geschäftsjahr 1907/08 mit 3 108 946 M. Reingewinn abgeschlossen, für das nächste Jahr sogar nur 1 882 073 M. Reingewinn ausweisen konnten, haben im letzten Jahre 5 010 057 M. verbucht. Die Dividende erhöht sich von 5 auf 8 Proz.; die Lantime für den Aufsichtsrat von 26 745 M. auf 142 220 M.

Das kommunale Elektrizitätswerk Weiskalen zu Bochum hat mit der Stadt Wermeln einen Vertrag betreffs Bau eines gemeinsam betriebenen Elektrizitätswerks abgeschlossen. Das Elektrizitätswerk Weiskalen versorgt jetzt schon 40 Kommunen.

Kapitaliert. Die österreichische Regierung hat den Vorstellungen der Vorjahr Regierung stattgegeben und die Ausnahmemaßregeln gegen die Raffinerie von Lumanowa zurückgenommen. Die Raffinerie von Lumanowa ist nominal eine französische Gesellschaft, soll aber unter dem Einfluß der Standard Oil Co. stehen, weshalb sie sich auch geweigert hatte, dem Vlod der österreichischen Raffinerien beizutreten und den Kampf der Vacuum Oil Co. gegen diesen unterzuzügeln.

### Patriotische Geschäfte.

Aus Wien wird unterm 9. November gemeldet: In der heute vom Subkomitee für Oeresslieferungen durchgeführten Enquete wurde von den Experten betont, daß das Eisenkartell sich bei der Preisbildung an die Konjunktur des Weltmarktes halte. Für eines der großen Schiffschiffe werden von den Firmen des Kartells nur 800 Waggons Eisenmaterialien für den Schiffbau, d. h. ohne Panzerung, Armierung, Motore usw., für den Preis von 1 600 000 Kronen geliefert. Die Preisdifferenz gegenüber der billigen ausländischen Offerte beträgt 200—250 000 Kronen, das ist also 1/3 Proz. der Gesamtkosten eines Dreideckerschiffs. Die Kosten dieses Materials stellen jedoch nur einen ganz kleinen Teil der die Schiffsbautkosten ausmachenden Quote dar. Alle anderen Bedarfsartikel für die Herstellung der großen Schiffschiffe stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kartell, da die Stahlfirmen, welche diese Bestandteile liefern, dem Eisenkartell nicht angehören. Die Arbeitelöhne stellen sich bei einem Dreideckerschiff auf 20 Millionen, also 85 Prozent der auf 61 Millionen zu veranschlagenden Gesamtkosten.

Die nationalen Geschäftspatrioten sind sich überall gleich: sie machen sich für ihren Patriotismus bezahlt, indem sie dem teuren Vaterlande Wucherpreise abknöpfen. Ob deutscher Stahlwerksverband, ob Kohlenindustriell oder österreichisches Eisenkartell, das ist alles gleich: die Prozentnationalen plündern wie und wo es geben mag, und sie entrichten sich über mangelnde Vaterlandsliebe bei den — begehrlischen Arbeitern.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Aufgaben der Kinderschulkommission.

Eine Versammlung der Kinderschulkommission am Dienstag bei Freyer in der Koppenstraße eröffnete der Vorsitzende Genosse Warentzin mit dem Hinweis, auf die vom Aktionsausschuß beschlossene Flugblattverbreitung am 27. November und die Versammlung am 29. November, eine Veranstaltung, die der Propaganda für den Kinderschutz dienen soll. Warentzin ging dann auf die Klagen der Kontrollleurinnen näher ein, dahinlautend, daß sie nicht die wünschenswerte Unterstützung finden. Redner glaubt Besserung nach dieser Richtung in Aussicht stellen zu können. In einigen Wahlkreisen seien die Vorstände der Wahlvereine bereits mit den Kontrollleurinnen in Verbindung getreten. Von den Wahlkreisen sollen Helferinnen gestellt werden. Wenn das bisherige Resultat der Arbeiten der Kommission viele unbefriedigt lasse, so liege dies zum Teil auch an mancherlei Mißverständnissen über die Aufgaben der Kinderschulkommission. Hierüber sprach Genossin Luise Zieh. Die Schwierigkeit der Arbeiten, die hier den Frauen obliegt, sei garnicht zu verkennen. Allgemein viel Fleiß, Tatkraft, Energie und Ausdauer sei erforderlich. Der Parteivorstand habe die Herausgabe einer Broschüre beschlossen, in der das gewonnene Material bearbeitet werden soll. Die erste Aufgabe der Kommission muß sein, darüber zu wachen, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die zum Schutze der Kinder erlassen sind, eingehalten werden. Da seien viele Widerstände zu besiegen. Oft regt sich das eigene Mitleid, wenn die Not in vielen Familien gar zu groß erscheint. Und diese Klagen von großer Not hört man überall. Hier darf aber keine andere Regelung obwalten, denn Härten bringt jede Schutzbestimmung. Man denke an die Heimarbeit, gegen die nichts unternommen werden könnte, wenn man sich vor jedem energischen Zusatzen fürchtet. Den Kindern muß der gesetzliche Schutz unter allen Umständen zuteil werden, sonst bleiben wir in bürgerlichen Reformen mit guten Wünschen hängen. Wie in den einzelnen Fällen vorzugehen ist, das hängt von den Umständen ab. Für eine bedrängte Familie muß die Armenunterstützung in Anspruch genommen werden, es gilt für die Frauen dann, sich mit der Armenpflege in Verbindung zu setzen und den armen Deuten jede falsche Scham auszuweiden. Das sind Fragen der Praxis, die bei steter Übung sich leichter lösen lassen. — Wo eine Verwahrlosung der Kinder angetroffen wird, wo eine sittliche Gefährdung vorliegt, da sollte die Waisenpflege zum Schutze der Kinder angerufen werden. Die Rednerin warnt aber, Kinder der Fürsorgeerziehung zu überweisen, wo nicht die sichere Gewähr besteht, daß die fragliche Erziehungsanstalt in humanem Geiste geleitet werde. Vorzugehen sei jedenfalls, die Kinder bei anderen Familien unterzubringen. Freilich bestehe die Gefahr, daß Kinder aus Eigennutz in Pflege genommen werden; darüber zu wachen, sei wiederum die Aufgabe der Kommission. — Wo man aber nicht zu raten und zu helfen weiß, da gelte es, diese Fälle als besonders wichtiges Material zu sammeln und dieses unseren Stadtverordneten und Gemeindevorstellern bekanntzugeben. Frauen mühten mehr zu der Waisenpflege herangezogen werden. In Berlin, wie in vielen anderen Orten, fehlt noch eine weibliche Polizeiaffizientin. Das Vormundschafsystem sollte geändert werden; ein angestellter Generalvormund mit Helferinnen sei notwendig. Unsere Stadtverordneten sollten noch mehr wie bisher für die Aufgabe des Kinderschutzes, wie Schulspflege und dergleichen genommen werden; auch die Hilfe der Lehrerschaft sollte man in Anspruch nehmen. Die Tätigkeit der Krankenkassenkontrollleurinnen müßte ebenfalls den Kinderschutz umfassen. Mitteilungen darüber sollten sofort der Kinderschulkommission gemacht werden. Auch die Gesamtarbeiterchaft müßte helfen. Rücksichtslos müßte vorgegangen werden, wenn Bitten und Belehrungen nichts nützen. Das Hauptbestreben sollte dahin gehen, das Kinderschutzgesetz zu erweitern. Da ist viel Material zu sammeln über die Arbeit der Kinder, die nicht durch das Gesetz geschützt werden, z. B. in den häuslichen Diensten und in der Landwirtschaft. Die Rednerin schloß mit dem Hinweis, daß die Kinderschulkommission ein großes Stück wichtiger sozialer Arbeit, ein Stück Volkserziehungslust leisten könnte. (Beifälliger Beifall.)

In der Diskussion wurde vielfach gewünscht, daß bei Gelegenheit eine Kontrolle über arbeitende Kinder in den Straßen Berlins vorgenommen werden sollte. Die Versammlung stimmte einem dahingehenden Antrage zu, der im Aktionsausschuß noch erwohnen werden soll. — Eine Helferin erzählte, wie sie sich bemüht habe, daß Kinder im Schützenhaus in Kaufdorf nicht mehr beschäftigt werden sollten. Vergeblich hatte sie bei einigen Lehrern des Ortes um Unterstützung gebeten, und lange dauerte es, bis endlich die Polizei 20 Kinder feststellte, die dort ungehöriger Weise Dienste leisteten.



# Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert für die Gewerbegerichtswahlen!

## Gewerbegerichtswahlen.

Die heute stattfindenden Wahlen der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht der Stadt Berlin haben unsere bürgerlichen Gegner noch in letzter Stunde mobil gemacht.

Vor uns liegt ein Zirkular der in trauriger Eintracht verbundenen Reaktionsäre aus freilichem und antisemitischem Lager, in dem es unter anderem heißt:

Zur Wahrung der wirklichen Parität ist es aber dringend nötig, daß für die Arbeitgeber nur solche Beisitzer gewählt werden, welche den bürgerlichen Gruppen angehören, da eine weitere Zuwahl von sozialdemokratischen Arbeitgebern, wie sie bei der letzten Ergänzungswahl 1908 stattgefunden hat, eine direkte Gefahr für die unparteiische Stellung des Gewerbegerichts einschließt.

Man weiß wirklich nicht, was mehr zu betauern ist: die Raivität, mit der man die große Zahl sozialistisch denkender Arbeitgeber einer Vertretung entbehren will oder die Frechheit, mit welcher man unsere als Gewerberichter amtierenden Genossen, der Parteilichkeit, der bewährten Rechtsbeugung bezichtigt.

Den Unterzeichnern des Nachwerkes, den Bernhard, Abraham, Alt und so fort bis zu denen der gesteigerten Gedankenlosigkeit muß das Gewissen schlagen, wenn sie in Betracht ziehen, daß die sozialdemokratische Bevölkerung, welche doch in Berlin die ungeheure Mehrheit bildet, sich bei geeigneter Zeit daran erinnern könnte, mit welcher Dreifügigkeit diese „Nachwons Janze“ gegen unsere Gefinnungsgenossen vorgehen und was sie unseren Vertretern zu bieten wagen.

Ein anderes Flugblatt, von einem Lederwarenfabrikanten hierher gezeichnet, trägt in beweglichen Worten also:

Vor 1908 kam selten ein sozialdemokratischer Arbeitgeber zu dem Amte eines Gewerberichters. Seit 1908 gibt es über 20. Bei der Wahl im Jahre 1908 haben wir durch unsere Lässigkeit 15 Sitze verloren. Am 11. November finden die Wahlen statt. Soll es wiederum so gehen?

1908 sind Sie zur Wahl nicht erschienen. Bitte kommen Sie diesmal.

Unter den Klagenweibern, die dieses bewegliche Flugblatt mitgezeichnet, figuriert auch der Herr Landtagsabgeordnete Rosenow, Goldleistenfabrikant, wie es ausdrücklich im Blättchen heißt, ebenfalls aber harmonisch geeint mit einem „Hoffischermeister“. — Wir hoffen, daß unsere Parteigenossen, die Arbeitgeber sind, dafür sorgen werden, daß den geeinten Scharmachern nicht nur die Fische, sondern auch die Felle am heutigen Wahltage fortzuschwimmen.

Im Jahre 1908 mußten wir unsere Stimmzettel noch am Wahltage umeintauschen und neu drucken lassen, weil angeblich die Listennummer auf der Rückseite des Papiers durchschimmerte. Die uns heute vorliegenden, von der bürgerlichen Gruppe ausgegebenen Zettel tragen sämtlich das gleiche Kriterium und sind von außen sehr leicht erkennlich. Wollen daher die diesmaligen Wahlvorstände korrekt verfahren, so haben sie derartige Stimmzettel ohne weiteres als unstatthaft zurückzuweisen. Ob sie es tun werden?

Wir meinen aber, daß unsere Freunde unter allen Umständen werden auf dem Posten sein, um sowohl die schamlosen Angriffe als auch die „durchsichtigen Manipulationen“ der vereinten Reaktionsäre durch die Wahl sozialdemokratischer Beisitzer zuphänden machen.

Keiner darf zurückbleiben!

Die Freien Arbeitgeber wählen Liste I.

## Partei-Angelegenheiten.

Am die Parteigenossen!

Die nächsten Tage bringen der Organisation eine Fülle von Arbeit.

Heute, Freitag, den 11. November, von 3—7 Uhr, sind die Gewerbegerichtswahlen für die Arbeitgeber.

Am 13. November Flugblattverbreitung um Beitritt zur Organisation; daran schließen sich:

Am 13. November, von 10—6 Uhr: die Gewerbegerichtswahlen für die Arbeitnehmer.

Kein Anhänger unserer Ideen darf hierbei fehlen!

In der auf den 13. November folgenden Woche sollen die Empfänger des Flugblattes aufgesucht und zum Eintritt in die Wahlvereine aufgefordert werden.

Am 27. November Flugblattverbreitung für den Kinderklub.

Am 29. November Versammlungen für den gleichen Zweck.

Wenn wir die sonstigen Arbeiten, als Sitzungen der Wahlvereine, die Vorstands- und Kommissionsitzungen, die laufenden Kurse, die Arbeiten der Orte und Kreise usw. in Betracht ziehen, so werden ja viele und große Anforderungen an den einzelnen gestellt. Tut aber jedes Mitglied der Organisation seine Schuldigkeit, treten die Genossen und Genossinnen in voller Zahl an, so wird die Last leicht bewältigt und alle Arbeit wie immer in zufriedenstellender Weise erledigt.

Wir vertrauen auf die bewährte Arbeitsfreudigkeit der Berliner Genossen und Genossinnen.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Der Zentralvorstand.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt), am Sonntag, den 13. November cr., bei Jul. Meyer, Draniensstr. 103, Bahnmorgen für Buchdruckeri-Nacharbeiter: Agitations-Versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder erwarten Die Vertrauensleute.

Sechster Wahlkreis. Heute abend beginnt in den Germania-fällen, Chausseestraße 110, der Vortragzyklus des Genossen M. S. Baeg über das Thema: „Vom Urtier zum Menschen“, demonstriert durch Lichtbilder. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Genossen, die noch nicht im Besitze einer Eintrittskarte sind, können solche am Eingange des Saales erhalten.

Die Billetts zum Kunstabend am 12. November im Stabstiftung Pallastmieder, Badstr. 19, sind noch zu haben bei Hoffmann, Swinemünder Str. 47, Währ, Badstr. 16, und im Wahlvereinsbureau, Neue Hochtstr. 23.

Rixdorf. Am Sonntag, den 13. November, abends 7 Uhr, findet in Goppes Festhällen, Germannstr. 40, ein gemütliches Zusammen-

sein, verbunden mit Konzert und großer Spezialitätenvorstellung, statt. Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 25 Pf. nach. Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. In Anbetracht des niedrigen Eintrittspreises wird erucht, recht rege für diese Veranstaltung in Partei- und Fremdeskreisen zu agitieren. Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Lichtenberg. Sonntag, den 13. November, mittags 12 Uhr, bei Schneider, Gubrunstr. 1, Versammlung zwecks Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl im 13. Bezirk. Referenten: Stadtverordneter Grauer und Kandidat Ewas. Thema: Kommunalpolitik in Lichtenberg. Freitagabend von Hennig, Wagnerstr. 1, Flugblattverbreitung.

Ortssteil Treptow. Heute abend 6 Uhr in allen Bezirkskolaten: Extra-Zahlabend. Der Vorstand.

Brix-Andow. Am Sonntag, den 13. November, morgens 8 Uhr, findet Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Das Material holen sich die Bezirksführer Freitagabend vom Genossen Tipler, Bürgerstr. 20, ab.

Kaulsdorf. Die Flugblattverbreitung am Sonntag, 13. Novbr., findet der Gewerbegerichtswahlen in Berlin wegen schon um 8 Uhr morgens von Sobey aus statt.

Am Sonnabend, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Robert, Frankfurter Chaussee (Hamanns Gesellschaftshaus), ein „Unterhaltungabend“ zur Feier des hundertsten Geburtstages Fritz Reuters statt. Es werden Gedichte Reuters in plattdeutscher Mundart vorgetragen. Der Eintritt ist kostenlos. Es wird gewünscht, daß die Parteigenossen sowie auch die „Vorwärts“-Leser, die dem Wahlverein noch nicht angehören, mit ihren Frauen an dieser Feier teilnehmen.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Rudolf Deter. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Außerordentliche Geldbewilligung für die Bibliothek. 3. Wahl von Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Rieder-Schönhäusen-Nordend. Am Sonntag, den 13. November, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Die Bezirksleitung.

Tegel-Vorsigwalde. Die Mitglieder werden auf den morgen, Sonnabend, den 12. November, stattfindenden Kunstabend aufmerksam gemacht. Billetts sind bei den Bezirksführern zu haben. Beginn des Konzerts pünktlich 8 1/2 Uhr, Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Während der Aufführungen bleiben die Saaltüren geschlossen. Die nicht verkauften Billetts müssen heute abend dem Kassierer zurückgebracht werden, da sie sonst als verkauft angerechnet werden. Die Bezirksleitungen.

Wandlitz i. d. W. (Bez. Pankow). Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, findet bei Lauff, Gesellschaftshaus, Wandlitz i. d. W., eine öffentliche Versammlung statt. Referentin: Frau Wulff-Berlin. Die Agitationskommission.

Draniensburg. Am Sonntag, den 13. November, früh 8 Uhr, findet von den Bezirkskolaten aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

## Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

beschäftigte sich gestern wieder einmal mit der Güterwirtschaft der Stadt. Im Frühjahr hatte sie nach wiederholten Debatten den Magistrat ersucht, ihr eine Denkschrift über die Entwidlung der wirtschaftlichen Anlagen der Nieselfelder vorzulegen. Der Magistrat ließ sich daran genügen, ihr jetzt nur ein paar „Leitsätze“ für die Bewirtschaftung zu überreichen. Sie wurden gestern in einen Aussschuß verwiesen, in dem der Magistrat sich noch ausführlicher äußern soll. Die einzelnen Gruppen der Versammlung gaben dem Aussschuß ihre Wünsche mit auf den Weg, die aus den früheren Debatten wohl noch bekannt sind. Die Redner der Haus-agrarischen Mehrheit hielten daran fest, daß die wachsende Ausdehnung der Güterwirtschaft in ihrem Hinübergreifen auf industrielle Gebiete denn doch über den Rahmen der Aufgaben einer Stadtverwaltung hinausgeht. Diese Pläne passen ihnen nicht in ihren Stram, weil ihre Ausführung den privaten Unternehmern den Profit zu schmälern droht. Dazu kommt die Sorge, daß schließlich auch den Hausbesitzern wieder noch ein Mehr an Kanalisationsabgabe zugemutet werden könnte. Ihre Redner äußerten sich wenigstens so, wie wenn sie das im Ernst befürchteten. Auf die Seite der Kanalisationsverwaltung stellte sich am entschiedensten der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Borgmann. Er forderte, daß die Güterwirtschaft der Stadt nach einem groß angelegten Plan ausgebaut und mit ihren Eigenbetrieben in den Dienst der verschiedenen Zweige der Stadtverwaltung gestellt werde. Nach dem Beschluß des Stadtfreissinns ist das allerdings nicht.

Es folgte dann eine sehr beachtenswerte Debatte über die Vorlage, durch die der Magistrat für Entsendung kranker Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten 50 000 Mark nachforderte. Die 200 000 Mark, die der Etat für 1910 zu diesem Zweck bewilligt hatte, waren diesmal schon im Juli aufgebraucht. Gestern stellte unser Genosse Sinje fest, daß eben wieder, wie im vorigen Jahr, von vornherein zu wenig bewilligt worden war. Hier handelte es sich nicht um einen Wohltätigkeitsakt, sondern um eine Aufgabe vordringender Gesundheitspflege, die unter allen Umständen eine Pflicht der Gemeinde sei. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, statt der 50 000 Mark nochmals 200 000 Mark zu bewilligen. Demgegenüber bezeichnete Stadtverordneter Liebenow unter dem Veisall seiner freisinnigen Gefinnungsgenossen es als unerhört, daß die Armenverwaltung mit dem bewilligten Geld nicht gereicht habe und nun diese Nachforderung nötig mache. Einen schweren Stand hatte Stadtrat Münsinger, der als Vertreter des Magistrats sehr vieles nicht sagen durfte, was er zur Verteidigung der Armenverwaltung, deren Vorsitzender er ist, hätte sagen können und müssen. Der Stadtkämmerer Steiniger gab schärfer als er — und mit einem deutlichen Seitenhieb gegen Münsinger — die Meinung des Magistrats wieder, indem er mit brutaler Offenheit erklärte, eine Verpflichtung, mehr zu tun, werde nicht anerkannt und im übrigen sei auch kein Geld zu Mehraufwendungen da. Vom Standpunkt des Arztes aus beleuchtete Genosse Weyl in einer wirkungsvollen Rede die Frage der Entsendung von Kindern in Heilstätten usw. Er tadelte, daß die Armenverwaltung viel zu spät mit ihrer Nachforderung hervorgetreten sei. Gegen den Kämmerer und die ihm beistimmende Mehrheit der Freisinnigen polemisierte unser Redner in scharfen Ausfällen.

Stadtverordneter Nathan wies darauf hin, daß früher der Magistrat selber der Meinung gewesen sei, die Stadt sei zu dieser weitgehenden Fürsorge für kranke Kinder geradezu verpflichtet. Das veranlaßte den Oberbürgermeister Richter, noch in die Debatte einzugreifen und den Satz aufzustellen, daß man auch auf diesem Gebiete „sich verständigerweise mäßigen“ und „die richtige Mitte zwischen warmem Empfinden und häuslicher Verwaltung“ suchen müsse. Die Freisinnigen hatten ihn verstanden und jubelten „Bravo!“ Das wird der Ausschuß, dem die Vorlage überwiesen wurde, aus ihr und dem mit überwiesenen Antrag unserer Genossen machen?

Zur Gewerbegerichtswahl der Arbeitnehmer-Beisitzer ist zu vermerken, daß Arbeitslose wahlberechtigt sind. Es ist leider vorgekommen, daß Arbeitslosen auf Polizeirevierern das Stempeln der Wahllegitimationen verweigert worden ist. Es sei daher darauf hingewiesen, daß die Polizei nicht das Recht hat, über die Wahlberechtigung zu entscheiden, sondern sie hat nur, entsprechend der Vorschrift auf der Wahllegitimation, zu beglaubigen, daß der Betreffende im Polizeirevier wohnt. Sollten doch noch Arbeitslose oder andere Wahlberechtigte zurückgemiesen werden, so können diese am Tage der Wahl mit der Invalidentarte und Steuerquittung verfahren an die Wahlurne treten und ihr Wahlrecht ausüben. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß zum Bezug der Wahllegitimationen einige Änderungen durch Verzug der Wirtre eingetreten sind. Diese sind neben den in anderen Bezirken angegebenen Adressen zu haben im:

- 2. Bezirk bei Wegener, Seydelstraße 30.
- 8. Bezirk bei Hemp, Urbanstraße 70.
- 13. Bezirk bei Carl Edel, Baldemarstraße 16.
- 19. Bezirk bei Roschinski, Michaelkirchplatz 19.
- 22. Bezirk bei Schmidt, Strausberger Straße 7.
- 28. Bezirk bei G. Böjel, Neue Königstraße 65/66.
- 29. Bezirk bei J. Wirth, Auguststraße 51.
- 44. Bezirk bei Schulz, Bremer Straße 62.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend.

Das Schwimmen ist eine der gesündesten Leibesübungen, besonders für die Arbeiter, die tagtäglich unter der mit fast jeder Beschäftigung verbundenen großen Staubentwicklung zu leiden haben. Im Sommer ist es jedem ziemlich leicht gemacht — besonders seit Einrichtung der Freibäder —, die schädliche Einwirkung der heute meist sehr ungeliebten Arbeitsweise auf den Körper durch ein erfrischendes Bad zu mildern. Weniger günstig liegen die Verhältnisse im Winter, wo nur die von der Stadt bezug. einigen Privatunternehmern erbauten Schwimmhallen zur Verfügung stehen. In dieser Zeit geht der Bade- und Schwimmbetrieb ganz bedeutend zurück. Auch die städtischen Schwimmhallen weisen trotz ihrer verhältnismäßig geringen Anzahl noch einen viel zu schwachen Besuch auf. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß eine Anzahl Vereine für ihre Mitglieder besondere Schwimmabende eingerichtet haben, um dadurch das Interesse für diese wohltätige Leibesübung zu heben. Auch der Turnverein „Richte“ hat für seine Mitglieder eine derartige Einrichtung getroffen. Im vorigen Jahre wurde ein erster Versuch unternommen mit der Bodenanstalt in der Herberger Straße, und zwar mit gutem Erfolge. Es beteiligten sich an den 28 Badaabenden 1811 Mitglieder, was einen Durchschnitt von 65 pro Abend ausmacht. In diesem Winter ist nun noch die Badaanstalt in der Bärwaldstraße hinzugenommen worden, so daß den Mitgliedern beide Anstalten an den Montagabenden von 8 bis 1/2 10 Uhr zur Verfügung stehen. — Zu wünschen wäre es, daß die Stadt Berlin solchen Vereinen, die sich die Pflege des Schwimmens angelegen sein lassen, etwas mehr entgegenkäme. Nach den jetzigen Bestimmungen wird den Vereinen keine Vergünstigung gewährt, vielmehr muß pro Abend noch eine Entschädigung an die Badaabnehmer gezahlt werden. Es wäre für die Stadt Berlin wohl ein leichtes, den Vereinen etwas mehr entgegenzukommen und zum mindesten die Zahlung dieser Extraentschädigung zu erlassen.

Die Zustände in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in der Brunnenstraße lassen nach den verschiedensten Richtungen hin zu wünschen übrig. Aus Anlaß des letzten schweren Unfalls wird uns geschrieben:

Als vor einigen Monaten der Betrieb durch den Aufsichtsrat beschlagnahmt wurde, mußten alle Gänge schon aufgeräumt werden. In einigen Räumen wurden sogar die Wände gestrichen. Arbeiterinnen, welche schwere Arbeiten zu verrichten haben, wurden während der Beschäftigung an anderen Arbeiten beschäftigt oder es wurde den Arbeiterinnen gesagt, sie möchten sich so einrichten, daß sie während der Beschäftigung die leichteren Stellen bearbeiten.

Nach der Beschäftigung erhielt der Betrieb sein altes Aussehen. Alle Gänge sind durch schwere Maschinenteile, welche meterhoch aufeinander gebaut sind, fast vollständig verstellt, die Arbeiter schweben ständig in Lebensgefahr.

Zur Charakteristik über die letzten Unfälle ist folgendes nachzutragen: Früher waren die Kräne nur mit einem Aufzug versehen, so daß sie von dem Kranführer auch übersehen werden konnten. In voriger Woche stürzte von dem Kran schon der Schutzkasten herunter; wäre die Sicherung nicht durchgebrochen, so hätte es da schon Menschenleben kosten können. Nicht einmal ein Kronenwagen war zur Stelle, so daß erst ein Wagen von der Rettungswache geholt werden mußte, um die armen Verletzten fortzuschaffen. Vor einiger Zeit wurden einem Arbeiter in dem gleichen Arbeitsraum neben schweren Verletzungen die Knieer buchstäblich vom Leibe gerissen und obwohl Arbeiterinnen dort beschäftigt werden, hatte man nicht einmal eine Decke, um den Unglücklichen zudecken zu können.

Auch besteht im Werk ein Sicherheits- und Wohlfahrtsausschuß, welcher von der Direktion ernannt wird. Hierzu hat sich die Direktion einige Schritte und Inorganisierte ausgesucht. Als gegen diese Zusammensetzung die Arbeiterschaft Protest einlegte, fragte der Vorsitzende Direktor Hirschberg die Wohlfahrtskommissionsmitglieder, ob sie das Vertrauen der Arbeiter hätten. Als diese Frage verneint wurde, erklärte der Direktor Hirschberg, darauf komme es ja auch nicht an.

Wenn aber ein solcher Ausschuß im Interesse der Arbeiter wirken soll, muß er das Vertrauen der Arbeiter haben, sonst ist er nur Staffage. Allerdings scheint das Bestreben nur dahin zu gehen, die Arbeiter immer mehr zu intensiverer Arbeit anzuspornen, durch die systematische Herabdrückung der Akkordpreise, die in diesem Betriebe an der Tagesordnung ist. Jeder Meister will sich im Interesse der Betriebe bewähren und die Folge ist eine immer größere Dejjagd der Arbeiter, die wiederum die Unfallgefahr erhöht.

Ministerialkonferenz über Erleichterungen im Sperrverfahren.

Eine Konferenz, die gestern im Landwirtschaftsministerium stattfand, beschäftigte sich, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ meldet,

Im Hinblick auf den großen Schaden, der durch die in der letzten Zeit wiederholt notwendig gewordenen Sperren des Berliner Viehhandels erwachsen sind, mit der Frage, welche Milderungen in dem Sperrenverfahren möglich sind, ohne den Zweck der Sperre irgend zu beeinträchtigen. Die dreistündige Beratung erfolgte unter der Leitung des Ministerialdirektors Schroeter. Von den Viehkommissionären nahmen teil der Vorsitzende des Vereins der Berliner Viehkommissionäre Franz Rahm und der stellvertretende Vorsitzende Paul Krebs, ferner Stadtrat Fischel, Vorsitzender des Kuratoriums des Vieh- und Schlachthofes, der Generalsekretär der Viehzentrale, Oekonomierat Burckhard, der Departements-Tierarzt und der Kreis-Tierarzt und andere. Mehrere Erleichterungen für den Viehhandel wurden in Aussicht gestellt. So soll in Zukunft der Empfänger des Viehes berechtigt sein, bei plötzlicher Verhängung der Sperre den Viehtransport von den um Berlin gelegenen Stationen oder anderen Zwischenstationen aus abzuleiten, während jetzt die Ablenkung der nach Berlin bestimmten Wagen nach anderen Plätzen nur von der Abgangssituation aus erfolgen kann. Ferner soll Vieh, das noch in keiner Weise mit dem Viehhof in Verbindung gekommen ist, weiter expediert werden dürfen ohne die beschränkenden Bestimmungen, denen solches Vieh heute unterliegt und die es im Werte herabsetzen. Weiter wurde angeregt, daß, wenn auf dem Schlachthof ein Seuchenfall festgestellt wird, dies nicht sogleich Veranlassung sein sollte, auch den Viehhof zu sperren. Ferner soll für das Vieh aus Beobachtungsgebieten, das doch getrennt von den unbedenklichen Tieren aufgestellt werden muß, ein erleichteter Verkauf durch Unterbringung in der Nähe des unbedenklichen Viehs geschaffen werden, wozu aber erforderlich ist, daß dieses Vieh schon am Tage vor dem Markte, also Dienstag und Freitag, hier ankommt. Sodann soll für den Abtrieb des verseuchten Schlachtviehs vom Viehhof nach dem Schlachthof ein besonderer Weg eingerichtet werden damit diese Tiere nicht mit ihren Klauen die allgemeine Abtriebsstraße berühren.

**Gänse-Ausspielen.** „Gene jut jebratene Land is eene gute Nabe Jottes“, sagte der Berliner. Koch besser schmeckt der ledere Martinsvogel, als auch zu ein „Instrument des Himmels“, wenn er nichts kostet. Zum Greifen fliegen aber die gebrauten Gänse auch in Berlin nicht herum. Unsere lieben Agrarier sorgen schon dafür, daß die arbeitenden Klassen selbst am Feiertag kein Huhn, geschweige eine Gans im Topf haben. Der Martinsvogel ist besonders unter den heutigen Feuerungsverhältnissen eine Delikatesse, die sich Arbeiterfamilien nur ganz ausnahmsweise leisten können. Um so größer ist das Heim die Freude, wenn Vater eines späten Abends eine Prachtgans mitbringt, die — angeblich — nichts oder nur ein paar Groschen gekostet hat. Er hat sie „gewonnen“, auf dem Billard ausgespielt und im Triumph heimgeführt. In früheren Jahren war das Gänseauspielen auch in Berlin eine beliebte und weitverbreitete Sitte. In den Schauplätzen vieler Hunderte von Restaurationslokale sah man namentlich Sonnabends die verlockenden Plakate. Dann ließ, als das Linswürfeln auf dem Billard polizeilich verboten wurde, das Vergnügen erheblich nach, und erst neuerdings scheint das Ausspielen mit dem Billardquers wieder mehr und mehr aufzukommen. Einer gewinnt dabei immer und unter allen Umständen, das ist der Wirt. Aber er hat sich schon bescheldener gemacht und hängt heute wenigstens Gänse ins Schaufenster, die sich sehen lassen können, feine Fett- und Fleischgänse, bei deren Anblick einem das Wasser im Munde zusammenfließt. Jeder Bratenvogel muß ihm mindestens hundert Prozent bringen. Es werden also so viele Spielanteile a 25 Pfennig verkauft, daß für jede Gans von vornherein insgesamt bare 10 bis 12 Mark einkommen. Wer dann den Vogel ergattert, ist dem Wirt ziemlich gleichgültig. Er weiß ja, daß um die Sitte, die Gans auch noch mit ein paar großen „Landwörterchen“, die die Runde machen, zu begießen, sich so leicht kein Gewinner herumdrücken kann. Und mancher spendiert in der Remontrierfreude, daß er für das selbe Geld sich eigentlich nicht erst in die Unkosten der Spieldarstellung zu stürzen braucht. Sparsam bleibt das Spiel, wenn die Mitspielenden sich gegenseitig einigermassen kennen. Es gibt aber genug „Gänsefieber“, die um die jetzige Zeit förmlich gewerbsmäßig die Gänsefinken aussuchen und sich am Spiel mit mehreren Anteilen beteiligen. Sie sind vorzügliche Billardspieler, haben sich auf dem Billard des betreffenden Lokals unauffällig eingestellt und schlagen fast immer selbst scharfe Gegner aus dem Felde. Ja, es passiert gar nicht selten, daß sie im selben Lokal zwei und drei Gänse einheimen, die natürlich nicht zu Muttern gebracht, sondern verkauft werden. Dadurch gewinnt das Spiel einen Stich ins Unreelle. Jedenfalls muß man etwas mißtrauisch werden, wenn der Wirt die gewonnenen Gänse, die ihm schon mehr als das Doppelte der Ausgabe eingebracht hat, noch obendrein vom Gewinner für billiges Geld zurückkauft. Aber Geschäft ist schließlich Geschäft, und wer sich „bedeckern“ läßt, soll sich nicht beklagen.

In dem Verbrechen am Humboldthafen wird mitgeteilt, daß der Schiffer Julius Ernst, der Schiffer-Ernst, doch sein Bild nachgewiesen hat. Der Täter ist ein Doppeltgänger von ihm, ein am 25. März 1875 zu Marienwerder im Kreise Niederbarnim geborener Schiffer und Arbeiter Georg Meißner, der gestern nachmittag von der Kriminalpolizei festgenommen wurde.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich gestern gegen 9 Uhr in der Lindenstraße. Dort verlor eine etwa 40jährige, gutgekleidete unbekannte Frau, aus der Marthastraße kommend, den Strahendenraum zu überschreiten, als die Automobilfahrerin Nr. 2117 herannahte. Der Lenker des Kraftwagens machte sofort die Geschwindigkeit und gab fortgesetzt Warnungssignale. Hierdurch wohl in Verwirrung gebracht, geriet die Frau gegen das Auto, wurde umgerissen und kam unter das Gefährt zu liegen, dessen Räder über den Körper der Unglücklichen hinweggingen. Die Unbekannte hatte so schwere innere und äußere Verletzungen erlitten, daß sie auf der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, wohin sie gebracht worden war, unter den Händen des Arztes verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus übergeführt.

Eine alte Straße auf dem Gesundbrunnen, die Wölferstraße, existiert seit einiger Zeit nicht mehr. Sie verbindet den Gesundbrunnen mit Pantow und hat nun den Namen „Grunthaler Straße“ erhalten, weil beide Straßen nach Veffertigung der Trennstücke einen großen Strahenzug bildeten.

Ueber die geschäftliche Leitung des neuen Konzertunternehmens „Glow“ in der Mauerstraße bzw. Zimmerstraße sind und insofern Klagen ausgegangen, als von Personen, die am letzten Sonntag das Nachmittagskonzert besuchen wollten, ein Entree von einer Mark verlangt wurde, obwohl in Inseraten die Nachmittagskonzerte als frei angekündigt waren. Das hat nun zu lebhaften Aufrufen geführt. Wir haben nun mit der Geschäftsleitung Rücksprache nehmen lassen, die nun folgendes erklärt:

Durch ein Versehen, das durch die Hast des Eröffnungsbetriebes sicherlich zu verstehen und zu entschuldigen ist, ist in einem Teil der Presse das Sonntagskonzert mit einer falschen Angabe erschienen. Während an allen Tagen in einem „Glow“ Nachmittags-Promenaden-Konzert stattfindet, wird am Sonntag auch zu den Nachmittagskonzerten ein Eintrittsgeld erhoben. Durch das erwähnte Versehen ist am vorigen Sonntag teilweise diese entsprechende Bemerkung im Inserat unterblieben.

Wir bedauern im Interesse des Publikums, wie in unserem eigenen Interesse, die dadurch entstandenen Zwischenfälle und verhindern, daß nach den nunmehr getroffenen Maßnahmen eine Wiederholung des Vorgefallenen ausgeschlossen erscheinen darf.

Die leicht und schnell in Berlin sich Menschenansammlungen bilden, konnte Mittwochabend gegen 8 Uhr am Maybachufer an der Rotbuser Brücke beobachtet werden. Dort hatten Schaulustler sich zusammengetan und besichtigten sich mit langen Stöcken. Als der Un-

zug zu hint wurde, mischten sich Erwachsene zwischen die Kampfahne und suchten Frieden zu stiften. Dabei sammelten sich immer mehr Leute an, die wissen wollten, was los war und im Ru waren gegen hundert Menschen auf einem Haufen. Ein Schuhmann war auch bald zur Stelle, der sich aber wenigstens erst genau nach der Ursache erkundigte, anstatt die Leute anzuführen, wie man das so oft beobachten kann. Inzwischen waren die streitenden und hauernden Jungen zur Majorität gebracht worden. Der stärkste Uebelthäter hatte von einem Arbeiter ein paar hinter die Ohren getriefft und bald war die Ansammlung wieder beseitigt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hatte am Mittwoch einen „großen Tag“. Zwar ließ die Tagesordnung, auf der nur Vorlagen von nicht allzu großer Bedeutung und Petitionen standen, das nicht vermuten, aber den Fraktionen war am Dienstag die Mitteilung zugegangen, daß die Liberalen in Verbindung mit der Vereinigten allen Fraktionen eine Interpellation einzureichen beabsichtigten, die sich mit Vorgängen im verflochtenen Wahlkampf beschäftigte. Die Interpellation, die sich gegen ein Flugblatt der Nationalliberalen richtete, welches u. a. von den Stadtverordneten Liepmann, Weise und Marzahn unterzeichnet war, hatte folgenden Wortlaut:

Im Laufe der letzten Wochen sind in Charlottenburg Aufrufe verbreitet worden, welche die Finanzlage unserer Stadt unter Heranziehung von Zahlen als gefährdet darstellen.

Da diese Aufrufe u. a. die Unterjochung dreier zurzeit amtierender Stadtverordneten tragen, können sie Beunruhigung zum Nachteil des städtischen Ansehens hervorrufen.

Wir fragen deshalb den Magistrat an, ob er bereit ist, eine Aufklärung über die Finanzlage zu geben.

Selbstverständlich war der Magistrat dazu bereit. Der Rämmerer Scholz wies an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials nach, daß das nationalliberale Flugblatt, worin es so dargestellt ist, als ob die Finanzlage der Stadt demnachst zu einer Katastrophe führen müsse, so ziemlich in allen Punkten unrichtige Angaben enthalte, daß es Gemeinden mit ganz anderen Verhältnissen zum Vergleich herangezogen habe. Er schilderte die Finanzlage der Stadt, die zu irgendwelchen Befürchtungen auch nicht den geringsten Anlaß bietet und richtete unter lebhaftem Beifall der Liberalen an die Versammlung das Ersuchen, sich in Zukunft attentkundiges Material vom Magistrat geben zu lassen, bevor derartige Veröffentlichungen erscheinen.

Stadtv. Meyer (liberal) zog in scharfer Weise gegen den Vorredner zu Felde, warf ihm bewußte Unehrlichkeit vor und erklärte, daß das Flugblatt nur auf die Urteilslosigkeit gewisser Kreise spekuliere.

Stadtv. Hirsch (Soz.) gab dem Stadtverordneten Liepmann insofern Recht, als die selbständige Kritik nicht beschränkt werden dürfe; ja man dürfe sogar keinem Stadtverordneten es verwehren, sich nach Kräften zu blamieren. Seine Freunde seien für die Besprechung der Interpellation, nicht etwa, weil sie das für besonders notwendig hielten, sondern weil sie Interesse an den Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien hätten, die heute wild aufeinander losstürzen, weil die eine im Wahlkampf mit offenem Biss hervorgetreten sei, während die andere ihr Programm verstoßen habe, die aber morgen bereits wieder geschlossen gegen die Sozialdemokratie Front machen. Was solle daraus werden, wenn man alle Wahlflugblätter zum Gegenstand von Interpellationen machen wollte? Niemand werde bekanntlich soviel gelogen als wie im Wahlkampf. Redner zitiert zum Beweis dafür Stellen aus Flugblättern, die die Interpellanten unterschrieben haben, und in denen den Wählern Versprechungen gemacht werden, deren Erfüllung schon auf Grund der Stillschließung ausgeschlossen ist. Was speziell das zur Debatte stehende Flugblatt betreffe, so habe es wohl kein vernünftiger Mensch ernst genommen, es sei ja auch nur an die Wähler erster und zweiter Abteilung versandt. (Heiterkeit.) Wenn Herr Liepmann seine Vorwürfe machen wollte, um keine Anhänger zu verlieren, dann solle er doch lieber den umgekehrten Weg einschlagen und es ebenso machen wie die liberale Fraktion, die dem einen Wähler dies, dem anderen das Gegenteil verspricht, und so alle einfängt. (Unruhe und Heiterkeit.) Auf die Zahlen des Flugblattes wolle er nach den Darlegungen des Rämmerers nicht mehr eingehen. Nur darauf wolle er hinweisen, daß die Angaben über die Kosten der Armenverwaltung zwar an sich richtig seien, aber die Verfasser des Flugblattes hätten ganz vergessen, daß gerade ihre Freunde es sind, die durch Nichtbefolgung ihrer sozialen Pflichten das Anwachsen des Armenstandes veranlassen hätten. Im übrigen brauche man die Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien nicht allzu tragisch zu nehmen. Ganz die gleiche Auseinandersetzung habe vor zwei Jahren stattgefunden; damals sei der Stadtverordnete Lande wegen Veröffentlichung unrichtiger Zahlen von den Liberalen abgeschlachtet worden, und heute beteilige sich derselbe Herr Lande an dem Bestreben gegen seinen Freund Liepmann, da er inzwischen Anschluß bei den Liberalen gefunden habe. Wenn sich im nächsten Jahre das gleiche Schauspiel ereignet, dann werde vielleicht der heute so scharf angegriffene Herr Liepmann zu den Unterzeichnern der Interpellation gehören. (Große Heiterkeit.)

Die weitere Besprechung der Interpellation gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Liberalen Dr. Frenzel, der sich gekränkt fühlte, daß unser Fraktionsredner den Liberalen den Vorwurf der Verschleierung ihres Programms gemacht hatte, und unserem Genossen Oetich, der den Beweis für seine Behauptung erbringen wollte, aber von dem Vorsteher daran gehindert wurde.

Von den Petitionen, mit denen sich die Versammlung beschäftigte, verdient besonders hervorgehoben zu werden, die Interpellation des Allgemeinen Deutschen Gärtnereivereins, Ortsverwaltung Charlottenburg, die darum bittet, daß a) auf Grund der Gewerbeordnung § 120 die in der Erwerbsgärtnerei tätigen Lehrlinge und Arbeiter unter 18 Jahren zur Fortbildungsschule herangezogen werden; b) auf das Arbeitspersonal der Erwerbsgärtnerei das Krankenderversicherungsgesetz angewendet und c) dem Arbeitspersonal in der Erwerbsgärtnerei das Recht eingeräumt wird, an den vorkommenden Gewerbegerichtsbesitzungen als Wähler aktiv und passiv teilzunehmen. Im Gegensatz zu dem Petitionsausfluß, der angeblich mit Rücksicht auf die gesetzliche Bestimmungen Uebergang zur Tagesordnung beantragte, beantragte Genosse Dr. Borchardt namens der sozialdemokratischen Fraktion die Petition in allen ihren Punkten dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Obwohl Genosse Dr. Borchardt überzeugend nachwies, daß der neue Rechtsboden für die Erwerbsgärtnerei, der durch die letzte Novelle zur Gewerbeordnung geschaffen ist, die Berücksichtigung der Wünsche der Petenten in vollem Umfange zuläßt, beschloß die Mehrheit doch Uebergang zur Tagesordnung.

Eine Petition von Vertretern der Interessenten am Kaiserdomm, die eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch unseren Genossen Ried dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen.

Außerdem erzielte die Versammlung noch einige kleine Vorlagen. Alle anderen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt.

### Rixdorf.

#### Ersttag!

Als bei den vorletzten Stadtverordnetenwahlen unsere Genossen durch ihren Sieg im Südbezirk zu der zweiten Abteilung den sattsam bekannten Herrn Rasmig hinauswählten, wurde er als Kandidat der ersten Abteilung den Wählern präsentiert und gewählt. Trotzdem auch diesmal selbst aus den Reihen der Grundbesitzervereine gegen diese Kandidatur Einspruch erhoben wurde und man sogar deutliche Andeutungen über die Art der Aufführung des Firmenträgers des Wahlrechtträgers machte, die seinen Fähigkeiten kein günstiges Zeugnis ausstellten, erklärte ihn die Mehrheit der ersten Abteilung doch aufs neue zu ihrem Vertreter.

Der andere typische Vertreter der ersten Abteilung wird durch Herrn Veltz repräsentiert. Selbst die Mitglieder der bürgerlichen Vereine, die, wie die Wahl beweisen hat, manches zu schanden gewohnt sind, ließen Herrn Veltz in der zweiten Abteilung glatt durchfallen. Seine vielfach komisch wirkende Haltung bei wichtigen Fragen im Stadtparlament, die dem Willehen der gesamten bürgerlichen Stadtvertretung mehr geschadet als genützt hat, „Aeußerungen dieses Herrn dürften längst nicht mehr Ernst genommen werden“, „Seine durchsich rückschrittliche Bestimmung auf allen Gebieten, besonders auf sozialem Gebiet“, mochten es — nach der Meinung der Mitglieder der Kommunalvereine des Nord- und Westbezirks unmöglich, von diesen als Vertreter der zweiten Abteilung gewählt zu werden. Selbst diese Herren, die noch für den Wahlrechtsraub sind, ließen ihn bei der Wahl durchfallen.

Diese geschilderten Eigenschaften qualifizierten jedoch den braven Bürger Veltz dazu, im Rathaus die Wähler der ersten Klasse zu vertreten. Flugs trat ein anderer Kandidat zurück zugunsten des Herrn Veltz nach dessen Durchfall in der zweiten Abteilung — nur damit diese Säule der Rixdorfer Verwaltung nicht verloren geht.

Die Eigenschaften des Bewählten gestatten einen Rückschluß auf die Wähler.

Ein gefährlicher Feuersbrand, der leicht großen Umfang hätte annehmen können, brach gestern in der 8. Morgenrunde auf dem Grundstück Jägerstr. 19 aus. Dort befinden sich die Kupferfabrik von Brunko, eine große Möbelfabrik, eine Kunstvollfabrik und andere Betriebe mehr. Bei Brunko entstand nun auch noch ein ungeklärter Ursache ein Feuer. Die Rixdorfer Feuerwehr rückte gleich in ganzer Stärke mit Dampfsprige, Magirusleiter usw. aus. Sie hatte schwere Arbeit, weil alle Räume schon stark verqualmt waren. Da mit Wasser nichts zu erreichen war, so schütteten die Wehrleute Sand in das Feuer, drangen dann in die Räume ein und warfen die schmelzenden und qualmenden Sachen hinaus. So gelang es mit großer Mühe, den Brand, der viele fertige Federn und Rohmaterial vernichtete, auf seinen Herd zu beschränken. Die Aufräumungsarbeiten dauerten dann noch 2 1/2 Stunden.

Ein Launfall ereignete sich gestern vormittag in der Leipziger Straße auf dem Neubau des Rixdorfer Elektrizitätswerkes, der zu Gerüchten von einem großen, folgenschweren Unglück, bei dem mehrere Arbeiter ums Leben gekommen seien, Veranlassung gab. Auf Grund der von uns an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen können wir feststellen, daß sich die Gerüchte zum Glück insofern nicht bewahrheiten, als bis auf einen Arbeiter, der innere Verletzungen davongetragen hat und nach dem Krankenhaus geschafft wurde, die übrigen Mitbetroffenen teils mit leichten Hautabschürfungen, teils mit dem Schreck davonkommen sind. Das Unglück ereignete sich in der Weise, daß eine Betonbühne einstürzte und die dort beschäftigten Arbeiter mit hinunterfiel. Die Baukommission sowie die Wappolizei haben die Unfallstelle besichtigt und den Tatbestand festgestellt.

Ob die Sicherheitsmaßregeln nicht genügend beachtet waren, oder ob ein unabwendbares Ereignis vorliegt, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

### Bris.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Herstellung von Kanalisationsleitungen in der Junginsstraße zwischen Hannemanns- und Franz-Möller-Straße wurden 20 000 M. bewilligt. Alsdann wurde der Erlaß einer neuen Freibankordnung vom Vorsitzenden bekannt gegeben. Herr Neumann wünschte mit Rücksicht auf einen schnelleren Verkauf des Fleisches die Freibank mehr nach der Rixdorfer Grenze verlegt. Es wurde der Erlaß genehmigt und die Kommission um geeignete Vorschläge ersucht. Annahme fand auch der Erlaß einer neuen Biersteuerordnung. Vom Inkrafttreten bis zum 1. Oktober 1915 soll für das Destillat Dänabier bis 65 Pf., nachdem 30 Pf. erhoben werden. Der Erlaß einer neuen Umschsteuer wurde ebenfalls genehmigt. Hiernach sollen Verkäufer und Verkäufer gleichmäßig belastet werden. Eine einmalige Übergabe für die Kriegsveteranen, welche mindestens ein Jahr in Briv wohnen und nicht mit Zuschuß bestraft sind, soll laut Beschluß der Vertretung bei einem Einkommen bis 600 M. 85 M., bis 800 M. 80 M., bis 1200 M. 25 M. und bis 1500 M. 20 M. betragen. Ferner wurde für die Beitragslosen vom 1. April 1911 ab eine erhöhte Mietentfaltung bewilligt. Der Etat wird hierdurch um eine Mehrausgabe von 353,14 M. erhöht. Der Gehalt des Betriebsfonds der Gemeindefolge von 44 000 auf 64 000 M. wurde zugestimmt. Alsdann wurde bekannt gegeben, daß die Firma Nibel, Mariendorf, hier selbst auf einem Gelände von 32 Morgen eine chemische Fabrik errichten will, welches mit niedrigen Gebäuden besetzt werden soll. Gedacht ist die Straße am Hofen mit Verbindung der Mittewalder Bahn. Es sollen hier 800 Arbeiter mit wohnlicher Wohnung und 200 mit nomadischer Wohnung, in Summa 850 Personen beschäftigt werden. Ferner hat die Gemeinde eine Anleihe von 850 000 M. zu 4 Proz. Zinsfuß aufzunehmen. Das Mathesche Grundstück ist durch Zwangsenteignungsverfahren von der Gemeinde erworben.

### Lichtenberg.

Stadtverordnetenwahl. Am 14. November haben die Wähler der dritten Abteilung des 13. Bezirks eine Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Franke vorzunehmen. Nichts desto weniger die Grundbesitzervereine auch diesmal wieder einen Kandidaten durchzubringen, der mit ihnen am Stränge der Sonderinteressen zieht. Dafür bezahlen die Substituieren ja auch die Wähler. In den letzten Versammlungen der Hausbesitzervereine wurden für die städtisch im 14. Bezirk vorgenommene Ersatzwahl je 40 und 80 M. Wahlkosten bewilligt! Dafür verlangt man selbstverständlich Gegenleistungen. Diesmal muß aber das einzige Mandat, das die Grundbesitzerspekulanten von der dritten Abteilung bisher noch im Besitz hat, von der Sozialdemokratie erobert werden. Wie notwendig das ist, dafür liegen gerade jetzt wieder zwei charakteristische Fälle vor. Aus Sonderinteressen verhindern die Grundbesitzerspekulanten eine Vereinigung mit Rummelsburg; was vom Standpunkte des Allgemeininteresses aber noch viel wichtiger ist: dieselben Leute verhindern auch den Erwerb eines großen Terrains, das der Gemeinde es ermöglichen könnte, billige Arbeiterwohnungen zu erbauen. Das darf natürlich nicht geschehen, die Hochhaltung der Wohnungsmieten und Grundstückspreise ist ja die Hauptlorge der Interessenten. Wegen diese Wirtschaft muß entschieden protestiert werden. Das geschieht am besten durch zahlreiche Wahlbeteiligung und Stimmabgabe für unseren Kandidaten, Genossen Eilag. Genossen, sorgt dafür, daß kein Mann der Wählerne fernbleibt und sorgt auch für starken Besuch der am Sonntag mittags 12 Uhr bei Scheider, Gubrunstr. 1, stattfindenden Versammlung.

Zum 18. Bezirk gehören folgende Straßen: Erzählungshaus, Frankfurter Chaussee 88-99, Frenschstraße und Flag, Gernotstraße, Gubrunstraße, Guntterstraße, Gogenstraße, Gubertusstraße, Kriemhildstraße, Siegfriedstraße, Volker- und Wotanstraße.

**Pankow.**

Ueber die bevorstehende Gewerbegerichtswahl referierte Genosse Hartmann am Montag in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung bei Koczki. Nach dem mit Verfall aufgenommenen Vortrage erstattete Genosse Hilfe den Bericht der letzten zwei Jahre.

Es wurden im Jahre 1900 234 Klagen anhängig gemacht, davon 3 von Arbeitgebern, 261 von Arbeitnehmern. Sitzungen fanden 33 statt, davon 8 mit Verfall. Durch Vergleich wurden erledigt 69, durch Zurücknahme 41, Anerkenntnis 8, Versäumnisurteil 59, andere Endurteile 46, durch Nichterscheinen der Parteien 17, unerledigt 24 Klagen. In dem durch Endurteil erledigten Klagen erfolgte Verurteilung nach dem Klageantrage in 22 Fällen, teilweise Verurteilung in 6, Klageabweisung in 18 Fällen. Von sämtlichen Klagen entfielen auf das Baugewerbe allein 135 Klagen. In der lebhaften Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten sowie dem Bericht des Genossen Hilfe allseitig zugestimmt. Bedauert wurde, daß viele Parteigenossen, welche als Arbeitgeber in Betracht kamen, sich nicht in die Wahlliste haben eintragen lassen.

Als Kandidaten der Arbeitgeber wurden die Genossen Georg Fischer, Otto Rihmann und Johannes Girsmeier; und als Kandidaten der Arbeitnehmer die Genossen Karl Völler, Suger; Max Steeger, Zimmerer; Artur Neumann, Brauer, nominiert.

Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten, und dem Hinweis an die Versammelten, bei der am 15. November stattfindenden Wahl ihre Schuldigkeit zu tun, damit unsere Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Röpenitz.**

Bei den Stadtverordnetenwahlen für die zweite Abteilung, die am Donnerstag stattfanden, wurde in dem einen Bezirk der bürgerliche Kandidat Lucht gewählt, während in dem anderen Bezirk zwischen den bürgerlichen Kandidaten Kohrbeck und Rogge und unseren Genossen Lietzke und Rinkel Stichwahl stattfand. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent der eingetragenen Wähler. Der Stimmzettel der Sozialdemokratie begiffert sich auf rund 100. In der Wahl für die erste Abteilung, an der sich unsere Genossen zum erstenmal beteiligten, wurden für die Sozialdemokratie neun Stimmen abgegeben.

**Jugendveranstaltungen.**

**Schönberg.** Heute abend Punkt 8 1/2 Uhr, bei Großer, Martin-Luther-Strasse 50, dritter Vortrag über „Einführung in die moderne Gesellschaftslehre“.

**Lichtenberg-Friedrichsfelde.** Am Sonnabend, den 12. d. M., veranstaltet der Jugendauschuss in Franz Dubes Festsaal in Friedrichsfelde, Bringenallee 30, einen Neuenabend. Die Festsprache hat Herr Wilhelm Dolgner-Dremsen übernommen, die Regitationen Herr W. H. Durr. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 10 Pf.

**Aus aller Welt.**

**Das Hochwasser.**

Die Mosel ist in der letzten Nacht um 53 Zentimeter gestiegen. Die Moselleisenbahn Trier-Bullay mußte bei Adel den Betrieb unterbrechen, da das Wasser die Gleise überflutete. Bei Weilm in der Eifel drang das Hochwasser in die Neubauanlage der Bahn ein und zerstörte sie teilweise. Ein Dampfer wurde vom Wasser umgeworfen, wobei Wagen und Lokomotive schwer beschädigt wurden. Auch das Hochwasser des Rheins ist weiter im Steigen begriffen. Bei Mannheim ist der Rhein in der letzten Nacht von 4,42 Meter auf 5,54 Meter gestiegen. Der Wasserstand des Neckars stieg bei Mannheim in den letzten 24 Stunden von 4,44 auf 6,08 Meter.

**Schwere Explosion auf einem Schießplatze.**

In den letzten Tagen wurden auf dem Schießplatze in Brackhae in Holland Schießversuche mit einer neuen Granate vorgenommen. Eines dieser Geschosse, das abgefeuert worden aber nicht explodiert war, wurde am Mittwoch ausgegraben, um in Gegenwart eines Ingenieurs der Firma, die die Granaten geliefert hatte, geöffnet zu werden. Diese Operation erfolgte in Gegenwart eines Artillerieunteroffiziers, eines Artilleristen und dreier Arbeiter in einem Schuppen. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Explosion. Der Schuppen wurde vollständig zerstört und eine Mauer eines von einem Beamten bewohnten anstößenden Hauses eingedrückt. Soldaten eilten sofort zu der Unfallstelle und entdeckten vier Leichen, nämlich die der drei Arbeiter sowie die des Artilleristen. Die Leichen waren furchtbar verstümmelt. Schwere Verletzungen wurden außerdem die Gattin und das fünfjährige Kind des erwähnten Beamten, dessen Wohnung teilweise eingestürzt ist. Ihre Verletzungen sind so schwer, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Auch ein Oberst und ein Leutnant sind durch Granatsplitter leichter verletzt worden. Die explodierte Granate hatte ein Gewicht von 200 Kilogramm. Sechsteile sind 200 Meter weit in den Wald geschleudert worden. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, auf welche Ursachen die Explosion zurückzuführen ist.

**Wenn Schnitzleute schießen.**

In der vergangenen Nacht wurde ein Kriminalschußmann zur Schlichtung eines Wirtshausstreites in Oberhausen (Rheinland) herbeigerufen. Als er mit dem Messer bedroht wurde, gab er drei Schüsse ab. Von diesen traf einer versehentlich den ihm zu Hilfe eilenden Anstreicher Obermann in den Kopf; Obermann war sofort tot. Die beiden anderen Schüsse des Beamten trafen den Arbeiter Busch, der das Messer gezogen hatte, in den Kopf; er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

**Eine furchtbare Familientragödie**

hat sich in vergangener Nacht in Dresden, Medwigstraße 8, abgespielt. Die Kellerkellnerin A. Huber, die einen 14jährigen unehelichen Knaben besch, hatte diesen fortgesetzt heftig mißhandelt, daß von den Hausbewohnern Anzeige erstattet worden war. Als Mittwoch nachmittag eine Dame des Fürstengemüts bei der Huber revidierte und ihr heftige Vorwürfe machte, erariff die Plattenmutter, nachdem sich die Dame entfernt hatte, den Revolver ihres Mannes und tötete den Knaben durch einen Schuß in den Mund, während sie sich selbst eine Kugel in die Stirn jagte. Erst nachts, nachdem der Keller in seine Wohnung zurückgekehrt war, wurden Mutter und Kind in ihrem Blute schwimmend aufgefunden. Der Knabe war tot, die Frau atmete noch, doch ist ihr Zustand hoffnungslos.

**Der Vork als Gärtner.**

Der Inspektor Willhof des „Rettings“ Hauses Gelsdorf in Rositz ist flüchtig geworden. Sein plötzliches Verschwinden wurde veranlaßt durch eine Strafanzeige, die gegen ihn wegen fittischer Verfehlungen erstattet wurde. Der Inspektor wird beschuldigt, sich an verschiedenen Knaben, die in der Anstalt untergebracht sind, schwer vergangen zu haben. Willhof ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

**Kleine Notizen.**

Auf der Feste Mont Genis bei Herne wurden zwei Säuer von plötzlich niedergebenden Gesteinsmassen verschüttet. Einer der Verschütteten, Vater von vier Kindern, konnte nur als Leiche geborgen werden. Sein Kamerad erlitt schwere Verletzungen.

**Attentat auf einen Arbeiterzug.** Auf einen Arbeiterzug, der zwischen Forzheim und Wühlader verkehrte, wurde während der Fahrt ein scharfer Schuß abgegeben. Ein Goldarbeiter wurde dadurch am Hinterkopfe schwer verletzt, ein zweiter Arbeiter ist leichter verletzt worden.

Der Färbemaster „Preußen“ liegt noch immer auf den Klippen bei Dover. Der Teil der Besatzung, der am Dienstag an Land gegangen war, hat sich wieder an Bord begeben.

Ein heftiger Sturm tobte am Donnerstag in Genua und Civitavecchia in Italien. An den Häusern wurden mehrfache Beschädigungen angerichtet. Während des Sturmes wurde ein Segelschiff so heftig gegen das Ufer geschleudert, daß es scheiterte. Der Kapitän und drei Mann der Besatzung sind dabei ertrunken.

Durch schon gewordene Pferde wurde ein Postwagen in der Nähe von Suevas in Spanien gegen eine Mauer geschleudert. Vier Reisende wurden getötet und neun verwundet.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 6. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine feudale Suite. — Der französische Arbeiterstreik und die politische Krise. Von H. Rappoport-Paris. — Verliehen nach der Revolution. Von K. K. K. — Kabbod. Zum zweiten Jahrestag der Katastrophen. Von H. K. K. — Der Kampf um den deutschen Sozialismus. Von Gustav Becker-Berlin. III. — Zeitgeschichten. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern siehe jederzeit zur Verfügung.

**Kautischer Marktbericht der Rübischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Preise für Schweinefleisch ungleich, sonst unverändert. Eil: Zufuhr reichlich, Gemüß lebhaft, Preise unverändert. Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise beständig. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise weiter ungleich. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise fast unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft andauernd still, Blumenkohl unverkäuflich, Preise nachgebend.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Deutschen Wetterbureau.

Wasserstand	am 9.11.	seit 9.11.	Wasserstand	am 9.11.	seit 9.11.
Remel, Mühl	145	+6	Saale, Großsch	191	+36
Bregel, Zisterburg	31	-2	Dabel, Spandau	80	0
Beltsch, Tross	34	0	Ratzenow	68	0
Ober, Ratibor	205	-72	Spre, Ewerndberg	84	0
• Krossen	134	+6	• Bredlow	140	-4
• Frankfurt	144	0	• Wenden	83	+65
• Warte, Schrumm	12	0	• Wenden	70	-14
• Landsberg	-6	-2	Rhein, Ruywiltshaus	503	-20
• Rega, Bergamm	-4	-2	• Ruywiltshaus	316	+5
• Elbe, Leinmerz	116	+5	• Ruywiltshaus	437	+36
• Dresden	-4	+12	• Ruywiltshaus	195	+75
• Barba	195	+7	Rain, Berthelm	258	-14
• Magdeburg	164	+16	Rosel, Trier	414	+21

\*) + bedeutet Hoch, — Fall. \*) Unterpostel.

Nach telegraphischer Meldung ist die Oder bei Ratibor bis heute um 7 Uhr früh auf 347 cm gefallen. Ihren höchsten Wasserstand betrug erreicht sie zwischen gestern abend um 9 Uhr und heute früh um 1 Uhr mit 450 cm.

Oberrhein, Neckar und Mosel haben Hochwasser, am meisten die Mosel, die heute morgen zwischen 7 und 8 Uhr am Vogel Trier auf 574 cm stieg und das Mittelhochwasser von 1896 bis 1905 um 134 cm, die Ausdehnungshöhe um 225 cm überschritten hat, wovon sie aber noch um mehr als 2/4 m unter dem höchsten bekannten eisfreien Wasserstande war.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Gärtner Viertel.  
Bezirk 162.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Jagd-  
führer  
**Alfred Faustmann**  
Waldemarstraße 49  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 11. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Nachhofes,  
Hermannstraße, aus statt.  
Der Vorstand

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Reichs-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.

Sämtliche Touren am Son-  
ntag, den 13. November, fallen  
wegen der Gewerbegerichts-  
wahl aus.

Die Genossen werden  
dringend ersucht, sich mit dem  
Nabe am 13. früh 8 Uhr, im  
Gewerkschaftshause, Engel-  
ufer 15, einzufinden.

3. Abt.: Heute abend 8 1/2 Uhr,  
findet eine außerordentliche Ab-  
teilungsversammlung (Saal 11), im Gewer-  
schaftshause, Engelufer 15 statt.

Achtung! Achtung!  
Bühning, den 16. November 1910,  
im großen Saale der Neuen Welt:

**Lichtbilder-Vortrag,  
kinematogr. Vorstellung.**

Gratis-Vorstellung  
einer Nähmaschine (35 M.)  
und Tanz.

Programm heute abend am  
18. d. M. im „Vorwärts“.

**Berein Lichtenberg: Jugendabtl.:**  
8 1/2 Uhr, Männerabtl.: 1 Uhr;  
Hüderstraße (Röppen). Start: Plarr-  
straße 74. 12/19

Achtung! H. Bezirk. Mittwoch,  
den 16. Nov. (Bühning): Konstitutions-  
feier nach Heroldsberg d. Königswalder-  
bauern. Treffpunkt dortselbst 9 Uhr,  
im Saale von Anort.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Die Bezirksleitung.

**JOSETTI JUNO**  
Cigaretten sind unter allen 2 Pfg. Marken  
ein besonderer Typ.  
Sie sind es deswegen, weil ihre Qualitäten ganz aus  
dem Rahmen der meisten Durchschnitts-Fabrikate fallen,  
die sie in allen Eigenschaften erstklassiger Cigaretten  
weit überragen.  
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
nicht am Sonntag 10-12, 2-4

**Arbeiter-Notizkalender**  
1911  
gelangt soeben zur Ausgabe.  
Reichhaltiger Inhalt.  
Preis 50 Pf.

**Expedition des „Vorwärts“**  
247/4\* Lindenstr. 69.

**Ohne jede Anzahlung**  
erklassiges Fabrikat  
(9mal prämiert Staats-  
medaille) in allen Holz-  
und Seilarten von  
wunderbarer Tonfülle.  
**Pianos**  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisanschlag.  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

**„Silesia-Bad“**  
1124\* Schlesische Str. 31  
Alle Arten medizinische Bäder.  
Lieferant aller Kassen.

**Betrifft Herren**  
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen.  
Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrenanzüge: Ge-  
legenheitskleider in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese  
Stücke sind zum Teil aus feinsten Materialien gefertigt (mit Steppfutter,  
auch auf Seide gefüttert), für jeden Herrn passend am Lager, u. a. r.  
Serie I Serie II Serie III Serie IV  
**Winterpaletots 10.-14.-18.-22.- etc.**  
**Ulster engl. Farben 12.-16.-20.-24.-**  
**Jackett-Anzüge 11.-15.-18.-24.-**  
**Gehrock-Anzüge 18.-22.-27.-32.-**  
Joppen von M. 6.- an Hochzeitsanzüge, Übergangspaletots, Solo-  
kleider, Gummimäntel etc. sehr preiswert  
Verteilung von Gesellschafts-Anzügen.  
**Abonnements-Haus Jägerstr. 11** 6. u. h. R.  
im Laden  
zwischen Friedrich- und Kanonenstraße  
Versand- und Abonnements-Abteilung, Spentag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**  
**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie  
direkt Engrospreisen  
in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
Korn-Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur  
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

Gegründet 1873.  
**Hut-Salinger**  
Engros-Haus  
für Neuheiten in Filz-  
hüten, Zylinderhüten,  
Chapeaux claque.  
Neu aufgenommen: Fabrik-Lager moderner  
**Pelzwaren**  
Einzelverkauf zu sehr billigen, streng festen Preisen.  
Jetzt Lindenstr. 1, 1 Treppe, an der Neuen Königsstraße.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 11. November.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Richard Wagner.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der Krampus.  
Deutsches. Faust.  
Nammerspiele. Die Komödie der Irrungen. Die Heirat wider Willen. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.

Zeffing. Nora.  
Berliner. Der scharfe Junker.  
Trianon. Der heilige Hain.  
Neues. Kean.  
Romische Oper. Der Arzt wider Willen.  
Residenz. Noblesse oblige.  
Neues Schauspielhaus. Wenn dem, der lügt.  
Kleines. Die verfluchten Frauenzimmer. Erster Akt.  
Thalia. Polnische Wirtschaft.  
Schiller O. Schiller - Theater.  
Das Urbild des Tartuff.  
Schiller Charlottenburg. Prinz Friedrich von Homburg.  
Friedrich - Wilhelmstädtisches. Die Räuber.  
Wetten. Die schönste Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.  
Kaufspielhaus. Der Goldherrnhügel.  
Luisen. Am grünen Weg.  
Volksoper. Wilhelm Tell. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Modernes. Der Doppelgänger.  
Herrfeld. Eine verlorene Nacht.  
Der Derbysieger.  
Knie. Die Räuber.  
Folies Caprice. Der Feldwebelhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Metropol. Hurra - Wir leben noch!  
Kasino. Der schneidige Rudolf.  
Apollo. Spezialitäten.  
Vauvage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Zausouci. Ad. die Kerls!  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Urania. Tanzvorstellung 18/19.  
Abends 8 Uhr: Hund im Käse.  
Im Herbst 6 Uhr: Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.  
Sternwart. Arnoldstr. 57-62.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Schenckel, 3. Vorstellung: Nora.  
Sonntag 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der scharfe Junker.  
Morgen 7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
Der neue Kompanon.

**Neues Theater.**  
Täglich:  
Gastspiel Ferdinand Bonn.  
**Kean.**  
Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens.**  
Anfang 8 Uhr.  
Die schönste Frau.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

**Modernes Theater**  
(früher Hebbeltheater).  
Heute und täglich 8 Uhr:  
Die beste der Frauen.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Noblesse oblige.  
Schwan in 3 Akten von Demmequin und Weber.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Feldherrnhügel.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Freitag, den 11. Nov., abends 8 Uhr:  
Die Räuber.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Arienbilds Nacht. 8 Uhr: Krieg im Frieden.  
Sonntag 3 Uhr: Klippen und Rode. 8 Uhr: Die Räuber.  
Montag: Die Räuber.  
Luisen-Theater.  
Premiere:  
Am grünen Weg.  
Ein Berliner Volksstück in 4 Akten von Heinrich Re.  
Sonntag nachm. 4 Uhr große Kinderdarstellung: Frau Holle.  
Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. 8 Uhr: Berlin geht zu Bett.  
Montag: Der Hüttenbesitzer.  
Berliner Volksoper  
Wille-Wallacestr. 7/8.  
1/2 Uhr: Tell.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Das Urbild des Tartuff.  
Lustspiel in 5 Aufzügen v. R. Gutzkow.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Dummkopf.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Die Ehre.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Robert und Bertram.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 9 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Egmont.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Liebe wacht.

**LICHT-SPIELE**  
Mozartsaal - Nollendorflplatz  
Premiere.  
DAUERVORSTELLUNG 6-11 UHR.

Morgen, Sonnabend,  
7 Uhr:  
**Eröffnung**  
des  
**Excelsior**  
Lichtspielhaus  
Rixdorf, Passage, Bergstr.

**CLOU**  
Mauerstr. 82 - Zimmerstr. 90/91  
Berliner Konzerthaus  
Täglich 8 Uhr:  
Gastspiel v. Mitgl. d. Mailänder Scala-Orchesters  
66 Künstler. Dirig.: Egisto Tango 10 Sollenen.  
An allen Wochentagen nachm.: Großes Promenaden-Frei-Konzert.

**Rollschuhbahn**  
Kurfürstendamm 151  
Sonntag, den 12. November  
Gesellschafts-Abend.  
Elite-Programm. Beginn 8 Uhr.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Professor Dr. Ph. Bockenhaimer:  
Erinnerungen an meine Reise „Rund um Asien“ im Jahre 1908.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Die Räuber.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Rotlappchen. 8 Uhr: Rich Reuter.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Verlobung der Frauen. Abends 8 Uhr: Die Räuber.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr:  
10 neue Attraktionen 10  
Gaston Colonel Bordeverry,  
der beste Kunstschütze der Welt.  
Walter Steiner, Humorist.  
10 Uhr:  
Mizzi Wirth  
in ihrem Operetten-Scetch  
Frauenrätsel.  
Metropol-Theater.  
Hurra!  
Wir leben noch!  
Große Ausstattungsszene in 7 Bildern  
v. B. Freund. Musik v. B. Holländer.  
In Szene gesetzt von Dr. H. Schütz.  
Anfang 8 Uhr. Nachher gestaffelt.

**WINTERGARTEN**  
Das November-Programm  
ein großer Erfolg!  
Jdette Brémonval  
Etoile Parisienne  
Herlein Lafory  
amerik. Säng. v. d. gr. Op. Paris.  
„General“ Edward La Vine  
der alte Haudegen, sowie  
elf glänzende Attraktionen.

**Theater Sanssouci.**  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
8 1/2 Uhr:  
Die hervorragenden  
November-Attraktionen.  
9 1/2 Uhr:  
Ach die Kerls!!  
Berliner Posse. Musik v. Gindshofer  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Familien-  
vorstellung, halbe Preise.

**B. A. M. Bosphorus**  
am Moritzplatz.  
Täglich: Variete-Konzert.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**  
Sonntag, den 13. November 1910:  
**STIFTUNGSFEST**  
in den Lokalen  
Kellers Festsälen, Koppenstraße 29,  
unter Mitwirkung des „Berliner Uik-Trio“, des Gesangsvereins „Liberté“  
und Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“,  
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15,  
unter Mitwirkung des „Berliner Humor-Quartetts“, des Männerchors  
„Vorwärts“ und Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“.  
:: Billetts a 25 Pf. :: In beiden Lokalen **Konzert und Tanz.** | Kasseneröffnung 3 Uhr.  
an der Kasse 30 Pf. | Lokalen **Konzert und Tanz.** | :: Anfang 5 Uhr. ::

**Tischler-Verein zu Berlin E. H. 89.**  
Sonnabend, den 12. November,  
in Kellers Festsälen, Hasenheide 19/15 (gr. Saal):  
**39. Stiftungsfest**  
Konzert, Soiree der Schmidt-Engelmann-Sänger u. Ball.  
Eintritt 30 Pf. 190/8  
Freunde und Gönner des Vereins ladet ein **Der Vorstand.**

**Zirkus A. Schumann.**  
Freitag, den 11. November,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Die große  
Ausstattungs-Pantomime  
**Der große Coup**  
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr  
**Schmuggler**  
Vorher: Das phänomenale  
Programm.  
Wachen zu Pferde, ger. von  
Hil. Dora Schumann und Herrn  
Karl Deh.

**Mirza Golem**  
persische Truppe, 12 Personen  
Hohe Schule, geritten im Herren-  
sattel Hl. Baptista.  
Mr. Alb. Pearson.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 13. November:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Schauspiel in 4 Akten von G. Östel.  
Philipp Derbly: Dir. Hans Reyl.  
Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung:

**Tanz.**  
U. T. Union-Theater

**Moritzplatz**  
Buggenhagen  
**Hasenheide**  
Unions-Brauerel

**Die beiden Treffpunkte**  
für Tausende

**Riesen-Programme**  
Eintr. 30 Pf.

**Folies Caprice.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Feldwebelhügel  
Ein Akt in Schauern  
von Hengster und Soda Soda.  
Bunter Tell.  
Hotel zur Jungfrau.  
Touristenposse von Satyr.

**Zirkus Busch.**  
Freitag, 11. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:  
Gala-Abend.  
Große Sensation erregen die toll-  
kühnen Produktionen der Adones  
Brothers am freistehenden Mast  
in Höhe von 70 Fuß  
bisher noch nie gezeigt!  
Ferner: Herr Direktor Pierre  
Althoff und Frau Althoff mit  
ihren wundervollen Freiheits-  
dressuren!  
Familie Klein, Radiaberkünstl.  
Frl. v. Dymar, Schulleitlerin.  
Um 10 Uhr zum 62. Male:  
**„VENEZIA“**  
Vorher das gr. Gala-Programm.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Das  
große Attraktions-Programm.  
**Die Glima-Kämpfe der**  
**Isländer-Truppe.**  
Adm. Nadège  
Jean Moreau  
**Les freres Riègos**  
und die anderen  
**12 Attraktionen**

**Passage-Panoptikum.**  
**Prinz Atom,**  
der kleinste Mensch aller Zeiten  
lebend!  
**Buddhas dunkles**  
**Geheimnis.**  
**Der Mann mit dem**  
**eisernen Schlund!**  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

**Casino-Theater**  
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur bis Freitag, den 25. November:  
**Der schneidige Rudolf.**  
Ab Sonntag, den 26. November:  
Das Original Berliner Volksstück  
**Julie Wippen.**  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Mutter Gräbert.

**Königsstadt-Kasino.**  
Folmarstr. 72. Ade Alexanderstr.  
Das gänzlich neue November-  
programm mit  
**Frans Sobanski.**  
Emmy Pyrette, Georg Gray, Lotta  
Lessog, Anna und Franz Verdier,  
Egon Piton, Bühnenmandlungskünstler.  
**Ein alter Flickschuster.**  
Volksstück mit Befang.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der heilige Hain.**

**Volks-Liedersaal**  
Tiergartenhof, Bahnh. Tierg.  
Wir laden:  
Freitag, den 11. November, 8 1/2 Uhr:  
**Oper und Lied!**  
Erster gemischter Abend.  
Saalplatz 50 Pf. (ros. 1 M.).  
H. Berthelm, Bote u. Bot.

**Herrnfeld**  
Theater  
Der größte Schlager der Theater-  
Saison 1910.  
Eine verlorene Nacht.  
Ein lustiger Trübsal in 2 Akten  
von Anton und Donat Herrnfeld.  
Vorher: Der Derby-Sieger.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Morgen: Jubiläumsvorstellung:  
Eine verlorene Nacht.  
Der Derby-Sieger.

**Walhalla-Theater**  
Weinbergweg 19/20. (Rosent. Tor.)  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bravo! - Da capo!**  
Eine Allerwelts-Revue  
in 5 Bildern. Mit den neuen  
November-Einlagen.

**Burgtheater-**  
Festsäle und Kinematograph  
norm. Großerjan, Judas: Rud. Merz,  
Schonhauer Allee 129. Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wech. Programm.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
„Im Mausloch.“  
Mitt. Humor. u. Witz.  
Anfang  
moherntags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

**Karl Haverland-**  
Theater. Kommandanten-  
platz, 7 1/2 u. U. Straße 77/79.  
**Candianys Sketsch**  
Italienische Nacht  
sowie die neuen Spezialitäten.  
Heute nach der Vorstellung: **Hall.**

**Wernsdorf.**  
Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.  
Meine geehrten Freunde u. Gönner  
erlaube ich mir zu dem am Freitag,  
den 16. d. M., stattfindenden  
**Eisbein- und Fischessen**  
ganz ergebenst einzuladen.  
Hochachtungsvoll Paul Schwedler.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Ausstellungshallen am Zoo** **Theater-Ausstellung**  
Berlin 1910. Geöffnet 10-8 Uhr. Eintritt 1 Mark. Täglich Konzert. Berlin 1910.  
Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Soziales.

Der Magistrat gegen Ortskrankenkassen.

Vom Statistischen Amt der Stadt Berlin ausgegebene Jähr...

Der Kassenvorstand erhob Klage mit dem Antrage, der Bez...

Der Bezirksausschuss hob die Verfügung des Magistrats auf...

Der Magistrat legte Revision ein und machte geltend, der M...

Der Vertreter der Kasse betonte demgegenüber noch, daß durc...

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung...

Aus dem Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Ausschuss beschäftigte sich in seiner Sitzung am 9. Novem...

unwirksam ist." Für den Antrag stimmten ein Kaufmann und...

Vor und nach der Sitzung wurde lebhaft von allen Mitgliedern...

Nichtbezahlte Nachtarbeit.

Der Kutscher G. hat 14 Wochen lang bei dem Fuhrherrn Wil...

Der Beklagte bestritt, daß dem Kläger eine besondere Bez...

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme gelangte das Gericht...

Das Urteil ist ein durchaus irriges. Soweit Nachtarbeit und...

Versicherungsanstalten gegen die Landflucht.

Welchen Einfluss die Agrarier sich in den so bürokratisch ver...

Unter den 99 840 Versicherten, von denen Karten 1 ff. aus...

Und wie verhält man nun die Mittel einer Landesversicherun...

Wir finden im vorliegenden Bericht folgende Rubrik:

b) zur Förderung der Sehaftmachung von Landarbeitern:

Die auf die innere Kolonisation gerichteten Bestrebungen...

Privatpersonen will die Ostpreussische Landgesellschaft E. O.

Im aber auch den einzelnen Ausbeutern unter den Agrariern...

Gerichts-Zeitung.

Einer Einverständigung zweier Tierschülerinnen

verdankt der Arbeiter Ostobski eine völlig unbegründete Anklage...

Straßenordnung gegen Streifposten.

Was er auf der Granitbahn des Bürgersteiges stand und sich...

An den Vorgängen auf dem Wedding

soil auch ein Beamter, der Gefangenenauffeher Theodor Kampf...

Wetterungsübersicht vom 10. November 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C.

Wetterprognose für Freitag, den 11. November 1910.

Kühl, vorwiegend neblig oder wolkig bei mäßigen westlichen Winden;

Berliner Wetterbureau.

Außergewöhnlich vorteilhaft für die Leser des „Vorwärts“.

Die Wunder der Urwelt

und die Entwicklungsgeschichte der Erde.

Nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen bearbeitet und herausgegeben von...

In klarer, jedermann verständlicher Sprache zieht hier die Schöpfungsgeschichte...

Der enorm billige Prämienpreis steht in keinem Verhältnis zu...

700 Seiten mit mehr als 500 Original-Illustrationen.

Das Werk wird zu dem äußerst billigen Preise von nur

3 Mark

an die Leser des „Vorwärts“ abgegeben. Der Bestellschein ist einzusenden an



Willibald Wende's Verlag, Berlin W., Lützow-Strasse 31.

Bestellschein für die Leser des „Vorwärts“. Die Wunder der Urwelt...

3. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. November vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

158104 417 159088 245 50 [5000] 515 621 23 50 [500]

160054 250 94 508 31 444 757 22 908 43 81 92 [500]
161007 153 295 481 [500] 508 782 85 [500] 162078
163032 [500] 21 70 459 533 640 892 919 164070 350

3. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. November nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

502 63 [1000] 85 628 89 [5000] 848 85 822 156026 439

500 849 704 852 841 157500 585 788 [500] 899 941
158089 298 777 847 159073 115 332 438 500 785
160001 84 198 231 394 527 42 72 690 282 161055

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlußstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Teppiche! (Fleberhalte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brenn. Dacheiser Markt 4, Bahnhofstr. (Liefer des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Arbeiterinnen für Norenstraße mit Probearbeit verlangen 1000 u. 1200. Rabn, Jerusalemstraße 44/5.

Musik. 3000 Sprechmaschinen, großer Gelegenheitsfall, Etich 5.00 bis 30.00. Radom, Weinmeisterstraße 14, Rosenfelderstraße 48, Andreasstraße 28, Rotfuhlerdamm 8. 15798\*